



# Politische Berichte

Nummer 1 / 14. Jahrgang

2. Januar 1993

G 7756 D Preis 2,00 DM

**Volker Rühle legt ein neues Bundeswehrkonzept vor, jetzt soll die Politik den vollendeten Fakten folgen.**

## „Krisenreaktionskräfte“: Bundeswehr kriegsbereit

Erneut steht die Bundeswehr vor einer ihrer größten Strukturveränderungen in ihrer Geschichte, diesmal aber gewiß vor ihrer konsequenzenreichsten. Volker Rühle stellte am 15. Dezember das neue Bundeswehrkonzept bis zum Jahr 2006 vor. Dreh- und Angelpunkt des neuen Konzeptes sind die sogenannten „Krisenreaktionsstreitkräfte“, zu denen insgesamt sieben Heeresbrigaden, zwei Jagdstaffeln der Luftwaffe sowie das Gros der Marine, u.a. sechs Fragatten und Zerstörer, 15 Minenabweereinheiten, eine Jagdbomberstaffel der Marineflieger und acht U-Boote gehören sollen. Langfristig sollen bis zu 20000 Soldaten für internationale Kriseneinsätze ausgebildet werden. Die vom Heer zu stellenden Soldaten werden eine praktische und moderne persönliche Ausrüstung mit Kunststoffhelm, ein neues leichtes Gewehr sowie eine für alle Klimazonen geeignete Bekleidung erhalten. Die luftbeweglichen Verbände des Heeres gewinnen an Bedeutung, sie werden unter dem „Kommando luftbewegliche Kräfte“ durch einen Divisionsstab zusammengefaßt.

Strukturell wird das Heer künftig aus einem multinationalen Korps (bisher I. Korps in Münster), einen deutsch-französischen Korps (bisher II. Korps in Ulm) und nur noch einem Korps unter nationaler Führung (III. Korps in Potsdam) bestehen. Die Aufgaben der Territorialkommandos gehen an das neu zu schaffende Heeresführungskommando über, das heißt, die Territorialkommandos werden nicht — wie bisher beabsichtigt — mit den Korpsstäben zusammengelegt, da zwei davon nicht mehr rein deutsch sind. Durch das im Osten stationierte III. Korps sowie durch das rein nationale Heeresführungskommando, das für die rückwärtigen Linien und für den Nachschub an Menschen und Material zuständig wäre, ist die BRD, verbunden mit dem beschleunigten Abzug der ehemaligen sowjetischen Truppen, damit militärisch wieder souverän. <sup>(1)</sup> <sup>(2)</sup> <sup>(3)</sup>

Gleichzeitig ist ein weiteres wichtiges Ziel der Bundesregierung Wirklichkeit geworden. Das deutsch-französische Eurokorps, die Idee des deutschen Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten, kann bei Bedarf der NATO unterstellt werden, ohne der NATO-Befehlsgewalt generell zu unterstehen. <sup>(4)</sup>

Die Bundesregierung scheint es tatsächlich zu schaffen, drei an sich wider-

sprüchliche militärpolitische Vorgaben, lediglich etwas nach Prioritäten geordnet, unter einen Hut zu bringen:

1. Eigene militärische Souveränität und Interventionsfähigkeit.
2. Westeuropäische militärische Integration auf der Basis der engen deutsch-französischen Zusammenarbeit.
3. Erhalt der NATO bei gleichzeitiger Veränderung ihrer Aufgaben.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch, daß sich Volker Rühle erstmalig dafür aussprach, die wehrtechnischen industriellen Fähigkeiten Europas mit dem Ziel einer „europäischen Rüstungsbasis“ zu bündeln.

Volker Rühle redet ständig von Sparen, aber viele bisher z.T. umstrittene Projekte werden jetzt Faktum. Die Luftwaffe wird zwar nicht den Jäger 90, dafür aber 120 Stück des sogenannten „Eurofighters 2000“ erhalten. Darüber hinaus wird sie ein neues taktisches Luftverteidigungssystem erhalten. Die Marine erhält das U-Boot 212, die Fregatte 124 und hochseefähige Korvetten. Das Heer erhält zur Steigerung der Mobilität ein leichtes, neues gepanzertes Transportfahrzeug (GTK), ein neues Spähfahrzeug sowie den deutsch-französischen Hubschrauber „Tiger“ für Transport- und Kampfunterstützungsaufgaben. 255 Leopard-II-Panzer werden kampfwertgesteigert, außerdem er-

halten die schweren KRK-Verbände neue Panzerhaubitzen. <sup>(2)</sup>

Angesichts der geschaffenen Tatsachen verkommt die Diskussion bei CSU, CDU, FDP und SPD über Kampfeinsätze der Bundeswehr zu einer Schmierkomödie. Dies zeigt z.B. der Aufruf des CDU-Generalsekretärs Hintze an die SPD, ihre „Verantwortungsverweigerung“ aufzugeben, um auch UNO-Einsätze deutscher Soldaten zu ermöglichen. Sonst werde Rühle dies durch ein „Entsendegesetz“ erzwingen. <sup>(4)</sup>

Auch die Diskussion um den Somalia-Einsatz und die Nicht-Entsendung eines Vorauskommandos sind lediglich politische Manöver. Rühle ist eher der Mann des größeren Konsenses. Wenn es Möglichkeiten gibt, die Zustimmung der SPD zu erhalten, dann gibt er schon mal scheinbar nach, wie beim Konstrukt Jäger 90 — Eurofighter 2000, so auch beim Somalia-Einsatz. Er weiß, die Tendenz für Zustimmung bei der SPD steigt, sie möchte aber gerne gefragt werden. Für die Bundesregierung ist die Frage der Grundgesetzänderung bzgl. weltweiter Bundeswehreinsätze in erster Linie ein Instrument zur Kanalisierung der politischen Diskussion, denn sie hat Alternativen: „Entsendegesetz“ oder die schrittweise Durchsetzung einer gängigen Praxis, die spätestens mit der Kambodscha-Mission bereits begonnen hatte. Rühle hat zwar bzgl. des Jäger 90

auf der politischen Ebene nachgegeben, aber in der Sache nicht. Er wird nicht so dumm sein, den Generalinspekteur sowie die Inspektoren von Marine, Luftwaffe und Heer in einer geheim gebliebenen Klausur Anfang Dezember den neuen Bundeswehrplan ausarbeiten zu lassen, ohne sich vorher der politische Durchsetzbarkeit gewiß zu sein.

Während so immer mehr Hürden für uneingeschränkte weltweite Einsätze der Bundeswehr fallen, wird jetzt sogar der Einsatz der Bundeswehr an der Oder-Neiße-Grenze geprüft. Innenminister Seiders benötigt etwa 4600 zusätzliche Beamte, da er plant, den Grenzschutz an den Ostgrenzen erheblich zu verstärken. Eine vier- bis sechswöchige Einweisung würde angeblich ausreichen, damit Soldaten oder ehemalige Soldaten als polizeiliche Hilfskräfte zu Verstärkung der Grenzüberwachung eingesetzt werden könnten. <sup>(5)</sup> Selbst wenn nicht geschlossene Verbände der Bundeswehr dem BGS unterstellt werden, sondern nur einzelne Soldaten, werden auch in diesem Bereich ungeheure Fakten geschaffen. — (chl)

Quellen: <sup>(1)</sup> Die Welt vom 12. 12. 1992; <sup>(2)</sup> Welt vom 16. 12. 1992; <sup>(3)</sup> FAZ vom 16. 12. 1992; <sup>(4)</sup> Abendzeitung vom 16. 12. 1992; <sup>(5)</sup> Süddeutsche Zeitung vom 22. 12. 1992.

Anmerkung: Der Artikel wurde als Platzgründen leicht gekürzt, die vollständige Version ist im NiD Nr. 1 / 1993 veröffentlicht.

### NATO-Truppen: Mandat für Kurdistan verlängert

Die Türkische Nationalversammlung hat am 26. Dezember das Mandat für die sogenannte „Schutztruppe“ der NATO über Südkurdistan mit 236 Ja-Stimmen und 155 Nein-Stimmen verlängert. Die 80 Flugzeuge der USA, Großbritanniens und Frankreichs können damit ein weiteres halbes Jahr auf dem türkischen Luftwaffenstützpunkt Incirlik stationiert bleiben. Der Nationale Sicherheitsrat der Türkei hatte diese Verlängerung vorher ausdrücklich gewünscht. Tatsächlich ermöglichen die angeblichen „Schutztruppen“ der türkischen Armee, sich gegenüber der Weltöffentlichkeit als angebliche „Schutzmacht für die Kurden“ aufzuspielen, während in Wirklichkeit die türkische Armee die Bevölkerung des Gebiets zu massakrieren und zu unterjochen versucht und der Terror gegen die kurdische Bevölkerung in den von der Türkei beanspruchten kurdischen Gebieten immer brutaler wird. — (rül)

### BGH bestätigt Urteil gegen Ossietzky

Der 3. Senat des Bundesgerichtshofes hat Ende Dezember in letzter Instanz einen Versuch der Tochter von Carl von Ossietzky zurückgewiesen, ihren Vater zu rehabilitieren. Der von den Faschisten jahrelang in Konzentrationslagern gequälte und 1938 in Gestapo-Haft verstorbene Friedensnobelpreisträger war 1931 vom Reichsgericht Berlin wegen „Verrats militärischer Geheimnisse“ verurteilt worden, weil er illegale Rüstungen der Wehrmacht enthüllt hatte. Nachdem Ossietzky einen Teil seiner Haft verbüßt hatte, sperrten ihn dann die Faschisten in ihre KZs. Die von der Tochter beantragte Rehabilitierung sei „aus formalen Gründen“ nicht möglich, ließ der BGH-Senat verlauten. So beweise die Tatsache, daß die von Ossietzky enthüllten Rüstungen völkerrechtswidrig waren, nach dem Urteil des BGH keine „Rechtsbeugung“ durch das Reichsgericht. Bei Rüstungsprogrammen geht offenbar deutsches Recht vor Völkerrecht. — (rül)

### CDU-Programmkommission legt Programmentwurf vor

Am 16. Januar wird der CDU-Parteivorstand über den Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms beraten können. Das teilte der Vorsitzende der Programmkommission, Göhner, Ende Dezember mit. Das Programm werde „stark grün“ werden, behauptete Göhner. Gemeint ist: Die Union will verlorene Mittelklassenwähler zurückgewinnen. So will die CDU in der Verfassung verankern, daß sich die BRD-Staatsorgane im In- und Ausland für die „Bewahrung der Schöpfung“ einsetzen sollen. Nach Innen der Staatsanwalt zum „Lebensschutz“, nach außen der christliche Bundeswehr-Krieger? Auch die Medien sollen durch „professionelle Kontrollinstanzen“ auf christlichem Kurs gehalten werden. Abgrenzungen der Union nach rechts sucht man nach den Berichten im neuen Programmentwurf anscheinend vergebens. — (rül)

### „Eurokorps“ unter NATO-Kommando

Der NATO-Rat (der Außen- und Verteidigungsminister der NATO) hat am 23. Dezember ein Abkommen zwischen dem NATO-Oberbefehlshaber Europa, dem französischen Generalstabschef und dem Generalinspekteur der Bundeswehr über den Einsatz des (deutsch-französischen) „Euro-Korps“ gebilligt. Danach wird dieses Korps im Verteidigungsfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrags dem NATO-Oberbefehlshaber unterstellt. Die gleiche Unterstellung ist möglich bei UN-„Friedenseinsätzen“. Bedingung ist, daß das Korps als geschlossener Verband unter seinem kommandierenden General eingesetzt wird. Damit untersteht das gesamte Korps — einschließlich der bisher nicht der NATO unterstellten französischen Einheiten — der NATO. — (rül)

### Kurden wählen Abgeordnete

Am 19. und 20. Dezember haben die kurdischen Delegierten, die vor einigen Wochen bei europäischen Vorwahlen gewählt worden waren, auf einer Versammlung in Gießen (Bild) aus ihren Reihen 15 kurdische Abgeordnete, darunter 3 Frauen, für das künftige kurdische Nationalparlament gewählt. Ein Versuch von Bundesinnenminister Seiders, die Versammlung zu verhindern, scheiterte: Der hessische Innenminister machte nicht mit. — (rül, Bild: Berxwedan)



## Steuersenkung für die Reichsten

### Waigel senkt für wenige Zehntausend die Steuern um Milliarden

„Standortsicherungsgesetz“ nennt Finanzminister Waigel den neuesten Steuercoup, den das Bundeskabinett noch kurz vor Jahresende als Gesetzentwurf verabschiedet hat. Auffällig an dem Entwurf ist, daß sich Waigel über das Ausmaß der Steuersenkungen vornehm zurückhält. Nachfragen ergibt: Das Ministerium rechnet mit 8,8 Mrd. DM weniger Steuer pro Jahr. Umgerechnet auf einen Personenkreis von wahrscheinlich weniger als hunderttausend Personen (rechnet man die Familienmitglieder nicht mit), die von dem Gesetz direkt begünstigt werden, ergibt das Gesetz eine stattliche Steuersenkung von 88000 DM pro Person und Jahr! Da ist Zurückhaltung wohl angebracht.

Im einzelnen sieht der Entwurf vor: — Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer für „gewerbliche Einkommen“ von 53 auf 44 %. Da zu muß man wissen: Um überhaupt in den Gefahrenbereich des „Spitzensteuersatzes“ zu geraten, muß man nach Abzug aller Freibeträge auf ein jährli-

ches zu versteuerndes gewerbliches Einkommen von 90342 DM pro Person kommen, bei Verheirateten das Doppelte. Nach Angaben des Finanzministeriums gibt es in der BRD etwa 75000 Personen, die ein solches Einkommen erreichen. Diese bekommen nun die Steuer auf ihr über 90342 DM im Jahr hinausreichendes Einkommen um ein Sechstel gesenkt: Von 53 % auf 44 %.

— Als zweites wird der Körperschaftsteuersatz auf ausgeschüttete Gewinne von 36 % auf 30 % gesenkt. Das soll ausländisches Kapital „anlocken“. Kommt und bereichert Euch!

— Sodann wird bei der Erbschaftsteuer ein neuer Freibetrag eingeführt: Bei Vererbung „gewerblichen Vermögens“ gilt künftig ein zusätzlicher Freibetrag von 500000 DM. Wie geringfügig bisher schon die Erbschaftsteuer ist, ersieht man aus folgendem Angaben: Schon jetzt gelten z.B. für Verwandte ersten Grades Freibeträge von 250000 DM (Ehepartner) bzw. 90000 DM (Kinder). Nur darüberhinausgehendes Erbe

ist zu versteuern: bis 50000 DM mit 3 % Erbschaftsteuer, bis 150000 DM mit 5 % Erbschaftsteuer. Wer also von Vati einen Betrieb mit Steuerwert 1 Million DM erbt (in der Regel sind das Firmen mit 100 Lohnabhängigen und mehr), der zahlt künftig ca. 30000 DM Erbschaftsteuer. Erbt die Gattin, zahlt sie noch weniger. Das wird den Familienzusammenhalt fördern!

Schließlich sollen die bisher schon eingeführten „Sonderabschreibungen“ für Betriebsvermögen im Gebiet der früheren DDR bis Ende 1996 verlängert werden, die Befreiung von Gewerbesteuer und Vermögenssteuer in diesem Gebiet wird bis Ende 1995 verlängert.

Das Finanzministerium behauptet, diese Steuersenkung sei „aufkommensneutral“, weil die Abschreibungsätze verringert würden. Das ist eine einfache Lüge — Änderungen der Abschreibung ändern nämlich nur den Zeitpunkt der Steuerzahlung. Die Entlastung bleibt den Kapitalisten somit voll erhalten — man sieht's nur nicht sofort! — (rül)

## Aktuell in Bonn

## Kohl auf Öl- und Gassuche

Bei der Berichterstattung über Kohls Rußlandbesuch in der hiesigen Presse stand die Stundung russischer Schulden in der BRD im Vordergrund. Tatsächlich hatte Kohl eingewilligt, 15 Mrd. DM russischer Schulden acht Jahre lang ohne Zins- und Tilgungskosten zu stunden. Die Zinszahlungen an die BRD-Banken, die diese Schuldforderungen besitzen, übernimmt die Bundesregierung. Im Gegenzug verzichtete die russische Regierung auf jegliche Ansprüche wegen russischer Liegenschaften im Gebiet der früheren DDR — immerhin Gebiete mit zusammen 243 000 Hektar, eine Fläche größer als das Saarland. Außerdem wurde ein „joint venture“ der Deminex mit einer russischen Gasfirma zur Ausbeutung russischer Gasvorkommen bestätigt. Um diese Rohstoffplünderung zu fördern, gab Finanzminister Waigel nach Kohls Rückkehr neue Bürgschaften vor allem für Öl- und Gasgeschäfte mit Rußland bekannt.

## Postreform II

Der zweite Teil der „Postreform“ dürfe nicht länger hinausgeschoben werden. Das hat der Kapitalistenverband BDI in einer Erklärung nach dem Rücktritt von Minister Schwarz-Schilling verlangt. Die Telekom müsse endlich ihre Auslandsaktivitäten ausbauen und ihre Eigenkapitalbasis durch Ausgabe von Aktien „stärken“. Die Expansion der Telekom ins Ausland — z.B. durch Aufkauf ausländischer Post- und Fernmeldefirmen — wird die Stellung von bundesdeutschen Liefer-Firmen für die Bundespost auch international weiter stärken. Die jetzt zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Gebührenerhöhungen helfen so direkt beim Auslandsgeschäft der Firma Siemens.

## Immer mehr „Rußlanddeutsche“

Die massive Förderung von revanchistischen „Auslands-„deutschen“-Verbänden durch die Bundesregierung hat in Rußland einen weiteren Verband von „Deutschen“ entstehen lassen. In der *Welt* vom 22.12. kommt ein Hugo Wormsbecher zu Wort, Vorsitzender des „Zwischenstaatlichen Verbands der Rußlanddeutschen“. Dieser beziffert die Zahl der „Rußlanddeutschen“ nach deutschem Staatsbürgerrecht auf sagenhafte 7 Millionen. Mit der Drohung, diese sieben Millionen Menschen würden womöglich alle in die BRD auswandern, will dieser Herr weitere BRD-Staatsknete, um mindestens drei „autonome Gebiete“ für Rußlanddeutsche zu errichten. Das großdeutsche und völkische Staatsbürgerrecht der BRD fördert eben viele Blüten!

## Engholm für „Lauschangriff“

SPD-Chef Engholm, selbst einst Opfer eines staatlichen „Lauschangriffs“ — durch die damalige CDU-Landesregierung unter Barschel — macht sich nach dem „Asylkompromiß“ mit der Regie-

rung nun zum Fürsprecher des „starken Staats“ und des vom Bundeskriminalamt geforderten „großen Lauschangriffs“. Das BKA fordert schon lange, das Verfassungsgebot der Unverletzlichkeit der Wohnung ausdrücklich aufzuheben und das Abhören von Privatwohnungen exzessiv zu ermöglichen. Als habe es die Notstandsgesetze, Stammheim, Berufsverbote und die Polizeigesetze der Ära Schmidt nie gegeben, forderte Engholm laut *Welt* vom 23.12., die SPD müsse ihre „alte Skepsis gegen jede Form der staatlichen Kontrolle im Bereich der inneren Sicherheit ablegen“, Lauschangriffe und andere „neue Instrumente“ müßten erlaubt werden. Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD, Struck, schloß sich Engholm an. Der SPD-Abgeordnete von Larcher wagte noch einen leisen Hinweis, Engholm verstoße mit dieser Forderung gegen den ausdrücklichen Beschluß des letzten SPD-Sonderparteitages. Der Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses, der SPD-Abgeordnete Bernath, begrüßte dagegen Engholms Erklärung.

## Kohl will eigenen Rundfunk

Mit vehementen Forderungen für einen bundesweiten Hörfunk ist Kanzler Kohl auf der Konferenz mit den Ministerpräsidenten am 17. Dezember aufgetreten. Der von der Regierung schon lange geforderte bundesweite Rundfunk müsse neben den bisherigen Frequenzen von Deutschlandfunk, RIAS und DS-Kultur weitere Übertragungskapazitäten erhalten, eine vertragliche Überleitung von DLF und RIAS in den „nationalen Hörfunk“ sei unverzichtbar, schließlich müsse der Sender in einem Staatsvertrag eine „Bestands- und Entwicklungsgarantie“ bekommen. Offensichtlich strebt die Bundesregierung danach, auch im Hörfunk-Bereich einen bundesweit und im Ausland einsetzbaren Propagandasender in die Hand zu bekommen.

## Energieverbund Ost

Die ostdeutschen Kommunen dürfen keine Energieverbundunternehmen unter eigener Kontrolle aufbauen. Sie müssen sich verpflichten, in den nächsten 20 Jahren höchstens 30 % ihres Strombedarfs selbst zu erzeugen. Sie dürfen im gleichen Zeitraum ihren eigenen Strom nur auf Basis erneuerbarer Energien, Öl- und Kraft-Wärme-Kopplung herstellen. Sie müssen alle Altlasten und Umweltkosten der früheren Energieunternehmen übernehmen. Diese Farce nennen die bundesdeutschen Energiekonzerne und die Bundesregierung einen „Kompromiß“, erreicht am 22.12. mit 154 Ost-Gemeinden, die gegen die Wegnahme aller Energieunternehmen nach der DDR-Okkupation geklagt hatten.

## Was kommt demnächst?

Am 6.1. ist Dreikönigstreffen der FDP. Am 11.1. will die Regierung mit der SPD über Bundeswehreinräte im Ausland reden. Am 16.1. berät der CDU-Vorstand u.a. über das neue Grundsatzprogramm der Partei. Am 1./2.2. will die EG die Verhandlungen mit den neuen Beitrittskandidaten beginnen.

Statt Schutz vor rechtem Terror  
„Bekämpfung des Extremismus“

Unter Druck geraten durch im In- und Ausland auf breiter Front sich entwickelnde Proteste gegen die faschistischen Gewalttaten, beginnen die staatlichen Organe und Regierungsparteien eine fast schon hektische Aktivität zu entfalten. Mit den „Maßnahmen zur Bekämpfung extremistischer Gewaltkriminalität“, die der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion E. Marschewski dieser Tage vorstellt, ist ein dickes Bündel geschnürt, das genauer Prüfung bedarf.

Maßstab — und zwar einziger Maßstab — zur Beurteilung der staatlichen Gewalt, deren Entfesselung jetzt so vehement betrieben wird, ist der Schutz derjenigen, die von faschistischer Gewalt bedroht sind. Dieser aber spielt, wenn überhaupt, dann nur am Rande eine Rolle, auch wenn einige staatliche Maßnahmen auf den ersten Blick das Gegenteil zu beweisen scheinen. Schon die Sprache, deren sich insbesondere die CDU/CSU-Politiker befleißigen, verrät die Absicht, zu verdunkeln, wer eigentlich die Angriffe auf Leib und Leben von Menschen ohne deutschen Paß und zunehmend auch von Menschen mit Behinderungen begeht, und ein Schwert zu schmieden, das sich beliebig, also vor allem auch gegen die politische Opposition einsetzen läßt. Zur Vorbereitung gehört die ausdrückliche und penetrante Gleichsetzung der Gewalttaten von Faschisten mit antikapitalistischer Kritik und antifaschistischem Widerstand.

Mit den ersten eingeleiteten Maßnahmen — abgesehen von den (allerdings völlig unzureichenden) Verboten gegen zwei faschistische Organisationen — hat die Bundesregierung durchgepeitscht, was sie schon lange anstrebte: das Bundeskriminalamt, die zentrale Polizeibehörde, zu stärken, ebenso die Bundesanwaltschaft, und vor allem die Verfassungsschutzämter weiter auszubauen. Tatsächlich versucht das Innenministerium, die faschistischen Angriffe zu benutzen, um diesem gigantischen, kaum kontrollierten Geheimdienst eine neue Legitimationsgrundlage zu verschaffen. Kritik daran soll mit dem Beschluß, die REPs beobachten zu lassen, zum Verstummen gebracht werden. Aber erstens ist die Überwachung, auch wenn sie die Verbindung der REPs mit Teilen des Staatsapparates beeinträchtigt, kein Ersatz für Ächtung und Verbot ihrer aufhetzenden, menschenfeindlichen Politik, sondern soll dieser Forderung eher entgegenwirken. Und zweitens ist der Verfassungsschutz, der eine lange Tradition in der Bekämpfung jeder fortschrittlichen Bestrebung hat, die allerletzte Behörde, die zur Bekämpfung der faschistischen Gefahr geeignet ist. Die Zeitschrift *Geheim* erinnert daran, daß dieser Geheimdienst „per Einschlebung von V-Leuten in die Neonaziszene sogar mitgemischt“ und „Straftaten von V-Leuten wie Leipzig, Fröhlich, Gott-

wald, Lock, Guhr, Peil, Albrecht, Apel u. v. a. geduldet, indirekt gefördert, keinesfalls verhindert“ hat. Der Einsatz besoldeter Agents provocateurs macht die faschistischen Banden eher noch gefährlicher und verbessert für Reaktionäre die Möglichkeit, sich für ihre politischen Zwecke gegebenenfalls direkt faschistischer Schläger zu bedienen.

Auch der Kabinettsbeschluß, gegen zwei Faschisten (Dienel und Reisz) ein Verfahren auf Verwirkung der Grundrechte beim Bundesverfassungsgericht einzuleiten, heischt nach Zustimmung bis weit in die Linke. Prompt forderte Ulrich Briefs (vormals PDS, heute fraktionslos) in der Bundestagsdebatte am 10.12.: „Warum werden nicht gegen ca. 20 oder 30 führende Neonazis sofort entsprechend wirksame Maßnahmen veranlaßt...?“ Hier genau liegt aber das Problem. Der historische Hintergrund dieser schwerwiegenden Repressionsmaßnahme ist eine Notwehrsituation, in der eine erstarkende, durch Führerkult geprägte und von „anerkannten“ verbrecherischen Führern abhängige faschistische Bewegung eben auch dadurch zertrümmert werden kann, daß man ihre Führer entrechtet. Diese Situation besteht nicht. Wenn das Bundesverfassungsgericht zustimmt, Dienel und Reisz die Grundrechte entziehen, dann können Dutzenden ähnlichen Figuren die Grundrechte entzogen werden, dann wird dieses Repressionsinstrument fast schon beliebig anwendbar. Stimmt das Gericht nicht zu, und es hat in zwei frü-

heren Fällen bereits einmal abgelehnt, dann droht die Waffe stumpf zu werden für den Fall, in dem sie gebraucht wird. Der Beschluß der Regierung ist für die Bekämpfung der faschistischen Gewalttaten untauglich, direkt schädlich.

Bedeutsam ist, wie die Reaktion eine Reihe von lang angestrebten Gesetzesverschärfungen inzwischen begründet. „... wir sind auf keinem Auge blind“, entgegnet Marschewski Kritikern, die der CDU/CSU Blindheit auf dem rechten Auge vorwerfen, um damit fortzufahren, daß man deshalb — auch gegen links vorgehen werde: „Wir sagen: Der Extremismus stellt eine Gefahr dar, unabhängig ob er von links oder rechts kommt. Deshalb haben wir im Innenausschuß eine Anhörung zur politisch-motivierten Gewalt gefordert. Sie soll helfen, Ursachen von Links- und Rechtsextremismus zu erhellen, Präventionsansätze zu gewinnen und politischen Handlungsbedarf klären.“ Entsprechend sind die zahlreichen Gesetzesverschärfungen gemeint, die durchgesetzt werden sollen. Sie reichen von den Landfriedensbruchregelungen über die generelle Einführung des in einigen Landespolizeigesetzen enthaltenen Unterbindungsgewahrsams (Vorbeugehaft) bis zu den §§ 86 und 86a StGB, „um das Verbreiten von Propagandamitteln und das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger (!) Organisationen wirksam zu bekämpfen“.

(1) Der Vorabdruck der Presseerklärung liegt d. Verf. vor. (2) *Geheim*, Nr. 2/92 — (sec)

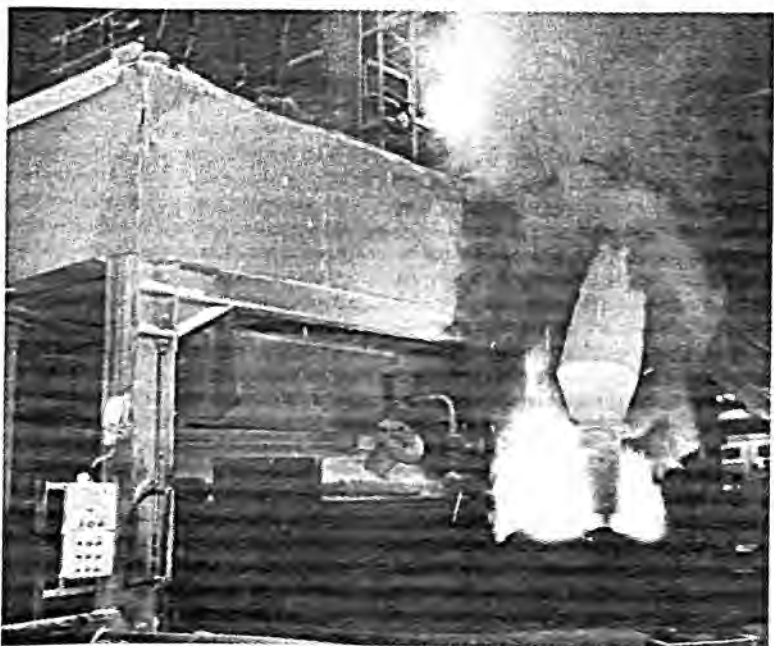
## Staatliches Rollback

Auszüge aus der Bundestagsdebatte am 10.12.: Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und zunehmende Gewaltbereitschaft

Kohl: „Die oft zu beobachtende Erosion des Rechtsbewußtseins hat insbesondere auch dazu geführt, daß sich rechts- und linksextremistische Gewalttäter zur Konfrontation mit dem Staat ermutigt fühlen. Es wäre ein falsches Verständnis von Liberalität, wenn der Rechtsstaat an der Verfolgung politisch motivierter Terroristen gehindert würde. (...) Wo das gegenwärtig geltende Recht nicht ausreicht, muß es verändert werden. Dies muß deutlich gemacht werden. Wir dürfen z.B. nicht mehr hinnehmen, daß nur 1 % der bei einer Demonstration beteiligten Gewalttaten zu einer Verurteilung führt. (...) Wir müssen auch selbstkritisch die Frage stellen, ob nicht viele der sogenannten Reformversuche im Bildungswesen an Stelle des erhofften Ziels vielfach das Gegenteil erreicht haben. Statt des „herrschaftsfreien Diskurses“ erleben wir

jetzt immer mehr gewalttätige Auseinandersetzungen. Wir wissen natürlich, daß die Radikalisierung junger Menschen vielfältige Ursachen hat. Zu diesen Ursachen gehört ein verbreiteter Verlust an festen Wertmaßstäben, an Orientierung, an Toleranz, Hilfsbereitschaft und Rücksichtnahme.“

Schäuble: „Kann ein Land Zukunft haben, wenn es nicht an seine Zukunft glaubt, wenn die Familien schwächer werden, wenn die örtlichen Strukturen schwächer werden, wenn Vereine, Kirchen in ihren Bindungswirkungen nachlassen? Vielleicht hat das mit dem zu tun, worüber wir heute klagen und was wir verändern wollen. Deswegen sollten wir wieder mehr Gemeinschaft stiften. (...) Vielleicht müssen die Menschen wieder erfahren, daß wir diesen Staat brauchen, in dem wir als Deutsche vereint sind, damit er uns, seine Bürger, nach außen und innen schützt. Sie müssen erfahren, daß es diesen Schutz nach außen und nach innen nicht zum Nulltarif und nicht zu Billigpreisen gibt, sondern daß dazu auch von den Bürgern mehr gefordert wird. Vielleicht haben wir die jungen Menschen in den zurückliegenden Jahrzehnten zuwenig gefordert.“



Kein Ergebnis haben bislang die Verhandlungen zwischen Bundesregierung und Bundesländern über die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs und die von Waigel angekündigten „zusätzlichen Hilfen für die Ost-Länder“ erbracht. Eine Beratung zwischen Kohl und den Länderministerpräsidenten am 17. Dezember brachte keine neuen Ergebnisse. Einzelne Vertreter der Unionsparteien hatten bereits vor den Verhandlungen gefordert, die bisher verfassungsrechtlich gesicherte Haushaltshoheit der Länder (Art. 109 GG) aufzuheben. Waigel will u.a. erreichen, daß sich die West-Länder an den von der Bundesregierung zu verantwortenden Schulden der „Treuhand“ beteiligen. Bild: Stahlproduktion in Freital, Sachsen.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt:  
1 000 DM je Semester Studiengebühr

Diese Empfehlung ist Bestandteil eines im Wissenschaftsrat kursierenden Konzeptentwurfs für eine Reform der Hochschulausbildung. Seine Bekanntmachung hat unterschiedliche Reaktionen provoziert. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände nennt ihn einen „wirksamen Beitrag zur Lösung der gegenwärtigen Hochschulmisere“.

Vertreter der Koalitionsparteien lehnten ihn ab, ebenso wie die Unions-Studentenorganisation und die SPD. Der Präsident des Deutschen Studentenwerks wandte sich dagegen als eine Verschärfung des sozialen Numerus Clausus, wobei er vor allem an Studenten dachte, die aus der Studienfinanzierung über das BAFÖG herausfallen, weil ihr oder das Einkommen der Eltern gerade über den Freibetrag liegt. Ansonsten hielt er aber nach Einkommen gestaffelte Studiengebühren für denkbar. Der Baden-Württembergische Wissenschaftsminister von Trotha (CDU) wandte sich ebenfalls mit dem Argument des „sozialen Numerus Clausus“ gegen die Gebühren und gab bekannt, daß er zunächst einmal für eine Verkürzung der Studienzeiten sorgen und gegen Studenten vorgehen wol-

le, welche die Hochschulen als „Wärmestube“ betrachteten. In Bonn haben 3 000 Studenten gegen Studiengebühren demonstriert.

Der Vorschlag des Wissenschaftsrats wird zu einem Zeitpunkt zunehmender hochschulpolitischer Aktivität von Regierungen und Parteien lanciert. Kanzler und Länderministerpräsidenten haben eine Arbeitsgruppe für eine grundlegende Reform des Hochschulwesens installiert. Damit soll unter anderem die Hochschulausbildung in eine berufsorientierte und eine wissenschaftliche Phase geteilt werden. Außerdem sollen die Berufsakademien — eine Kombination von Fachhochschul- und betrieblicher Ausbildung — ausgebaut werden. Die Arbeitsgruppe hat einen „Bildungsgipfel“ im Juni vorzubereiten.

Die CDU arbeitet an einer Neufassung ihres bildungspolitischen Programms. Darin ist unter anderem bezüglich der Hochschulen vorgesehen, sie an der Auswahl ihrer Studenten zu beteiligen, fächerspezifische Zugangsregelungen sollen eingeführt werden. Für „qualifizierte Absolventen der beruflichen Bildung“ ist eine Hochschulzugangsberei-

chtigung vorgesehen, mit einer Neuordnung des Prüfungswesens sollen die Studienzeiten verkürzt werden.

Die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Frau Odendahl, die sich bei der Gelegenheit gegen Studiengebühren aussprach, kündigte die Veranstaltung eines „Runden Tisches für Bildung und Beruf“ mit Vertretern aller gesellschaftlichen Gruppen an. Angesichts von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus gelte es, Menschlichkeit und Friedfertigkeit als Bildungsziel neu zu definieren.

Mit Rücksicht auf diese Umstände entpuppt sich der Vorstoß des Wissenschaftsrats als Mittel, die Grundlage dieser Diskussion zu bestimmen. Während sich das Publikum über den dreisten Betrag erhitzt (bei 10 Semestern Studium immerhin 20 000 DM), wird der Grundsatz durchgebracht, daß nämlich — wie die liberale ZEIT es formuliert hat — „Hochschulbildung auch ein Wert ist, ein Privileg oder ein ‚Gut‘ und nicht einfach eine wohlfeile Selbstverständlichkeit für jeden“!

Quellen: *Badische Zeitung*, 16., 17.12.92; *faz*, 16., 18.12.92; *ZEIT*, 25.12.92 — (chi)



Zum 1. 1. 1993 wird das Gesundheitsstrukturgesetz in Kraft treten. Mit diesem Gesetz sollen jährlich 11 Mrd. bei 180 Mrd. Gesamtausgaben eingespart und damit die Krankenkassenbeiträge konstant gehalten bzw. gesenkt werden. In der wirtschaftlichen Lage und angesichts der Aufgaben im Osten sei eine Belastung der Betriebe durch steigende Lohnnebenkosten nicht zu verantworten. Grundlage für die Finanzierung des Gesundheitswesens sei immer eine funktionierende Wirtschaft.

Die Folgen für die Patienten werden von den Politikern und in der Presse verharmlost. Es wird der Eindruck erweckt, sie müßten zwar mehr zuzahlen, würden aber vor unnötigen Verordnungen bewahrt. Andererseits werden die Krankenhauspatienten darauf hingewiesen, daß sie sich nicht wundern sollen, wenn sie ab Januar schneller als gewöhnlich entlassen sind. Ihre Versorgung würde aber durch vor- und nachstationäre Behandlung gesichert.

Die Einschränkungen werden die Patienten, die niedergelassenen Ärzte, die in den Krankenhäusern Beschäftigten, die Apotheken und kleine bis mittlere Arzneimittelbetriebe zu spüren bekommen. Das Gesetz ist ein Einstieg in tiefgreifende Strukturveränderungen. Bundesgesundheitsminister Seehofer hat am Tag der Verabschiedung des Gesetzes die acht neu bestellten Mitglieder des Sachverständigenrates für die „Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen“ beauftragt zu bestimmen, was künftig überhaupt noch durch die Solidargemeinschaft abgesichert werden könne (sog. Grundsicherung) und was die Versicherten in eigener Verantwortung zu leisten hätten.

### Änderungen in der stationären Versorgung

- \* Die Patienten müssen 1993 vierzehn Tage lang 11 DM (in den neuen Bundesländern 8 DM) und 1994 12 DM (9 DM) pro Tag zahlen als Ausgleich für eingesparte häusliche Verpflegung.
- \* Bei den Krankenhäusern wird das Selbstkostendeckungsprinzip aufgehoben. Sie müssen mit einem festen Budget wirtschaften, egal, wie viele Patienten zu versorgen sind. Dieses Budget wird auf der Basis von 1992 berechnet und steigt in den Jahren 1993 bis 1995 nach Maßgabe der Grundlohnsteigerung der Versicherten.
- \* Unter Einhaltung dieser Budgetobergrenzen wird schrittweise bis zum 1. 1. 1996 der Zahlungsmodus umgestellt. An die Stelle tagesgleicher Pflegesätze treten Fallpauschalen, Sonderentgelte für außergewöhnliche Leistungen und abteilungsbezogene Entgelte. Der wirtschaftliche Anreiz zielt dann auf kurze Liegezeiten und Spezialisierung. Bis zum 1. 6. 93 wird ein Punktzahlen-System bundeseinheitlich festgelegt, d. h. die Bewertung der Krankenhausleistungen im Verhältnis zueinander. Auf Landesebene wird der Punktwert ausgerechnet, der für alle Krankenhäuser gilt.
- \* Mit der Erlaubnis zur vor- und nachstationären Behandlung (dreimal in den fünf Tagen vor der Krankenhausaufnahme und siebenmal in den 14 Tagen nach Entlassung) soll der Zwang zu kürzeren Liegezeiten verstärkt werden.
- \* Die Krankenhäuser sollen ambulant operieren zu gleichen Vergütungssätzen wie niedergelassene Chirurgen, trotz verschiedener Ausstattung. Falls Krankenkassen, Krankenhäuser und Kassenärzte sich nicht bis 31. 3. 93 einigen, wird die Bundesregierung per Rechtsverordnung bestimmen, welche Operationen ambulant durchgeführt werden.

Mit Bettenstreichung in fünfstelliger Höhe rechnen Fachleute. Seehofer erklärt, 30 % der stationär behandelten Patienten gehörten nicht ins Krankenhaus. Widerstand führt zur Schließung von Krankenhäusern wegen „Unwirtschaftlichkeit“, weil sie mit den landesgleichen Fallpauschalen ins Minus geraten. Schwer Kranke und ältere Patienten, für die ein höherer Aufwand erforderlich ist, treiben die Krankenhäuser in die „Unwirtschaftlichkeit“, so daß sie gleich auf Pflegestationen kommen.

### Änderungen in der ambulanten Versorgung

- \* Die Patienten müssen mehr zuzahlen: Statt bisher 3 DM je Medikament außer für jene mit Festbetrag, ab 1. 1. 93 je nach Preisklasse 3, 5 bzw. 7 DM. Ab 1994 wird die Zuzahlung nach Pakungsgrößen gestaffelt.
- \* Die Ausgaben der Krankenkassen für die Behandlung durch „Vertragsärzte“ (die neue Bezeichnung für „Kassen-

# Tiefe Veränderungen durch das Gesundheitsstrukturgesetz



„30 Prozent hätten eigentlich nicht ins Krankenhaus eingewiesen werden müssen.“ (CSU-Minister Seehofer)

ärzte“) werden auf der Basis des Jahres 1991 budgetiert und steigen wie die Grundlöhne. Die Umsätze der niedergelassenen Ärzte werden um 10 % sinken, die Einkommen um knapp 25 %. Nach Berechnungen des Zentralinstituts der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) verdient ein Allgemeinarzt 1990 bei 56,7 Wochenstunden und 13 Monatsgehältern 28 DM in der Stunde, knapp die Hälfte liegt darunter. Die KV rät zu drastischen Einsparungen bei Personal und Material.

\* Nach dem 31. 3. 93 gilt zunächst ein totaler Zulassungsstopp für Vertragsärzte bis die Bedarfsplanungsrichtlinien vorliegen. Mit diesen soll festgestellt werden, was als bedarfsgerechte Versorgung mit Allgemein- und Fachärzten anzusehen ist. Bei Überschreitung von 10 % wird Überversorgung angenommen und kein weiterer Vertragsarzt zugelassen. Beim Verkauf einer Praxis hat nicht der Arzt, sondern „der Zulassungsausschuß den Nachfolger nach pflichtgemäßem Ermessen auszuwählen“ (§ 103). Er bestimmt auch den Kaufpreis in Höhe des sog. Verkehrswertes. Bis Ende 1998 könnten sich noch alle Ärzte, die derzeit in klinischer Ausbildung stecken, niederlassen, nur nicht am gewünschten Ort.

\* Die Bezahlung der Hausärzte wird bis 1995 auf Fallpauschalen umgestellt. Darüberhinaus werden nur vom Hausarzt abrechenbare Leistungen festgelegt. Internisten und Kinderärzte können entweder als Hausärzte oder als Fachärzte tätig sein.

\* Die Arzneimittelausgaben werden begrenzt (§ 84) durch die Festsetzung einer Obergrenze für 1993. Für Überschreitungen bis 280 Mio. DM kommt die kassenärztliche Vereinigung auf, wenn nicht, wird das Gesamthonorar der Vertragsärzte im folgenden Jahr um den entsprechenden Betrag gekürzt. Das feste Budget soll ab 1994 von Richtgrößen abgelöst werden für Arznei-, Verband- und Heilmittel nach Arztgruppen, Krankheitsarten, Alter der Patienten. Bei Überschreitung der Richtgrößen um 15 % findet automatisch eine Wirtschaftlichkeitsprüfung statt, bei welcher auch die Häufigkeit von Überweisungen, Krankeneinweisungen und Feststellungen der Arbeitsunfähigkeit kontrolliert werden. Bei Überschreitung der Richtgrößen um 25 % „hat der Vertragsarzt den sich daraus ergebenden Mehraufwand zu erstatten“. Vor dem Beschwerdeausschuß kann er versuchen, Praxisbesonderheiten geltend zu machen. „Eine Klage gegen die Entscheidung des Beschwerdeausschusses hat keine aufschiebende Wirkung“ (§ 104).

\* Die Patienten haben nur noch Anspruch auf Medikamente, die auf der „Liste verordnungsfähiger Fertigarzneimittel in der vertragsärztlichen Versorgung“ (Positivliste) stehen (§ 34a), die per Rechtsverordnung vom Bundesgesundheitsministerium erstmalig Ende 1995 erlassen wird auf Vorschlag von elf Sachverständigen, selbstverständlich ehrenamtlich und unparteilich, des zu gründenden Instituts „Arzneimittel in der Krankenversicherung“. „Klagen gegen die Vorschlagsliste sind unzulässig“ (§ 92a).

Will ein Arzt ein anderes Medikament verordnen, muß er auf besonderen Rezeptformularen eine Begründung abgeben, die nach einem bundeseinheitlichen Verfahren geprüft wird.

Seehofer behauptet, daß kein Arzt ein

notwendiges Medikament oder eine notwendige Untersuchung und Behandlung verweigern darf. Die Patienten könnten sich dann beschweren. Wer aber stellt fest, was notwendig ist? Der Computer, ohne den kein Arzt in Zukunft auskommen wird, der ihm laufend mitteilt, welche Kosten durch die Behandlung entstanden sind, ob er noch ohne Regresse weiterarbeiten kann. Individuelle Therapie wird noch schwieriger. Für jede Diagnose wird es genormte Behandlungspläne geben, die auf jeden Fall mehr von den Interessen der Pharmakonzerne und dem Interesse der Kapitalisten an Beitragssenkung geprägt sind als von den Bedürfnissen der Patienten.

### Änderungen der zahnärztlichen Versorgung

\* Die Gesamtvergütung für Zahnärzte wird auf der Basis von 1991 entsprechend der Grundlohnsteigerung abzüglich der Kürzungen bei prothetischen Arbeiten begrenzt.

\* Die Zuzahlung der Patienten bei Zahnersatz von 35-50 % bleibt. Für Brücken über vier und mehr Zähne zahlt die Krankenkasse gar nichts mehr, auch nicht die Kosten, die ein herausnehmbarer Zahnersatz kosten würde.

\* Den Zahnärzten wird 1993 das Honorar für ihre Tätigkeit bei Zahnersatz einschließlich Zahnkronen und bei kieferorthopädischer Behandlung um 10 % gekürzt. Den Zahntechnikern wird für ihre Arbeit 5 % weniger gezahlt.

\* Die zahnärztlichen Honorare werden ab einem bestimmten Umsatz gekürzt: ab 350000 Punkte um 20 %, über 450000 Punkte um 30 % und bei über 550000 um 40 % (degressiver Punktwert). Im besten Fall bringt ein Punkt 10 Pfennig, die Kosten in der Zahnarztpraxis betragen bis 80 %. Die Kassenzahnärztlichen Vereinigungen müssen alle Rechnungen der Zahnärzte erfassen, um den Kürzungszeitpunkt nicht zu verpassen. Kommen sie dieser Verpflichtung nicht nach, kann die Krankenkasse 10 % der Forderungen einbehalten.

\* Die Zahnärzte müssen garantieren, daß Füllungen und prothetische Arbeiten mindestens zwei Jahre halten, obwohl die Sorgfalt bei der Arbeit nur eine der Bedingungen für die Haltbarkeit von Füllungen bzw. Kronen usw. ist neben dem allgemeinen Gesundheits-, insbesondere Ernährungszustand des Patienten. „Identische und Teilwiederholungen ... sind in diesem Zeitraum vom Zahnarzt kostenfrei vorzunehmen.“ (§ 135)

\* Der „Anreiz“ für Zahnärzte und Patienten: weniger, vor allem weniger prothetische Behandlung.

### Änderungen bei der sog. Selbstverwaltung

Die Kassenärztlichen Vereinigungen haben die ambulante Versorgung im Auftrag des Staates in Selbstverwaltung sicherzustellen (Sicherstellungsauftrag).

\* „Solange und soweit ... Selbstverwaltungsorgane sich weigern, ihre Geschäfte zu führen, nimmt auf Kosten der Kassenärztlichen Vereinigung oder Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung die Aufsichtsbehörde selbst oder ein von ihr bestellter Beauftragter die Aufgaben ... wahr. ... auch dann, wenn Selbstverwaltungsorgane die Funktionsfähigkeit der Körperschaft gefährden, insbeson-

dere wenn sie die Körperschaft nicht mehr im Einklang mit den Gesetzen und der Satzung verwalten ...“ (§ 79a)

\* „Mit den Pflichten eines Vertragsarztes ist es nicht vereinbar, in einem mit anderen Ärzten aufeinander abgestimmten Verfahren oder Verhalten auf die Zulassung als Vertragsarzt zu verzichten.“ (§ 95b,1) Eine erneute Zulassung können solche Ärzte frühestens nach sechs Jahren beantragen. Möchte ein Patient dennoch weiterhin von einem solchen Arzt behandelt werden, zahlt die Krankenkasse zu ihren Bedingungen an ihn. „Ein Vergütungsanspruch des Arztes oder Zahnarztes gegen den Versicherten besteht nicht. Abweichende Vereinbarungen sind nichtig.“ (§ 95b,3) Es ist also dem Patienten nicht gestattet, mit einem Arzt seiner Wahl einen Behandlungsvertrag abzuschließen.

\* „Haben mehr als 50 vom Hundert aller in einem Zulassungsbezirk oder einem regionalen Planungsbereich niedergelassenen Vertragsärzte auf ihre Zulassung nach § 95b,1 verzichtet oder die vertragsärztliche Versorgung verweigert, ... erfüllen insoweit die Krankenkassen und ihre Verbände den Sicherstellungsauftrag.“ (§ 72a) Die Krankenkassen schließen Einzel- oder Gruppenverträge mit Ärzten, Zahnärzten, Krankenhäusern oder sonstigen geeigneten Einrichtungen, auch solchen im Ausland. Sie können auch Eigeneinrichtungen errichten. Die Verträge können verschiedenen Inhalts sein und verschiedene Vergütung je „nach Leistung“ vorsehen. Ärzte, die ihre Kassenzulassung niedergelegt haben, sind ausgeschlossen.

### Änderungen bei der Organisation der Kassen

\* Die Pflichtversicherten dürfen ab 1. 1. 1997 ihre Krankenkasse mit einjähriger Kündigungsfrist wählen. Sie dürfen nicht abgewiesen werden.

\* Um die Konkurrenzbedingungen anzuleichen, findet ab 1. 1. 1994 kassenartenübergreifend ein Risikostrukturausgleich statt bezogen auf beitragspflichtige Einnahmen, mitversicherte Familienangehörige, Zusammensetzung der Versicherten nach Alter und Geschlecht. Dadurch sollen die großen Beitragssatzunterschiede zwischen 8 % und 16,8 % gemildert werden.

\* Da die Konkurrenz konzernmäßiges Management verlangt, wird die Selbstverwaltung ab 1. 1. 1996 umgestellt. Vorstand und Vertreterversammlung bilden den sog. Verwaltungsrat der Krankenkasse auf Landesebene mit höchstens 30 Mitgliedern, davon mindestens 15 Vertreter der Versicherten. Der Verwaltungsrat arbeitet wie ein Aufsichtsrat und bestellt einen hauptamtlichen Vorstand aus bis zu drei Managern.

\* Kleinere Krankenkassen werden der Konkurrenz nicht gewachsen sein, so daß sie sich zusammenschließen dürfen, bzw. geschlossen werden: „Eine Ortskrankenkasse wird von der Aufsichtsbehörde geschlossen, wenn ihre Leistungsfähigkeit nicht mehr auf Dauer gesichert ist“, z. B. wenn der Beitrag 10 % über Landesdurchschnitt liegt. (§ 146a)

\* Die Konkurrenz darf sich nur auf dem Boden der gesetzlichen Einschränkungen der Gesundheitsversorgung bewegen: „Hat die Krankenkasse Leistungen ohne Rechtsgrundlage oder entgegen geltendem Recht erbracht und hat der Geschäftsführer hiervon gewußt

oder hätte er hiervon wissen müssen, hat die zuständige Aufsichtsbehörde ... den Geschäftsführer auf Ersatz des aus der Pflichtverletzung entstandenen Schadens in Anspruch zu nehmen.“ (§ 13)

\* „Die Krankenkassen können Selbsthilfegruppen und -kontaktstellen mit gesundheitsfördernder oder rehabilitativer Zielsetzung durch Zuschüsse fördern“, (§ 20), nicht aber solche, die die Gesundheitsversorgung in eigene Hände nehmen.

Mit dieser Organisationsreform werden die gesetzlichen Krankenkassen auf ihre künftige Zwitterstellung vorbereitet: Einerseits Solidargemeinschaft der Pflichtversicherten für die Grundversorgung, andererseits Privatversicherung für weitergehende Versorgung.

### Änderungen für freiwillig versicherten Rentner

Besser verdienende Angestellte, deren Gehalt über der Versicherungspflichtgrenze liegt, können sich freiwillig in ihrer gesetzlichen Krankenkasse weiterversichern und zahlen den Höchstbeitrag, was insbesondere bei älteren Versicherten preisgünstiger ist als die Alternative der Privatversicherung. Als Rentner wurden sie bisher den Pflichtversicherten wieder gleichgestellt, indem sie den halben Beitragssatz auf ihre Rente zahlen mußten. Ab 1. 1. 1993 soll ihr Beitrag nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit bemessen werden, auch Einkommen aus Vermögen wird herangezogen. Die Stimmen verstummen nicht, die diese Umstellung zum Anlaß nehmen, zu fordern, die Beitragsbemessung für die Krankenkasse vom Lohn-einkommen abzukoppeln und auf das Familieneinkommen zu beziehen. Die Kapitalisten wollen mit dem Problem steigender Kosten für die Gesundheitsversorgung nichts mehr zu tun haben.

In den neuen Bundesländern gelten etwa abgemilderte Zuzahlungen und Budgetierungen. Der Risikostrukturausgleich wird für die Krankenkassen im Beitragsgebiet gesondert durchgeführt. Für die Krankenhausinvestitionen in der ehemaligen DDR wird die Bundesregierung 7 Mrd. DM und die Landesregierungen mindestens 7 Mrd. in den nächsten 10 Jahren zahlen. Die Krankenkassen beteiligen sich an den Investitionen mit 7 Mrd. DM in den nächsten 20 Jahren. Nach 10 Jahren zahlen sie die Investitionen alleine und darüber ist die sog. monetarische Finanzierung der Krankenhäuser eingeführt, im Gegensatz zur bisherigen dualen, wo die Krankenkassen über die Pflegesätze nur die laufenden Kosten bestreiten, während die Investitionen aus Steuergeldern bezahlt werden.

### Die Perspektive bis zum Jahr 2000

Redner der sog. Sachkoalition aus CDU/CSU, FDP und SPD im Bundestag loben sich gegenseitig ob der gemeinsamen Glanzleistung, nicht nur eine Sofortbremse der Ausgaben geschafft, sondern auch eine große Strukturveränderung eingeleitet zu haben. Das peilen sie an:

- \* Die Grundversorgung in Solidarität und alles weitere in Eigenverantwortung mit risikoabhängigen Beiträgen;
- \* höhere Selbstbeteiligung, Kostenersatzung statt Sachleistung, dadurch Kostentransparenz;
- \* Beitragsrückerstattung, wenn Krankenversicherung nicht in Anspruch genommen wird;
- \* Streichung staatlicher Investitionen im Krankenhausbereich;
- \* Einzelverträge mit niedergelassenen Ärzten zur Differenzierung der ambulanten Behandlung;
- \* Aufhebung der Lohnbezogenheit der Beiträge zur Krankenversicherung, damit Aufhebung des Arbeitgeberanteils;
- \* der Bundestag soll jährlich nur noch das Gesamtbudget beschließen und einem sich selbst steuernden Regelkreis zwischen Leistungsanbietern, Kassen und Patienten die Verteilung überlassen.

Die Probleme im Gesundheitswesen werden dadurch nur noch größer. Viel mehr Leute sind und werden krank, sind unzufrieden mit der Behandlung. Die Beschäftigten im Gesundheitswesen werden unzufriedener. Auf „sozialstaatliche“ Lösung dieser Probleme braucht keiner zu hoffen. Bei Schließung von Krankenhäusern oder Arztpraxen werden Betroffene vielleicht überlegen, Vereine zu bilden, um eine Einrichtung auf eigene Art weiterzuführen. Warum sollte das nicht sogar besser gehen?

Quellen: Gesetzentwurf, Ausschußbericht, Bundestagsprotokoll — (sul)

# „Es soll überall bekannt werden, daß die türkische Regierung Terror ausübt“

Auf Einladung des Informations-Zentrums für Freie Völker hielten sich zwei Vertreterinnen von Menschenrechts- und demokratischen Organisationen aus der Türkei im Rahmen einer Rundreise durch europäische Länder auch in der BRD auf. Ümran Gün (Rechtsanwältin und Vertreterin des Anwaltsbüros des Volkes) und F. Gülden Şeşen, Herausgeberin der Wochenzeitung Mucadele und Mitbegründerin von Özgür-Der (Verein für Rechte und Freiheit, Ende November zum vierten Mal in seiner ein-halb-jährigen Geschichte von der Polizei geschlossen), führten mehrere Veranstaltungen durch. Wir sprachen in Hamburg mit ihnen. — (scc)

Ihr macht zur Zeit eine längere Rundreise durch mehrere westeuropäische Länder. Was ist Euer Anliegen?

Ümran Gün: Unser erstes Anliegen war, in Europa Sensibilität für die Verletzung der Menschenrechte, die wir tagtäglich in der Türkei erleben, zu schaffen, auf die Probleme aufmerksam zu machen und nicht zuletzt Öffentlichkeit zu schaffen für die demokratischen Vereine in der Türkei, die für Menschenrechte antreten und unter starker Repression leiden, damit diese Vereine hier Unterstützung erhalten.

Wir wollen in Europa über die Koalitionsregierung berichten, die seit einem Jahr im Amt ist, die in der Türkei und in Europa behauptet, sie trete für die Menschenrechte ein und sei demokratisch. Wir erleben das Gegenteil und wollen das hier berichten. Sie hat Reformen versprochen, sie hat auch einiges gemacht, aber das hat weder mit Demokratie noch mit Menschenrechten zu tun.

Einer der Gründe, aus denen wir hierher gekommen sind, ist, daß gerade in dieser Zeit vom Europäischen Parlament ein Bericht über die Türkei beschlossen werden sollte. Da gibt es einen Bericht von Madame Dury. Diese war für das Europa-Parlament in die Türkei gefahren und hat dann den Bericht gemacht. Dieser Dury-Bericht beachtet die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei überhaupt nicht, sondern bezeichnet zwei Bewegungen als terroristische Bewegungen, nämlich die PKK und Dev Sol. (Eine Anmerkung dazu: Kennzeichnend für den Bericht ist, wie er zustande gekommen ist. Die von Frau Dury geleitete Delegation hat mit den Arbeitgeberverbänden gesprochen und mit den jeweiligen Regierungsstellen, und das war im Grunde alles, was sie gemacht hat.) In der Zeit, in der wir dort in Straßburg waren, stand der Bericht kurz vor der Abstimmung. Einen Tag vor der Abstimmung haben wir im Gebäude des Europaparlaments eine Pressekonferenz gemacht und gegen den Bericht protestiert. 120 Abgeordnete des Europaparlaments haben Unterschriften gesammelt und die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und in Kurdistan scharf verurteilt. Sie haben den Bericht von Madame Dury abgelehnt. Ein Grund dafür war, daß wir dort waren und gegen den Bericht protestiert haben. Dieser Bericht paßt in eine Zeit, in der, seit ungefähr zwei Jahren, in Europa die Gleichgültigkeit gegenüber den Menschenrechtsverletzungen in der Türkei immer stärker wird. Auch von amnesty international hat es einen Bericht gegeben, der recht ähnlich ist wie der der Delegation des Europäischen Parlaments. In diesem Bericht, der auch in türkischen Zeitungen veröffentlicht wurde, hat man zwar die Menschenrechte in der Türkei und in Kurdistan detailliert verurteilt, aber gleichzeitig auch die beiden Bewegungen — Dev Sol und PKK —, die angeblich Aktionen gegen das Volk machen würden. Er hat praktisch die Regierung und die beiden Bewegungen gleichgesetzt.

F. Gülden Şeşen: Wir haben auch mit amnesty international und anderen Menschenrechtsorganisationen gesprochen, u. a. mit dem Vorsitzenden einer internationalen Menschenrechtsföderation mit Sitz in England. Der hat gesagt, daß es in der Türkei so viele Menschenrechtsverletzungen gibt und daß er überhaupt nicht verstehen kann, daß es so wenig Reaktion von europäischer Seite gibt. Da haben wir ihn gefragt, was machen Sie denn eigentlich. Sie sind doch

auch eine von den Menschenrechtsorganisationen, und dann hat er uns gesagt, daß ihre Organisation im Dezember eine Delegation in die Türkei schickt, um mit Regierungskreisen über die Menschenrechtsverletzungen zu sprechen.

Die Türkei ist der Gendarm der NATO im Nahen Osten, sie will die Rolle des Gendarmen im ganzen Nahen Osten spielen, und deshalb hat die Türkei für die westlichen Länder eine wichtige Bedeutung. Aus diesem Grund schweigen sie zu den Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und in Kurdistan.

Wir von Özgür-Der und dem Anwaltsbüro des Volkes haben enge Verbindung mit dem Volk und erfahren praktisch als erste von den Folterungen, von den Verschwundenen, den Massakern, und deshalb berichten wir hier.

Ich selbst habe das Massaker am 12. Juli 1991 mitbekommen, bei dem vier Häuser gestürmt und zehn Menschen ermordet worden sind. Ich habe das Massaker am 16./17. April 1992 in Istanbul mitbekommen, bei dem elf Menschen ermordet wurden, als eine Wohnung gestürmt wurde. Sie haben mich aus der Wohnung angerufen, und ich habe über Telefon direkt miterlebt, was die Polizisten in den Raum gerufen haben, wie sie gerufen haben, die anderen haben wir getötet, jetzt seid ihr dran. Auch in Malatya, Adana und Ankara wurden Massaker verübt, und in Kurdistan werden Massenmorde begangen, wie in Sirmak, in Cizre und anderen Orten.

Wie ist heute die Lage der politischen Gefangenen? Wie hat sich ihre Zahl entwickelt? Es hat ja sehr viele politische Gefangene nach dem Putsch der Militär-junta am 12. September 1980 gegeben, hat es da eine Änderung gegeben, etwa im letzten Jahr seit der Koalitionsregierung?

Ümran Gün: Konkrete Zahlen können wir unmöglich sagen. Aber wenn wir das vergleichen wollen mit der Zeit nach dem 12. September, dann müssen wir sagen, daß das heute sehr viel mehr sind. Wenn wir früher von Tausenden gesprochen haben, dann müssen wir heute, wenn wir Kurdistan mitberücksichtigen, von Zehntausenden sprechen. Um ein Beispiel zu geben: Unsere Kanzlei vertritt allein im Gefängnis Bayrampaşa in Istanbul 200 politische Gefangene, aber das ist nur eine Kanzlei und ein Gefängnis, wir vertreten aber mehrere Gefängnisse. In diesem Gefängnis sitzen insgesamt 600 Gefangene, und davon werden 200 von uns vertreten als politische Gefangene. Zu den Zehntausenden, von denen ich vorhin sprach, kommen noch sehr viel mehr hinzu, wenn wir auch die einberechnen, die für drei, vier Monate eingeknastet werden.

Die Repression in den Gefängnissen verläuft parallel zur Repression außerhalb der Gefängnisse. Je mehr Repression gegen das Volk stattfindet, desto härter ist die Repression in den Gefängnissen. Sie sind ein Spiegelbild der Gesellschaft. Den Gefangenen mangelt es an den geringsten demokratischen Rechten, willkürlich werden ihnen z. B. Bücher, Essen, Fernsehen, Radio verboten, es finden willkürliche Durchsuchungen statt. Es ist auch verboten, daß sich Gefangene, die zusammen ein Verfahren haben, sehen, um sich gemeinsam verteidigen zu können. Das ist ein grober Verstoß. Es gibt zwar in den Gefängnissen immer wieder Hungerstreiks, der letzte hat 40 Tage gedauert, da werden dann auch immer wieder einige Rechte erkämpft, die nach einiger Zeit wieder beseitigt werden, dann wiedererkämpft ...

Im Zusammenhang mit dem Anti-Terror-Gesetz ist 1992 ein neues Gefängnis eröffnet worden mit Isohaftzellen, wohin ganz viele politische Gefangene verlegt wurden, wobei sie sogar während der Verlegung stark gefoltert worden sind, viele haben dabei ihre Augen verloren oder Kopfverletzungen erlitten. Aber es gab viel Öffentlichkeitsarbeit gegen das Hochsicherheitsgefängnis, wo Angehörige, Anwälte und andere sehr aktiv waren. Durch die Öffentlichkeitsarbeit wurde erreicht, daß das Gefängnis wieder geschlossen wurde, aber es gibt immer die Drohung, daß es erneut geöffnet wird.

Ihr sagtet, es gibt heute mehr politische Gefangene als nach dem 12. September. Was ist der Grund dafür? Unter welchen Anklagen werden Menschen als politische Gefangene inhaftiert? Wurden neue Gesetze geschaffen, hat die allgemeine Repression zugenommen?

F. Gülden Şeşen: In der Türkei hat sich die Opposition des Volkes gegen die Regierung in den letzten Jahren sehr entwickelt. Um diese Entwicklung zu unterdrücken, sind neue Gesetze geschaffen worden, so das Anti-Terror-Gesetz, von dem wir schon gesprochen haben. Nach diesem Gesetz werden sehr, sehr viele als Terroristen behandelt, weil es sehr ausdehnbar ist. Es gibt kein Land auf der Welt, wo eine Beerdigung dafür benutzt werden kann, jemanden zum Terroristen zu stempeln. Die Entscheidung, ob jemand als Terrorist, als politischer Gefangener, oder als gewöhnlicher Gefangener eingestuft wird, kann von der Polizei gefällt werden. Es reichen zwei Personen, die gemeinsam etwas tun, um daraus eine terroristische

heraus. Sind Sie über das gerade genannte Verfahren hinaus Verfolgung ausgesetzt?

F. Gülden Şeşen: Allein wegen Tayad gab es ungefähr 70 Verfahren, die aber nicht alle zu Ende geführt worden sind, und die Verfahren wegen Mucadele bewegen sich ungefähr im selben Rahmen. Früher wurde ich auch oft angeklagt wegen Broschüren u. ä., aber seit dem Anti-Terror-Gesetz hat die Verfolgung eine neue Qualität bekommen. Man kann viel einfacher angeklagt werden. Durch das Gesetz kann ich z. B. auch als Inhaberin einer Presseorganisation angeklagt werden, früher nur als Verfasserin oder Redakteurin. Nicht einmal meine Anwältin kann sagen, wieviele Verfahren ich als Herausgeberin von Mucadele heute habe; es ist mindestens ein Verfahren je Ausgabe. Jetzt, für die Rundreise, habe ich meiner Anwältin rund 30 Vollmachten gegeben für mögliche neue Verfahren.

Ümran Gün: Vor und nach dem Putsch



Protestaktion gegen soziales Elend und Terror in einem türkischen Elendsviertel

Vereinigung zu konstruieren. Jeder Verstoß gegen die „öffentliche Sicherheit und Ordnung“ ist sozusagen ein terroristisches Attentat, aber es wird nirgendwo definiert, was die „öffentliche Sicherheit und Ordnung“ ist. Aber so können alle Aktionen als terroristische Aktionen ausgelegt werden.

Aufgrund dieses Gesetzes ist die Zahl der politischen Gefangenen sehr gestiegen. Die Politik der Regierung ist es, alle, die gegen ihre Politik Stellung nehmen, als Terroristen abzustempeln. Das führt tatsächlich dazu, daß, wenn Beamte für eigene gewerkschaftliche Rechte eintreten und dafür eine Demonstration durchführen, sie schon als Terroristen bezeichnet werden können, oder Arbeiter, die auf die Straße gehen, weil wieder einmal die Lebensmittel teurer geworden sind. Neu ist auch, daß man gesichert wird, wenn man einmal in Gewahrsam genommen worden ist, und bei einer erneuten Festnahme werden die Informationen abgefragt. Das führt dazu, daß die Hälfte der Bevölkerung politische Gefangene sind oder mal gewesen sind. Eine der Parolen gegen die Verabschiedung des Anti-Terror-Gesetzes war auch, daß damit 60 Millionen als Terroristen behandelt werden.

Ümran Gün: In dem Gesetz wird auch geregelt, daß, wer gegen die Einheit des Landes ist, ein Terrorist ist. Als der erste Özgür-Der gegründet wurde — es war genau zu der Zeit, als über das neue Anti-Terror-Gesetz beraten wurde (April 1991, d. Verf.) — hat Fatmah in einer Zeitung einen Artikel geschrieben, woraufhin sie sogleich angeklagt wurde, weil sie darin für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes eingetreten ist. Dieses Verfahren läuft noch.

Frau Şeşen, Sie waren Vorsitzende von Tayad, sind Mitbegründerin von Özgür-Der und geben die Zeitschrift Mucadele

gab es zwei berühmte Paragraphen, die Paragraphen 141 und 142, wonach man wegen Mitgliedschaft in einer kommunistischen Organisation immer verurteilt werden konnte. Dann wurden diese Paragraphen abgeschafft, und die Regierung konnte sagen, seht, man kann Kommunist sein — aber gleichzeitig wurde das Anti-Terror-Gesetz geschaffen, das die vorherigen Paragraphen verschärfte. Dies Gesetz deckt alles ab, ist ein Angriff auf die Meinungsfreiheit, und jeder, der gegen die Einheit des Landes ist, kann nach dem Gesetz verurteilt werden, mit Geld- oder Gefängnisstrafe.

Welche Rückwirkungen hat der Krieg der Türkischen Republik in Kurdistan auf die Bevölkerung in der Türkei selbst, auf ihre materielle Lage, auf ihre Rechte? Welche Auffassungen gibt es unter der türkischen Bevölkerung über diesen Krieg?

F. Gülden Şeşen: Der Krieg der türkischen Regierung gegen das kurdische Volk wird von der türkischen Bevölkerung abgelehnt. Sie bekommt mit, daß die Regierung das kurdische Volk ausrotten will.

Die türkische Regierung benutzt Beerdigungen von Soldaten, um die Türken gegen die Kurden aufzubringen, und es gibt bei Beerdigungen auch kleinere Massen, die das schüren. Aber das sind nicht normale Bürger, die dahin gehen, sondern Zivilpolizisten oder Leute, die wir Zivilfaschisten nennen, und damit wird nach außen demonstriert, daß das Volk mit der Politik der Regierung übereinstimmt, was aber überhaupt nicht so ist. Das sehen wir auch daran, daß sehr viele Familien inzwischen verunsichert sind, wenn sie ihre Söhne nach Kurdistan schicken müssen. Es laufen in verschiedenen Städten Kampagnen, daß junge Männer nicht mehr zum Militär gehen. Bei den linken Kräften ist die Ab-

lehnung des Krieges noch stärker, weil sie die Politik der Regierung noch klarer einschätzen. Doch trotzdem gibt es auch manchmal Verunsicherung. Das hängt auch damit zusammen, daß es im Befreiungskampf Kurdistans, der von der PKK geführt wird, einige Aktionen gibt, die nicht nur von Türken, sondern auch von Kurden kritisiert werden. Die linken Kräfte unterstützen den kurdischen Befreiungskampf und kämpfen für Kurdistan. Özgür-Der hat z. B. eine Delegation nach Sirmak geschickt, um zu untersuchen, was geschehen ist, aber auch zur Hilfe.

Wir üben, so kann man es zusammenfassen, kritische Solidarität.

Die Politik der Regierung versucht, ein Nationalbewußtsein der Türken zu schaffen, die Türken hinter der Regierung zu vereinen. Unsere Aufgabe als Mucadele, Özgür-Der und revolutionäre linke Kräfte ist es, die Bruderschaft zwischen den Völkern in der Türkei zu stärken, dafür treten wir ein, und das ist einer der Gründe der neuerlichen Schließung von Özgür-Der.

In dem Zusammenhang will ich ganz besonders darauf hinweisen, daß in der letzten Zeit Menschen „verschwunden“ sind, und auf die Morde an Journalisten von fortschrittlichen, linken Zeitungen, die pro-kurdisch sind. Alle „Verschwundenen“ sind Menschen, die für die Rechte der Kurden und für die Rechte der Türken eingetreten sind. Früher

wurden viele tagelang gefoltert, jetzt „verschwinden“ Menschen. In Istanbul sind sieben Menschen verschwunden, von zwei von ihnen wissen wir noch nichts Genaues. Ihre Familien verlangen Rechenschaft, sie fragen nicht mehr nur nach dem Verbleib ihrer Kinder, sie machen Aktionen, so haben sie mit blutgefüllten Flaschen die Parlamentstüren eingeschmissen. Sie bekommen von der Regierung keinerlei Antwort, nichts.

Einer der „Verschwundenen“ ist Tugrul Özbek, der vorher lange im Gefängnis war unter der Anklage, Mitglied von Devrimci Sol zu sein. Es gibt viele Augenzeugen für seine Verhaftung, doch trotzdem ist er nicht auffindbar, er ist einfach „verschwunden“. Einer der „Verschwundenen“, Ayhan Efeoglu, war vorher zehnmal verhaftet worden. Die letzten Male hatte er Morddrohungen bekommen und sollte gezwungen werden, mit der Polizei zusammenzuarbeiten, beim letzten Mal dann hatte er eine Pressekonferenz durchgeführt, wo er alles öffentlich gemacht hat, und jetzt, nach seiner allerletzten Festnahme, ist er „verschwunden“.

Ich bedanke mich für das Gespräch. Information über die Verletzungen der Menschenrechte in der Türkei sind wichtig. Aber was können wir darüber hinaus tun zur Unterstützung?

F. Gülden Şeşen: Wir möchten vor allem, daß das, was wir berichtet haben, öffentlich gemacht wird, daß eine größere Sensibilität über das, was bei uns geschieht, geschaffen wird, daß Ihr auch in die Türkei kommt und selbst seht, was dort geschieht. Es soll überall bekannt werden, daß die Regierung in der Türkei Terror ausübt. Was wir aber gerne von Euch wissen wollen, was denkt Ihr, was Ihr tun könnt? Was macht Ihr, wenn in der Türkei Morde gegen Journalisten, gegen linke Menschen stattfinden?



# Spanien: Vereinbarung über neues Streikgesetz

Die großen Gewerkschaftsbünde UGT (Generalvereinigung der Arbeiter) und CCOO (Arbeiterkommissionen) haben sich mit der spanischen sozialdemokratischen Regierung auf den Entwurf eines neuen Streikgesetzes geeinigt, das eine ernsthafte Einschränkung der Gewerkschaftsrechte festschreibt. Trotzdem haben sich die Gewerkschaftsbünde darauf eingelassen, weil der bisherige umfangreiche gewerkschaftliche Widerstand die Regierung in ihren Angriffen auf Sozialleistungen (Stichworte: Arbeitslosengeld, Gesundheitswesen) nicht stoppen konnte. Folgende wesentlichen Regelungen beinhaltet das geplante Streikgesetz:

Illegal sind Streiks, die die verfassungsmäßige Ordnung untergraben wollen, die Vereinbarungen eines gültigen Tarifvertrages verändern wollen (zum Beispiel Nachschlagsforderungen), die gesetzliche Vorgaben (zum Beispiel Ankündigungsfristen) mißachten, die als Rotationsstreiks gelten, die strategisch wichtige Dienstleistungen eines Unternehmens angreifen, um den Produktionsprozeß zu unterbrechen, die die Notdienste in bestimmten strategisch wichtigen Dienstleistungen einschränken oder verhindern, die von nicht anerkannten Konfliktparteien ausgerufen werden

(wilde Streiks), die „Dienst nach Vorschrift“ sind.

Streiks müssen mit einer Frist von zehn Tagen angekündigt werden bei strategischen Dienstleistungen und fünf Tagen in anderen Bereichen. Als strategische Bereiche gelten das Gesundheitswesen, die Verteidigung, die innere Sicherheit, das öffentliche Finanzwesen, Beerdigungsinstitute, das Transportwesen und einige andere Bereiche. In diesen Bereichen müssen die Tarifparteien Notdienste vereinbaren. Zu den verfassungsmäßigen Rechten, die durch Streik nicht behindert werden dürfen, zählt der Gesetzentwurf unter anderem: Die Freiheit und Sicherheit des freien Verkehrs, die Freiheit der Information und Kommunikation, das Recht auf Erziehung und den effektiven juristischen Schutz.

Die Verantwortlichen von illegalen Streiks müssen mit Entlassungen, die übrigen Teilnehmer mit anderen schweren Strafen rechnen. Nachteile wegen Teilnahme an legalen Streiks dürfen den Streikenden nicht entstehen.

Den Unternehmerverbänden geht dieser Gesetzentwurf schon zu weit, weil er das Streikrecht garantiert, nicht aber die Aussperrung, und weil Streikbrecher nur unter bestimmten Voraussetzungen eingesetzt werden dürfen. — (ros)

## Zum Wahlausgang in Jugoslawien

Mit einigen unerwarteten Ergebnissen sind die Wahlen in der aus den beiden Teilrepubliken Montenegro und Serbien bestehenden Bundesrepublik Jugoslawien ausgefallen. Gewählt wurden die Abgeordneten der Republikparlamente von Montenegro und Serbien sowie das zentrale Parlament der Bundesrepublik. Außerdem standen gleichzeitig Präsidentschaftswahlen in Serbien und Montenegro an.

In beiden Republiken ist die Sozialistische Partei (SP) als stärkste Fraktion hervorgegangen. In Montenegro konnte die SP ihre absolute Mehrheit behaupten (46 Sitze von 85), in Serbien dagegen gewannen sie nur 101 der 250 Mandate, was ein Verlust von 93 Sitzen gegenüber der letzten Wahl bedeutet. Dies war nicht überraschend. Von allen Wahlausgängen wurde ein Verlust für die SP in Serbien vorhergesagt. Überraschend war aber, wer den Sozialisten die Stimmen abgab. Nicht, wie vermutet, die Anhänger der DEPOS (oppositionelles Wahlbündnis verschiedener politischer Strömungen), sondern die ultrarechte Radikale Partei. Unter ihrem Führer Šešelj ist sie das politische Sprachrohr der Tschetniks, die für ein monarchistisches Großserbien eintreten.

Die Radikale Partei konnte sich als zweitstärkste parlamentarische Kraft etablieren und hat ihren Anteil von einem Sitz auf 73 hochschaukeln können. Ein katastrophaler Erfolg. Die monarchistischen Faschisten werden es als Aufforderung sehen, ihre Ziele nun verstärkt durchzusetzen. Die Sozialistische Partei unter ihrem Präsidenten Milošević ist schon bisher ein Bündnis mit der Radikalen Partei eingegangen, obwohl dies wegen der absoluten Stimmenmehrheit der SP im Parlament nicht nötig war. Nun ist zu befürchten, dass die SP mit der Radikalen Partei ein Regierungsbündnis eingeht. Denn, wie Milošević schon erklären ließ, mit der oppositionellen DEPOS (49 Mandate) wird er kein Bündnis eingehen.

Das zweite überraschende Ergebnis war das hohe Abschneiden Milošević's bei den serbischen Präsidentschaftswahlen. Gegen ihn trat, unterstützt von dem Wahlbündnis DEPOS, der jugoslawische Ministerpräsident Panić an. Milošević erhielt 56 %, Panić 34 %. Trotz anfänglichem Vorwurf von Wahlbetrug hat nun Panić das Ergebnis akzeptiert und Milošević zu seinem Erfolg gratuliert. Gleichzeitig hat er seinen Rücktritt angekündigt. — (hav)

## USA: Immer mehr Leihbelegschaften

Leiharbeiter sind seit langer Zeit ein beliebter Weg der Kapitalisten, um nicht nur wirklich kurzfristige Personalknappheit bei Krankheit oder Urlaub zu beheben, sondern auch längerfristig sich ein Reservoir von kurzfristig kündbaren Arbeitskräften zu halten. Eine konsequente Fortsetzung dieser Strategie ist das Ausleihen von ganzen Belegschaften.

In den USA hat sich diese Form von Umgehen aller Verpflichtungen in den letzten vier Jahren stark ausgeweitet. 1984 war die Zahl der Leihangestellten in den USA um die 10000, 1987 waren es 130000 und 1991 fast eine Million. Das Rezept für die Umwandlung einer regulären Belegschaft in eine Leihbelegschaft ist ganz einfach: Der Kapitalist kündigt der gesamten Belegschaft, die dann umgehend von der Leiharbeiterfirma angeheuert und sofort an den Kapitalisten wieder ausgeliehen wird. Die Leihfirma ist dann der offizielle Arbeitgeber und verwaltet die Zahlung von Lohn und Sozialleistungen.

Der Direktor der Nationalen Personal-Leasing Vereinigung der USA preist das Verfahren als vorteilhaft für alle Sei-

ten, weil die fachkundigen Personalbüros der Leihfirmen Personalangelegenheiten besser behandeln könnten als der Manager einer kleinen Firma. Ein scheinheiliges Argument, denn die Personalverwaltung der meisten kleinen und mittleren Firmen wird sowieso von Spezialfirmen ausgeführt.

Bezüglich des Vorwurfs des Unterlaufens von gewerkschaftlicher Organisation behauptet der Vertreter der Leasingfirmen, daß die meisten Gewerkschaften jetzt das Leasing akzeptieren würden, seitdem eine Regierungsstudie zu dem Ergebnis gekommen sei, daß das Leasing nichts an den gewerkschaftlichen Tarifverträgen ändere. Das mag zwar stimmen für die Einhaltung eines bestehenden Tarifvertrags. Aber welche Druckmittel hat eine solche Belegschaft für die Erhaltung eines guten neuen Tarifvertrags? Den Kapitalisten können sie nicht bestreiten, weil er rechtlich nicht ihr Vertragspartner ist. Die Leihfirma bestreiten, die sofort eine neue Belegschaft zusammenstellt und dem Kapitalisten anbietet?

Vorteil für alle Seiten, wie soll das gehen? — (her, ger)

## Internationale Umschau



Am 17. Dezember überreichte eine 15-köpfige Delegation dem belgischen Premier Dehaene 582 172 Unterschriften gegen Faschismus und Rassismus und für gleiche Rechte für Ausländer in Belgien. Die Unterschriften gehen auf eine Initiative zurück, die Antifaschisten verschiedener Richtungen, Grüne, Gewerkschafter, Sozialisten und Kommunisten nach den letzten Parlamentswahlen als Antwort auf die Wahlerfolge faschistischer Listen gestartet hatten. Die „Initiative 479917“ nahm sich zum Ziel, mehr Unterschriften für ihre Forderungen zu sammeln, als faschistische Listen bei den Wahlen Stimmen erhalten hatten. Dieses Ziel ist mit den jetzt erreichten 582 172 gelungen. Die Forderungen — unter anderem nach Wahlrecht für Ausländer — werden weiter verfolgt. — (rül, Bild: Solidair)

## Gefangene in Todestrakten in Huntington (USA)

Seit dem 1. November 1992 sind die Haftbedingungen aller 146 Gefangenen in den Todestrakten der Gefängnisse in Pennsylvania (USA) verschärft worden (kein Hofgang am Wochenende). Für Gefangene in Disziplinarhaft wurden z.B. die Trennscheibenbesuche auf einmal monatlich verringert. Diese Regelungen betreffen u.a. den schwarzen Journalisten und ehemaligen Black Panther, Mumia Abu-Jamal, der im Todestrakt von Huntington in Disziplinarhaft sitzt, weil er sich weigert, seine Dredlocks abschneiden zu lassen. Die Gefangenen bitten um Unterstützung von außen (nähere Angaben im *Angehörigen-Info*). — (alk)

## Indikationsgesetz statt Fristenlösung in Ungarn

Das ungarische Parlament hat, bedrängt von der katholischen Kirche, die ein vollständiges Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen verlangte, am 17. Dezember mit großer Mehrheit ein Gesetz verabschiedet, das die Beendigung der Schwangerschaft bei einer drohenden schweren Krisensituation der Mutter erlaubt. Damit ist auch ein mit sozialer Not begründeter Schwangerschaftsabbruch zugelassen, was der zuständige Minister, der Christdemokrat Surjan, sehr bedauerte, aber angesichts der wirtschaftlichen Lage Ungarns für unvermeidbar hielt. Das neue Gesetz ersetzt die aus dem sozialistischen Ungarn stammende Fristenlösung.

Quelle: NZZ, 19. 12. 92 — (alk)

## GAP-Projekt: 49 Arbeiter bis jetzt zu Tode gekommen

Bei dem in kurdischen Gebieten durchgeführten Bauen des sog. „GAP-Projekts“ (vor allem Staudambauten zur Stromgewinnung für die Türkei) sind seit 1986 49 Arbeiter ums Leben gekommen. Am 21. Dezember kamen erneut zwei Arbeiter im Urfa-Tunnel durch einen Arbeitsunfall ums Leben. Niemand kümmert sich um die Verletzung der Sicherheitsvorschriften und die schlimmen Arbeitsbedingungen auf den GAP-Baustellen. In den meisten Fällen wurde nicht einmal der vorgeschriebene Bericht über die tödlichen Arbeitsunfälle gefertigt. Die ca. 2000 Arbeiter der GAP-Baustelle haben außerdem seit vier Monaten keinen Lohn mehr bekommen. Ein Arbeiter erklärte: „Unser Kollege İsmail Polat, der gestern auf der Baustelle getötet wurde, hat vier Kinder. Diese Baustelle hat schon viele Familien ins Unglück gestürzt. Niemand zieht die von Akpınar für das Unrecht, das sie den Arbeitern antun, zur Rechenschaft. Wir haben keinerlei soziale Rechte. Eine gewerkschaftliche Organisation wird uns unmöglich gemacht. Wir sind zur Gewerkschaft Tes-İş gegangen und wollten Mitglied werden. Aber der Vorsitzende der Tes-İş hat sich mit der Akpınar-Gesellschaft geeinigt und verweigert uns die Aufnahme in der Gewerkschaft. Für die Firma Akpınar sind die Arbeiter noch nicht mal so viel Wert wie Tiere.“ Özgür Gündem, 23. 12. — (rül)

## Kommunalwahlen Italien: Äußerste Rechte stärker

Etwa eine Million Wahlberechtigte waren am 13./14. 12. 1992 in 55 italienischen Städten und Gemeinden zu Kommunalwahlen aufgerufen. Die Ergebnisse bestätigen die dramatischen politischen Veränderungen der letzten Zeit. Schwere Verluste hatten die beiden größten Regierungsparteien, die *Christdemokratische Partei (DC)* und insbesondere die *Sozialistische Partei (PSI)*, zu verzeichnen. Im Norden erhielt die Sozialistische Partei z.B. in Monza nur noch ein Drittel (5,3 %) der Stimmen der Kommunalwahl 1990, in Varese noch etwa ein Viertel. Starke Verluste haben DC und PSI auch im Süden. Dabei dehnt sich aber das Lager der politischen Reaktion weiter aus.

Gewinner im Norden ist die für die Spaltung des Landes eintretende *Lega Nord*, die zum Beispiel in Monza auf 32,1 % (DC: 16,8 %), in Varese auf 37,3 % (DC: 17,7 %) kam. Das Wahlziel der Lega für ihre Hochburg Varese „Mut zu 51 %!“ wurde allerdings deutlich verfehlt. Andererseits deutet das Wahlergebnis von Reggio in Kalabrien darauf hin, daß besonders im Süden der traditionellen Faschismus des *MSI* aus der Spaltung des Landes gewinnen kann: Von 6,0 % bei den Kommunalwahlen 1989 sind die Faschisten dort auf 16,6 % gekommen.

Die *Demokratische Partei der Linken (PDS)*, die Ex-PCI-Mehrheit, hätte nach einer Hochrechnung der Ergebnisse auf das Land gegenüber der Parlamentswahl im April weitere 2 % verloren (jetzt 11,3 %), *Rifondazione Comunista (PRC)* mit 6,4 % etwas dazugewonnen.

Die Mehrheitsbildung in den Städten wird nach diesen Ergebnissen als schwierig, wenn nicht unmöglich angesehen. Die Forderung aus konservativen Kreisen, das Verhältniswahlrecht durch ein Mehrheitswahlrecht zu ersetzen, wird noch lauter. — (rok)

## Ostafrika im Visier des italienischen Militärs

Ab Mitte Dezember sind auch italienische Soldaten zur Beteiligung an der UN-Operation in Somalia eingetroffen. Die Carabinieri, Fallschirmjäger und Marinesoldaten kommen mit dem größten italienischen Flottenverband außerhalb des Mittelmeers seit dem Zweiten Weltkrieg. Sie sind Freiwillige, mit einem langen Einsatz wird gerechnet.

In Somalia operieren die italienischen Einheiten nördlich der Hauptstadt Mogadischu. Ein besonderes Ziel sind dabei Städte, in denen Italiener wohnen oder wo von Italien Einrichtungen (z.B. ein Krankenhaus) errichtet worden sind.

Der Druck der herrschenden Klasse Italiens für diese Intervention und die Eroberung einer neuen kolonialen Macht ist groß. Sie knüpft dabei an eine traditionelle Expansionsrichtung an. Regierungsmitglieder weisen darauf hin, daß Italien als ehemalige Kolonialmacht von „Italienisch-Somaliland“ eine besondere Verantwortung trage. Der Verteidigungsminister Andò erklärt, Italien kenne schließlich Somalia gut und habe als eine große industrielle Nation die Pflicht einzugreifen. Der Außenminister Colombo sieht schon eine Norm des Völkerrechts aus dem Weg geräumt: Mit Somalia sei jetzt erstmals ein äußeres Eingreifen in ein anderes Land legitimiert worden, wenn es gegen Hunger und Krieg gehe.

Die Opposition ist schwach. Im Parlament ist die Intervention durchgegangen. Relativ wenige Abgeordnete, u.a. von *Rifondazione Comunista*, haben dagegen gestimmt. Die Abgeordneten der Demokratischen Partei der Linken (PDS, Mehrheit des EX-PCI) haben sich enthalten.

Auf Ostafrika als Expansionsrichtung der italienischen Politik deutet auch ein weiteres Vorhaben. In der geplanten UN-Operation in Mosambik hat sich Italien in den Vordergrund geschoben. Die „Konferenz der Spenderländer“ für Mosambik hat vor Weihnachten in Rom getagt, von den geplanten 100 Millionen Dollar bringt Italien etwa ein Viertel auf. Mit dem Geld kommen auch die Soldaten. Von den vorgesehenen 7000 Soldaten will die italienische Regierung ab Januar 1993 1200 stellen. Sie sollen in Mosambik die strategischen Transportwege zwischen dem Meer und Malawi bzw. Zimbabwe kontrollieren.

Quelle: Radiotelevisione Italiana — (rok)

## Bergarbeiterstreik in Polen

Auch nach Einrichtung eines Notdienstes zur Versorgung von Hütten und Kokereien geht der Streik in 65 Kohlengruben weiter. Zum Streik rief, laut NZZ, die Gewerkschaft „Solidarität“ auf; seit dem 16. Dezember sind rund 200000 Arbeiter im Ausstand. Sie fordern eine spürbare Lohnerhöhung und eine Entschuldung aller Bergwerke. Die Gruben, die einst Löhne über dem Durchschnitt zahlten, erwarten zum großen Teil ihre Schließung und haben die Löhne auf ein absolutes Minimum gesenkt. Das Parlament lehnte am 19. 12. einen Bericht der Regierung mit Maßnahmen zur Restrukturierung des Kohlebergbaus knapp ab. Die „Solidarität“ versucht, die Regierung zu einem gewissen Einlenken zu bringen, um die Streiks beenden zu können. — (alk)



Etwa 8000 Personen haben, so die *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, am 27. Dezember an einem Marsch um das Gefängnis von Herrera de La Mancha teilgenommen. In dem Gefängnis sind zahlreiche Gefangene der ETA inhaftiert. Die Demonstranten forderten die Freilassung der politischen Gefangenen. Zu der Demonstration hatten baskische Organisationen, darunter die Angehörigen der Gefangenen, aufgerufen. Derzeit sind in fast 100 spanischen Gefängnissen über 500 Mitglieder und Sympathisanten der ETA, die für ein unabhängiges und sozialistisches Baskenland kämpfen, inhaftiert. — (rül, Bild: eine Protestaktion der Gefangenen aus Euskadi-Information)

## Protestaktionen gegen Schließung

**Heidelberg.** Die Geschäftsleitung des Baumaschinenherstellers Furukawa GmbH beabsichtigt, das Heidelberger Werk zum 30. September 1993 zu schließen.

Am 17. Dezember demonstrierten rund 300 Menschen vom DGB-Haus in einem Fackelzug zum Rathaus, um gegen die geplante Schließung und die Entlassung der derzeit 285 Beschäftigten zu protestieren.

Als der Zug am Rathaus ankam, unterbrach der Gemeinderat seine Haushaltsberatung und alle Fraktionsvorsitzenden und die Oberbürgermeisterin begrüßten die Demonstranten auf dem Karlsplatz. Oberbürgermeisterin Weber sicherte der IG Metall und den Beschäftigten auch weiterhin alle erdenkliche Unterstützung zu, wobei sie anmerkte, viel mehr als zu versuchen, mit der Konzernleitung, die ja auch sie falsch über die wirtschaftliche Lage des Unternehmens unterrichtet hatte, Kontakt aufzunehmen, könne sie nicht tun. Eine gesetzliche Handhabe, Furukawa zur Weiterbeschäftigung der 285 Arbeiter und Angestellten zu verpflichten, gebe es leider nicht.

Der Furukawa-Betriebsrat und die IG Metall versuchen weiter vergeblich, mit der Konzernspitze ins Gespräch zu kommen, um diese davon zu „überzeugen“;

daß die Schließung und Produktionsverlagerung sich auch gegen eventuelle Marktinteressen des Konzerns richtet. Alle Schreiben der Oberbürgermeisterin, des Betriebsrats, des Wirtschaftsministers usw. in Richtung Tokio blieben bisher unbeantwortet.

Währenddessen schafft die örtliche Geschäftsführung Fakten:

Händler wurden durch rüde Erklärungen geprellt, so daß bereits erste Aufträge storniert wurden; Verträge mit Lieferanten wurden nicht erneuert, so daß selbst bei einer Revision des Schließungsbeschlusses eine Produktion frühestens Ende 1993 wieder anlaufen könnte; an Wochenenden verschwinden komplette Zeichnungssätze aus der Konstruktion und kistenweise PC-Disketten und Korrespondenz aus den Geschäftsbüros.

Der Betriebsrat wird täglich mit Drohbriefen bombardiert, doch endlich in Verhandlungen über einen Interessenausgleich und Sozialplan einzutreten, was, wenn er es täte, der Zustimmung zur Schließung gleichkäme.

Sollte es bis Mitte Januar nicht gelingen, Bewegung in die Verhandlungen in Richtung Weiterführung des Betriebs zu bringen, wird die Lage des Furukawa-Betriebsrats noch ein Stück hoffnungsloser werden. — (has)

## Konzerne spekulieren mit Werksschließungen

**Hamburg.** Die letzte Betriebsversammlung bei den Hamburger Aluminium Werken (HAW) drehte sich fast ausschließlich um das Thema: Schließen die Konzerne das Aluminiumwerk 1995? In diesem Jahr wird der Strompreisvertrag der HAW mit den Hamburger Elektrizitätswerken (HEW) auslaufen. HAW zahlt zur Zeit 2,8 Pf/KWh und streicht dadurch einen gehörigen Extraprofit ein, da alle anderen Konkurrenten mindestens das Doppelte zahlen. HAW verbraucht ca. 15 % des Hamburger Industriestroms, und es ist sicher, daß die HEW 1995 mindestens den Preis verdoppeln wird.

Die westdeutschen Aluminiumkonzerne haben ihre langfristigen Planungen. Sie werden nur neue Hütten bauen, wo der Strom aus Wasserkraft gewonnen wird. Riesige Projekte sind z. B. in Kanada und Venezuela entstanden. Mehrere westeuropäische Konzerne sind beteiligt. Alle anderen Hütten in Westeuropa werden im Verlauf der nächsten Jahre geschlossen. So jedenfalls äußern sich die Vereinigten Aluminium Werke (VAW), die bei HAW mit 33 % beteiligt sind.

In Hamburg haben sich die bei HAW beteiligten Konzerne (Vereinigte Aluminium Werke, Reynolds und AMAG) auf die Möglichkeit einer Schließung vorbereitet: Der Abschreibungszeitraum wurde verkürzt, was das Finanzamt akzeptierte. Die Hütte und alle Zulieferbetriebe sind bis 1995 statt 2002 abgeschrieben. Sollte das Aluminiumwerk 1995 geschlossen werden, haben die Konzerne dann wirklich keinen Pfennig zurückgelassen, den sie hätten einstreichen können. Sollte mit einem höheren Strompreis weiterproduziert werden, dann kann dies über einen kürzeren Zeitraum aufgefangen werden, da keine Abschreibungen mehr getätigt werden müssen.

Die Geschichte des Hamburger Aluminium Werkes ist auch eine Geschichte sozialdemokratischer Standortpolitik in Hamburg. Mit hohen Subventionen wurde der amerikanische Konzern Reynolds an die Elbe gelockt: 600 Millionen für die Ansiedlung und als Vorschuß und 20 Jahre lang ein Strompreis, der durch die Hamburger Haushalte finanziert werden muß. Die SPD wollte nach der Werftenkrise Industrie in Hamburg ansiedeln. Jetzt droht die Schließung, und die Stadt Hamburg hat von der Ansiedlung nichts gehabt als Subventionskosten. Gegenüber der Stadt Hamburg haben die Konzerne keinerlei Verpflichtungen. Obwohl die Arbeitsplätze hoch subventioniert wurden, bleiben den Aluminiumkonzernen gerade noch die Kosten für das Aufräumen des Geländes. Gegenüber der Belegschaft bestehen

über das Betriebsverfassungsgesetz hinaus keinerlei Verpflichtungen bei einer Betriebsschließung.

Die Belegschaft ist deshalb gegenüber den Schließungsabsichten in einer schwierigen Lage. Von Seiten der Konzerne wird die Sache bewußt in der Schwebe gehalten. Selbst über Verhandlungen mit der HEW wird nicht informiert. Auf der Betriebsversammlung versuchte die Geschäftsführung, die Belegschaft auf die Linie einzustimmen: Wenn wir 1995 konkurrenzfähig sind, dann wird das Werk auch weiterbestehen. Und wann sind wir konkurrenzfähig? Wenn wir noch besser arbeiten und mehr Leistung bringen. Damit hat die Geschäftsführung keinen Beifall geerntet. Der Personalabbau der letzten Jahre ist an Grenzen gestoßen und hat die Leistungsfähigkeit der Arbeiter bis aufs Äußerste angespannt. „Problemlösungsgruppen“ (woanders heißen sie Qualitätszirkel) und Gruppenarbeit — unter dem Stichwort „Verbesserung des Betriebsklimas“ in die Diskussion gebracht — sollen noch einmal einen Leistungsschub bringen. Verhandlungen mit dem Betriebsrat sollen demnächst beginnen.

Die Lage wird noch einmal verkompliziert: Der österreichische Konzern (AMAG) will seine Beteiligung an HAW (33 %) verkaufen. Es ist also gegenwärtig völlig unklar, mit welchen Eigentumsverhältnissen bis 1995 weiterproduziert wird.

Der Betriebsrat hat auf der Betriebsversammlung zuerst einmal versucht, die Informationen, die sich auf Fakten stützen, in der Belegschaft zu verbreiten. Er hat außerdem die Belegschaft darauf hingewiesen, daß die Konzernleitungen gegenüber der Belegschaft nie eine offene Politik betreiben werden. Sie werden solange als möglich den Eindruck erwecken, daß weiterproduziert werden soll. Selbst wenn der Beschluß einer Werksschließung bereits gefaßt wurde.

Die Konzernleitungen spekulieren mit der Unsicherheit auf Seiten der Arbeiter und Angestellten. Deshalb kommt es erst einmal darauf an, so der Betriebsrat, die Fakten zu kennen und die Konzernleitungen zu zwingen, mit offenen Karten zu spielen. Auf keinen Fall kann man sich auf die jetzige Informationspolitik von HAW verlassen.

Gegenüber einer Werksschließung ist die Politik des Betriebsrats stark eingeschränkt, weil die Interessen der Belegschaft selbst gespalten sind. Der Betriebsrat hatte mit dieser Betriebsversammlung erst einmal begonnen, die Belegschaft auf die Auseinandersetzung vorzubereiten und soweit als möglich zu einigen. — (gün)

## Einwendungen im Expo-Raumordnungsverfahren

**Hannover.** Der Kommunalverband Großraum Hannover hat am 1.6.92 das Raumordnungsverfahren zur Expo 2000 eingeleitet und Ende November zum Gespräch eingeladen. 50 Einwendungen kamen. Eine Protestliste mit 460 Unterschriften war aus dem Raum Peine, 100 Einwendungen waren aus Burgdorf, 65 aus Wedemark gekommen. Die Kritik richtet sich gegen die erwarteten hohen Verkehrsaufkommen und das Netz von Park+Ride-Plätzen. Wie sollen diese später genutzt, wie ein Verkehrschaos verhindert werden? Die Regionalplaner nutzen das Raumordnungsverfahren, um Interessen abzugleichen? Eine Umweltverträglichkeitsprüfung der Gruppe Ökologie zum Rahmenplan Kronsberg ergab schwerwiegende Beeinträchtigungen durch alle Planungsvarianten. — (anr, aus nzz, gekürzt)

## „Für Völkerfreundschaft, gegen Rassismus“

**Gevelsberg.** Vertreterinnen und Vertreter mehrerer Gewerkschaften aus der Türkei kommen vom 19. bis 29. Januar in die Bundesrepublik. Sie kommen aus einem Land, in dem die gewerkschaftlichen Rechte unterdrückt sind und in dem deutsche Konzerne zunehmend wegen niedriger Löhne investieren. Ziel ihrer Begegnung mit Gewerkschaftlern aus der BRD ist es, Informationen über die Lage der arbeitenden Menschen in beiden Ländern auszutauschen, aus den gewerkschaftlichen Kampferfahrungen zu lernen, Solidarität zu organisieren, ein Zeichen gegen Rassismus und Nationalismus zu setzen und einen Beitrag zur Völkerverständigung zu leisten. Für Samstag, den 23. Januar, ist in Duisburg

eine zentrale Veranstaltung geplant. Darüber hinaus sind regionale Veranstaltungen vorgesehen. Nachfragen sind möglich bei: Initiative Begegnungen mit GewerkschafterInnen aus der Türkei, c/o IG Metall, 5820 Gevelsberg, Großer Markt 9. — (scc)

## SPD-Innenminister für verdeckte Ermittler

**Stuttgart.** Gegen die Kritik der Datenschutzbeauftragten Ruth Leuze hat der baden-württembergische Innenminister Birzele (SPD) jetzt schon zum wiederholten Male den im Sommer bekannt gewordenen Einsatz verdeckter Ermittler in Tübingen verteidigt. Dem von seinem CDU-Vorgänger angeordneten Einsatz gegen linke und kirchliche Gruppen habe „eine ganz spezielle Gefahrenlage“ zugrunde gelegen. Offenbar ist von der SPD-Opposition gegen verdeckte Ermittler gar nichts geblieben. Ein vor kurzem veröffentlichtes 7-Punkte-Programm des Innenministeriums, diesmal mit dem Kampf gegen rechts begründet, sieht ebenfalls den „massiven Einsatz von verdeckten Ermittlern“ vor. — (evc)

## Prozeß gegen S. Waldberg wieder verlagt auf 15. 1. 93

Beim ersten Prozeßtermin gegen Stephan Waldberg hatten die türkischen Ankläger bereits seinen Journalistenstatus anerkennen müssen. Ohne jede Beweise für die Anklage wegen „Unterstützung der PKK“ hat das türkische Gericht beim 2. Verhandlungstermin am 18. 12. zur offenen Schikane und Provokation gegriffen, um eine weitere Vertagung zu beschließen: ausgerechnet die Notizbuch-Aufzeichnungen, die Stephan für Radio Dreyeckland gemacht hatte, und die seit seiner Verhaftung am

25. 10. 92 in den Händen der Anklagebehörden sind, sollen jetzt „übersetzt“ werden. Von Seiten der Delegation, die auch diesmal zum Prozeßtermin gereist war, bestehend aus einem Vertreter von RDL, dem Vater und dem Medico-International-Mitglied Alexander Kauz aus Waldkirch, wurde gegenüber der Presse gegen diese „Begründung“ für erneute Vertagung scharf protestiert. Immer deutlicher wird, daß dieses Verfahren der Unterdrückung jeglicher Berichterstattung aus kurdischem Gebiet dienen soll. Auch der türkische Verteidiger übte scharfe Kritik am Prozeßverlauf und der „partiischen Haltung“ der Richter. A. Kauz erklärte, daß Stephan während seiner ersten Verhöre gefoltert worden sei, was die Angehörigen bisher aus Rücksicht auf das Verfahren nicht öffentlich gemacht hätten. „Jetzt gibt es für diese Zurückhaltung keinen Grund mehr“, erklärte Kauz, der auch die Bundesregierung erneut aufforderte, endlich mehr für die sofortige Freilassung von S. Waldberg zu unternehmen. — (mab)

## Mieterverein kritisiert Bunkerunterbringung

**Karlsruhe.** Der Mieterverein hat nach einer Begehung die Bunkerunterbringung von Wohnungslosen in der Karlsruher Erzbergerstraße als katastrophal menschenunwürdig und hygienisch bedenklich bezeichnet. Der Bunker habe feuchtkalte, fenster- und türlose Zellen von zwölf Quadratmetern für sechs Leute, keine Aufenthaltsräume, keine Küche. Ab 7.30 Uhr in der Frühe würden die Wohnungslosen wieder auf die Straße geschickt. So eine Situation führe zwangsläufig zu Resignation bei Wohnungslosen, die noch eine gewisse Perspektive und einen Willen hätten. — (map)



## „Wir fühlen uns wie im Gefängnis“

In der Woche vor Weihnachten protestierten die Flüchtlinge in der Holmkaserne in Köln-Niehl gegen die unzumutbaren Zustände im Lager. Viele vertragen das Essen nicht, die Heizung funktioniert nicht, 16 DM Taschengeld reichen nicht, um Fahrgeld, Medikamente, Dinge für den persönlichen Bedarf zu kaufen. Flüchtlingsorganisationen werden am Betreten des Lagers gehindert. Am 16. 12. verweigerten die meisten Insassen das Essen, um Druck zu machen für ihre Forderungen. Am 21./22. 12. wurden daraufhin sämtliche Flüchtlinge in verschiedene andere Lager abtransportiert! — (u.b., Foto: af/mz)

## Betriebsräte erörtern Lösung für das dringende Problem Kinderbetreuung

*Wir berichteten vor einem Jahr über die Initiative Hamburger Betriebsräte: „Unternehmer sollen Kindergartenplätze finanzieren“. Diese Initiative ist weiter aktiv, wie der folgende (gekürzte) Beitrag aus dem Betriebsrat von Jungheinrich zeigt. -f/- (scc)*

Der Mangel an Betreuungsmöglichkeiten für Kinder berufstätiger Eltern entwickelt sich zunehmend zu einem Schlüsselproblem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf — besonders für die Frauen. (...) Die Forderung nach einer betrieblichen Sozialeinrichtung für Kinder ist allerdings gar nicht so ohne und stellt nicht das Nonplusultra dar. Sie birgt folgende Risiken und Probleme:

— Vielen Unternehmen ist die Errichtung einer solchen Sozialeinrichtung nicht nur aus finanziellen Gründen, sondern vor allem aus Mangel an Platz und fehlenden Gegebenheiten in unmittelbarer Umgebung unmöglich. Denken wir hier an die dicht bebaute Innenstadt oder die reinen Industriegebiete, in denen es an den nötigen Grün- und Erholungsflächen fehlt, um den Kindern z. B. den unerläßlichen Spielplatz bieten zu können. — Ist die betriebliche Idee umgesetzt, steht meist eine zu geringe Anzahl von Plätzen zur Verfügung; Auswahlkriterien führen oft zu Unmut und Streitigkeiten unter den Kollegen.

Die Belange der Kinder werden so gut wie gar nicht berücksichtigt:

— Bei den meist längeren Arbeitswegen artet bereits früh der Transport in die Kindertagesstätte oft zum sehr frühen strapaziösen Erlebnis für das Kind und den Elternteil aus.

— Durch die Unterbringung außerhalb der Wohngegend und damit weg von Nachbarn und Freunden sind Kinder aus ihrem sozialen Umfeld herausgerissen und bedürfen später eines unnötigen Eingliederungsprozesses in Vorschule und Schule.

— Und last not least steht der Elternteil in einem unmittelbaren Abhängigkeitsverhältnis vom Unternehmen, denn bei Ausscheiden aus der Firma mit oder ohne Nachfrist muß das Kind aus der Tagesstätte genommen werden.

(...) Der Gesetzgeber hat den fehlenden Kindertagesunterbringungsmöglichkeiten nun Rechnung getragen:

— Durch ein Steueränderungsgesetz sind Leistungen des Arbeitgebers zur Unterbringung und Betreuung von nicht schulpflichtigen Kindern von Arbeitnehmern in Kindergärten oder vergleichbaren Einrichtungen steuerfrei, und

— die Befreiung erstreckt sich auch auf Leistungen für betriebsfremde Kindergärten!

— Eine Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes legt den Anspruch der Kinder auf Betreuungs- und Kindergartenplätze auf Landesebene bis 1995 und bundesweit ab 1996 fest.

Eine Initiative Hamburger Betriebsräte hat es sich zur Aufgabe gemacht, sich gestützt auf diese Gesetzesänderungen für die Schaffung von Betreuungsmöglichkeiten in den Wohnstadteilen einzusetzen.

Die Idee ist, einen Fonds für eine gesetzlich geregelte Kinderbetreuungsabgabe ins Leben zu rufen, in den künftig alle Hamburger Unternehmen einzahlen — anteilig nach ihrer Mitarbeiterzahl. Mit dem Geld sollen Kindergartenplätze durch die öffentliche Hand geschaffen werden, so daß die Kinder in dem Stadtteil versorgt werden können, in dem sie wohnen und in dem sich ihr soziales Umfeld befindet.

Wir als Betriebsrat (BR) Jungheinrich Hamburg halten dieses Finanzierungsmodell für denk- und vor allem auch zumutbar, die Zielsetzung für besser als die betriebliche Lösung und sind aus diesen Gründen der Initiative beigetreten. Dort wird nun gemeinsam mit z. Z. ca. 27 anderen BR-Gremien (die Zahl nimmt stetig zu) eine Herangehensweise erarbeitet.

Gespräche mit den Bürgerschaftsparteien, Erstellung eines Thesenpapiers, das aufweisen soll, wie viele Plätze in Hamburg fehlen, warum Betriebskindergärten historisch überholt und kinderfeindlich sind und ob ggf. die jetzige Kindergarten-Situation gemäß EWG-Richtlinie 119 eine mittelbare Form der Diskriminierung darstellt, sollen die Schwerpunkte der Arbeit sein. (...)





Essen. Gegen Menschenrechtsverletzungen in der Türkei protestierten Mitglieder von amnesty international am 12. Dezember vor dem türkischen Konsulat in Essen. — (nach: Lokalberichte Essen)

## Haftverschonung für Gerhard Bögelein

Nach rund zwei Jahren Gefängnis ist Gerhard Bögelein wieder draußen! Am 8. Dezember erhielt der 69jährige Antifaschist Haftverschonung. Gerhard Bögelein wurde kurz nach dem rechtlichen Vollzug der DDR-Annexion unter dem Vorwurf, den faschistischen Wehrmachtsrichter Kallmerten 1947 in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager getötet zu haben, in Leipzig verhaftet und in einem unsäglichen Verfahren zu lebenslangem Gefängnis verurteilt. Das Urteil ist, da die Verteidigung von Gerhard Bögelein Revision eingelegt hat, noch nicht rechtskräftig. Gerhard Bögelein war die ganzen zwei Jahre krank. Er war gegen den Willen seiner behandelnden Leipziger Ärzte verhaftet und im Untersuchungsgefängnis Hamburg auf fragwürdige Weise medikamentös behandelt worden. Die durch Rache, nicht Recht geleitete Inhaftierung hat ihm Jahre seines Lebens geraubt. Das ist nicht wiedergutzumachen. Gegen die Verurteilung von Gerhard Bögelein haben sehr viele Menschen protestiert. Um das Verfahren bis zum Ende durchzustehen, braucht er weiter unsere Solidarität. — (scc)

## Doch kein Erziehungsgeld für türkische Familien

Stuttgart. Hoffnung auf Abschaffung eines Ausländer diskriminierenden Gesetzes kam auf, als im März 1991 das oberste Verwaltungsgericht Baden-Würtbergs den Ausschuß einer seit langem in der BRD lebenden Türkin vom Landeserziehungsgeld als Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz, die europäische Sozialcharta und die Abkom-

men mit der Türkei erklärte. Aber nun urteilte das Bundesverwaltungsgericht, die Entscheidung über das Erziehungsgeld liege in der haushaltsrechtlichen Gestaltungsfreiheit des Landes. Die Grünen protestierten: Damit werde die Diskriminierung der größten Einwanderergruppe fortgesetzt. Der DGB prüft eine Verfassungsbeschwerde. — (alk)

## Antifaschistische Aktion am 30. 1. wird vorbereitet

München. Am 30. Januar findet eine Demonstration statt. Die Veranstalter sind Ausländerbeirat, DGB, Münchner Bündnis gegen Rassismus, Münchner Flüchtlingsrat, Münchner Friedensbündnis und VVN-BdA. Einen gemeinsamen Aufruf gibt es nicht, aber eine gemeinsame Losung: „Der 30. Januar 1933 mahnt — Gegen Neonazismus, rechte Gewalt und Rassismus — Verteidigen wir die demokratischen und sozialen Grundrechte — Für das uneingeschränkte Recht auf Asyl“. Die Beteiligung des DGB an dieser antifaschistischen Demonstration — am 9. November waren die DGB-Repräsentanten abwesend — ist insofern ein Fortschritt, weil dies von Einzelgewerkschaften und zahlreichen Mitgliedern in den letzten Wochen gefordert worden war. Allerdings wird dieses Abkommen, das nur ausgewählte Bündnisse und Organisationen als Veranstalter vorsieht, auch als unnötige Abgrenzung gegen linksradikale und alternative Gruppen verstanden. So kam es sogar dazu, daß die Stadtratsfraktion der Grünen nicht zu den Veranstaltern zählt. Dies hat natürlich alles mit politischen Inhalten zu tun. Die Mahnung an den 30. 1. 1933 muß reaktionäre und faschistische Tendenzen heute kritisieren und bekämpfen. — (dil)

# Haushalt Heilbronn: Gewerbesteuer und „Volksbeglückungsprogramme“

Heilbronn. Obwohl die Stadtverwaltung die finanzielle Ausstattung beklagte, wurde von ihr kein Antrag auf Erhöhung der Gewerbesteuerhebesätze gestellt. Seit 1989 liegt der Hebesatz in Heilbronn mit 350 Punkten im Vergleich zu anderen Städten Baden-Württembergs eher am unteren Ende (Esslingen 380, Freiburg 400, Heidelberg 400, Karlsruhe 380, Konstanz 360, Mannheim 413, Offenburg 380, Stuttgart 430, Tübingen 360, bezogen auf 1992). Im beschlossenen Haushalt für 1993 sind 123 Mio. DM an Gewerbesteuer vorgesehen, das sind 22 % der Einnahmen des Verwaltungshaushaltes. 1992 waren das noch 149 Mio. DM bzw. 27 %.

In dieser Situation haben SPD und Grüne eine bescheidene Erhöhung der Gewerbesteuer um 10 Punkte beantragt, was ca. 3 bis 3,5 Mio. DM Mehreinnahmen gebracht hätte. In der Argumentation war ihr wichtigster Gesichtspunkt die soziale Symmetrie, das heißt, wer Gebühren für die kleinen Leute erhöht, muß auch die Gewerbesteuer ausschöpfen. In der Begründung erläuterte der SPD-Fraktionsvorsitzende Niethammer, daß es fast ausschließlich Großbetriebe sind, die von einer solchen Erhöhung betroffen wären. 8 % der Betriebe würden mehr als 75 % der Gewerbesteuer aufbringen. Auch wies er darauf hin, daß mit einem solchen Beschluß die Möglichkeit einer Umverteilung von zentraler Steuer auf die Kommunalsteuer möglich sei. Den Betrag, den Großbetriebe als Gewerbesteuer bezahlten, müssen diese ja schließlich nicht mehr als Körperschaftsteuer aufbringen. Er kritisierte, daß die „wirtschaftlich Starken nichts mehr bei(tragen) zur Finanzierung des Gemeinwesens“ und betitelte Oberbürgermeister Weinmann als „Schulden OB“.

Dieser sah bei einer Gewerbesteuererhöhung den „wirtschaftlichen Niedergang mit weiteren Entlassungen fortgehen“. Dagegenbach von den Rep blies ins selbe Horn: „Wer solche Anträge stellt, verschärft die wirtschaftliche Situation. Dies ist ein Schau-Antrag der SPD“.

Vom Bürgerblock und den Rep (CDU 14 Ratsmitglieder, Rep 3, FDP 3, FWV 2, 1 parteiloser ehemals Rep), sowie von der Stadtverwaltung wurde der Antrag von SPD (13) und Grünen (4) niedergebügelt. Die SPD verkündete daraufhin durch ihren Fraktionsvorsitzenden, daß die SPD in dieser Wahlperiode keiner Gebührens- und Tarifierhöhung mehr zustimmen werde, die die Bürger direkt betreffe. Im Vorfeld dieser Abstimmung über die Gewerbesteuer hatte der Ge-

meinderat jedoch mit überwiegender Zustimmung der SPD bereits durch neun drastische Gebühren- und Tarifierhöhungen über 10 Mio. DM aus den Taschen der Einwohner geholt. So wurde z. B. der Wasserpreis um 15 bis 26,6 % durchschnittlich erhöht, der Abwasserpreis um 33 %, die Müllabfuhr, die Kindergärten um 17,5 % und die Kindertagesheimplätze um 10 %.

Desweiteren wurde der Neubau von Volkshochschule und Stadtbücherei auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben, obwohl das Fundament, eine millionenschwere, städtische Tiefgarage für den Kaufhauskonzern Horten bereits fertiggestellt ist. Dazu wurden 30 Mio. DM, die die Stadt für den Erwerb von ehemaligen Militärfeldern (Waldheide und US-Kasernen) in der Rücklage hatte, dem Haushalt zugeführt. Die Möglichkeit, in Sachen ehemalige Militärgelände und Wohnungsbau dem Bodenspekulantentum den Boden zu entziehen, hat die Stadt damit weitgehend verspielt.

Bei der Abstimmung über die ca. 120 Anträge der Fraktionen wurden fast alle sozialen Anliegen niedergestimmt. Um den Stellenplan 1993 gab es eine ausführliche Debatte, zu deren Beginn der Vorsitzende des Gesamtpersonalrates Stellung bezog. Er kritisierte Überstunden und Mehrarbeit in der Verwaltung, sprach sich deutlich gegen weitere Privatisierungsabsichten aus und forderte die volle Einhaltung des Stellenplanes.

Die Rechtswidrigkeit eines Antrages der Rep (Verzicht auf Stellenanhebungen) legte er wie folgt dar:

„Die Annahme eines solchen Antrages würde gegen das bestehende Tarif- und Besoldungsrecht verstoßen. Unsere Kolleginnen und Kollegen haben schon aufgrund ihrer Leistungen Anspruch auf die tariflich vereinbarte Bezahlung. Es zeigt sich bei diesem Antrag, daß es gut ist, daß dieser tarifrechtliche Anspruch einklagbar ist.“

Die Haushaltsberatungen 1992 lassen sich mit den Worten des SPD-Fraktionsvorsitzenden zusammenfassen: „Die Herrschaft der wohlhabenden über die benachteiligte Lobby hat sich durchsetzen können“. Daß SPD und Grüne da in letzter Konsequenz mitspielen statt Gebührenerhöhungen und den Gesamthaushalt abzulehnen, ist bedauerlich. So können sich die Rep profilieren, die mit zwei Stadträten als einzige Fraktion den Sparhaushalt ablehnten, weil zu „aufgebläht und zu aufwendig“. Der Stadtverwaltung scheint die Politik der Rep als Bremser gegenüber sozialen Interessen und „Volksbeglückungsprogrammen“ (CDU-Fraktionsvorsitzende) eher gelegen zu kommen. Erst vor einigen Tagen erklärte der Sozialdezernent Casse (CDU), die Republikaner seien eine demokratische Partei, die demokratisch gewählt sei. In Bezug auf die Isolierung der Rep gibt es in Heilbronn noch viel zu tun. — (jom)



Zu den zehn wichtigsten Gewerbesteuerzahlern (und Nutznießer niedriger Hebesätze) in Heilbronn gehören seit Jahren u. a. die EVS AG, Fiat, Knorr-Maizena, Baden-Württemberg Bank, Südwestdeutsche Salzwerke, Heilbronner Stimme, Maschinenbau Illig und Lapple (siehe Bild).

## FAA Hamburg: Teilschließung abgewehrt

Hamburg. Die FAA Hamburg führt Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen durch. Sie gehört einer Holding, die in der ganzen BRD mehrere Schulen verwaltet, juristisch alles eigenständige Gesellschaften. Die Holding ist im Besitz des niederländischen Konzerns VENDEX, der zu den 150 reichsten Europas zählt. Die FAA Hamburg hat z. Zt. etwa 600 Umschüler, hauptsächlich in gewerblich-technischen Berufen, und ca. 100 Beschäftigte (Ausbilder, Lehrer, Verwaltungspersonal).

Anfang November informierte die Schulleitung die Belegschaft und die etwa 60 Umschüler des Metallbereichs, daß dieser Bereich geschlossen werden solle. Die Umschüler sollten in andere Schulen oder Betriebe abgeschoben und von der Belegschaft 26 Kollegen entlassen werden.

Begründet wurde das Ganze mit finanziellen Schwierigkeiten: zu hohe Gebäudemieten, zu hohe Personalkosten durch den bestehenden Haustarifvertrag und bevorstehende Sparmaßnahmen des Arbeitsamts durch die geplante Änderung des Arbeitsförderungs-gesetzes.

Der Betriebsrat begann sofort Verhandlungen über einen Interessensausgleich und ggf. einen Sozialplan; die Vertreter der Metall-Umschüler protestierten bei der Schulleitung und beim Arbeitsamt — Betriebsrat und Umschüler forderten gemeinsam den Erhalt aller Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Nachdem die Metall-Umschüler die anderen Gewerke aufsuchten, dort ihre Kollegen informierten und zu einer Protestdemonstration aufriefen, wurde die Geschäftsführung unruhig. Sie bot der Umschülervertretung Gespräche an, die aber kein Ergebnis brachten. Schließlich drohte die Schulleitung, die FAA müsse Konkurs anmelden, falls die Metall-Umschüler eine Teilschließung verhindern würden.

Trotzdem führten am 24. 11. ca. 350 Umschüler eine Protestdemonstration zur Hauptstelle vom Arbeitsamt Hamburg durch. Daraufhin sagte die Schulleitung — von der Geschlossenheit der Umschüler beeindruckt — schließlich zu, daß alle bestehenden Umschulungskurse bei der FAA zu Ende geführt werden.

Die geplanten Entlassungen sind allerdings nicht vom Tisch: die Schulleitung besteht weiter darauf, 26 Stellen abzubauen. Mit dem Abschluß der laufenden Metall-Kurse in den nächsten 2 Jahren hätten einige Ausbilder und Lehrer keine Beschäftigung mehr für den Fall, daß die Schulleitung beim Arbeitsamt keine neuen Kurse mehr ausschreibt.

Betriebsrat und Geschäftsführung haben am 29. 12. einen Termin bei der Einigungsstelle des Arbeitsgerichts, um einen Sozialplan bei evtl. Entlassungen auszuhandeln. Das Ergebnis war bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt. — (vde)

## GBG deklariert Erhöhungen der Mietpreise dreist als Solidarabgabe

Hildesheim. Die Gemeinnützige Baugesellschaft (GBG) in Hildesheim, als Aktiengesellschaft fest in kommunaler Hand, gerät immer mehr in die negativen Schlagzeilen.

In regelmäßigen Abständen fordert sie von ihren rund 5000 Wohnungsmietern Preiserhöhungen. Bis zu 1,50 DM mehr pro Quadratmeter Wohnraum forderte sie zuletzt von über 800 Mietern aus dem Ortsteil *Drispensiedt* und dem Wohngebiet *Trockener Kamp*.

Da einige Mieter diesem preistreibenden Ansinnen der GBG nicht folgen konnten, verweigerten sie ihre Zustimmungserklärung. Und so zog die Baugesellschaft vor Gericht, um auf dem Klageweg die geforderten Mietpreiserhöhungen juristisch absegnen zu lassen. Doch es kommt immer anders, als man denkt.

Und dieses alte Sprichwort sollte wohl in Zukunft die Büros der GBG-Direktoren Eilinghoff und Waldmann zieren. Befand doch eine Zivilkammer des Hildesheimer Landgerichts auf Unzulässigkeit der Klage und machte die GBG darauf aufmerksam, daß es nicht Ziel sein dürfe, „bei Mietpreiserhöhungen an den oberen Rand der Vergleichsmieten zu kommen“.

Wer nun jedoch Hoffnung hatte, daß die Baugesellschaft dieses Urteil respektiert, sah sich erneut getäuscht. Trotz wiederholter Niederlagen dieses kommunalen Unternehmens bei Klageerhe-

bungen — zur Durchsetzung der Mietpreisforderungen — vor den Gerichten beharrt sie weiter auf ihren Forderungen, indem sie die nächsthöhere richterliche Instanz bemüht.

Und so lassen die Argumente der GBG aufhorchen, die zur Begründung dieser bis zu 30-Prozent-Mieterhöhung ins Feld geführt werden:

„Es wäre unseres Erachtens ein Zeichen sozialer Mitverantwortung, wenn alle Mieter ihren Beitrag zum Abbau der Wohnungsnot leisten würden, da die GBG die Mieterhöhungsbeiträge im Neubau einsetzt.“ Und Mietern, die nicht zahlen wollen, wird angeraten, sich auf dem Hildesheimer Wohnungsmarkt eine andere Wohnung zu suchen. Und an diesen Punkten hört eben für viele das Verständnis auf.

Nicht der soziale Wohnungsbau soll gefördert werden, um den 2000 Wohnungssuchenden in Hildesheim schnellstens ein Dach über den Kopf zu geben, sie aus den unwürdigen Wohnverhältnissen in Hotels, Notunterkünften u. ä. zu befreien. Nein, Eigenheime und Eigentumswohnungen sollen gebaut werden. Damit allein aber wird die Wohnungsnot nicht beseitigt. Das ist die Baupolitik, wie sie von der GBG seit 1989 betrieben wird. Eine Entlastung des Hildesheimer Wohnungsmarktes erfolgt also nicht.

Prognostizieren doch selbst die Herren der GBG und der Stadtverwaltung

bis zum Jahr 2000 die Zahl der Wohnungssuchenden auf runde 5000. So kommt man an der Schlussfolgerung nicht vorbei, daß die Mietpreiserhöhungen einer Fremdbestimmung zugeführt werden und GBG samt Stadtrat ihr Wohnungsmonopol weiter ausbauen.

Hinter dem Versuch, Mietpreiserhöhungen als „Solidarabgabe zum Abbau der Wohnungsnot“ zu deklarieren, steckt nichts anderes, als Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau zu schaffen, auf deren Basis Wohnungsbau rentabel realisiert werden kann. Den Investoren bringen die Mietwohnungen nicht nur 58prozentige Abschreibungssätze für zehn volle Jahre, sondern auch steuerfreie Gewinne, wenn sie den Neubau nach zehn Jahren verkaufen. Und das Kapital dazu sollen eben alle Mieter aufbringen, egal ob sie davon nun selbst betroffen sind oder nicht.

Wie lange jedoch sich die Mieter der GBG diese unsoziale Wohnungsbaupolitik bieten lassen, in der nach dem Motto verfahren wird: „dem Kleinen die Kosten — dem Großen der Nutzen“, liegt nicht nur an ihnen selbst, indem sie künftige Mietpreiserhöhungen gar nicht erst unterschreiben, sondern liegt auch mit an der richtigen Verwendung der Gelder für eine bessere Wohnqualität in den Stadtteilen, die in den letzten Jahrzehnten in Hildesheim entstanden sind.

— (webra; aus: *Projekt Kommune Hildesheim*, Nr. 10, 12. 12. 92)

## Kurz berichtet

Fusion Grüne - Bündnis 90:  
Spaltung und Rechtsruck?

**Brandenburg.** Mit großer Mehrheit entschied sich die Landesdelegiertenkonferenz des Bündnis 90 gegen eine Fusion mit den Grünen. Die Gegner des Zusammengehens begründeten ihre ablehnende Haltung mit dem Fehlen bestimmter Bündnis-90-Grundsatzpositionen (z. B. zur Wirtschaftsdemokratie) sowie nicht ausreichender Autonomie der Landesverbände im sogenannten Assoziationsvertrag. Insbesondere kritisierten sie, daß ihre brandenburgischen Besonderheiten als Regierungspartei nicht genügend berücksichtigt worden seien. Die Debatte brachte großes Mißtrauen gegen eine politische Vereinnahmung durch die Grünen zum Ausdruck (den 2700 Mitgliedern des Bündnis 90 in allen ostdeutschen Ländern stehen 40000 Mitglieder der Grünen gegenüber). Die Brandenburger Delegierten beschlossen, bei Annahme der bundesweiten Fusion durch die jeweils getrennten Urabstimmungen von Grünen und Bündnis 90 im Januar kommenden Jahres, aus dem Bundesverband am 30. April 93 auszutreten und als „Brandenburger Bündnis 90“ beim Bundeswahlleiter eine neue Partei anzumelden. Mit einer Spaltung des Bündnis 90 wird gerechnet. Daß dies ganz im Interesse zumindest einiger Brandenburger (Regierungs-)Politiker liegt, lassen vor allem Äußerungen von Fraktionschef Günter Nooker („Ich bin kein Linker, sondern vertritt eine ökologisch-liberale Politik...“) und Umweltminister Matthias Platzeck vermuten. Letzterer wünscht sich ein breites „Bündnis quer zu allen Parteien“, abseits des „Rechts-Links-Schemas“. Und auch Günter Nooker liebt die Gründung einer neuen ökologisch-liberalen Partei, zu deren Keimzelle er offenbar die 700 brandenburgischen Mitglieder des Bündnis 90 machen will: „Laßt uns gemeinsam aufbrechen zu neuen Ufern.“ Daß er den anwesenden Bundesvorsitzenden der ÖDP, Ritter, ebenfalls in seine Pläne miteinbezieht, muß befürchtet werden. Dessen „Antwort“ lautete: „Die Zeit ist reif für eine bürgerlich-alternative Kraft.“

Tagespiegel vom 3., 13. und 14. 12. — (har)

DT 64: Beklagenswerte  
Klaglichkeiten

**Dresden.** „Westphal gegen Biedenkopf“ — überall in der Stadt machten Handzettel des Freundeskreises DT 64 auf die bevorstehende Verhandlung vor der dritten Kammer des Dresdner Verwaltungsgerichts aufmerksam. Immerhin suchten Gericht und Kläger schließlich gemeinsam nach einem geldsparenden Weg, die Fan-Klage auf juristisch saubere Weise loszuwerden. Die Klage des selbstbewußten Hans-Jürgen Westphal, der in Dresden nach seinem Einsatz für den Mietstopp und die Gerechtigkeitsschlichtung schon einen Namen hat: Trotz erhöhter Gebühren sei mit der Verbannung von DT 64 auf die Mittelwelle am 1. Juli eine öffentlich-rechtliche Leistung durch den Freistaat gemindert worden.

Alle Beteiligten fühlten sich zunächst einmal veralbert, Westphal & Freunde bereits im Vorfeld, als sie wenige Tage vor Verhandlungsbeginn erfuhren, daß anstelle der Staatsregierung die Landesanstalt für private Medien als eigentlich zu Beklagende eingeladen war. Ein Fehler, den das Gericht später zugestand. Die zum Termin zahlreich erschienenen Fans mochten dann wohl das Gericht nicht so ernst nehmen. Ein fescher junger Bajuware als Vorsitzender, der sich überdies erkundigte, was denn DT 64 eigentlich sei und ob die sächsische Verfassung ein Volksbegehren vorsehe. Der verwahrloste wirkende Beisitzer neben ihm, ein Bodenständiger, gab sich zu aller Überraschung als amtierender Vorsitzender der Kammer zu erkennen. Das Gericht war dann seinerseits nahe am Ordnungsruf, als Westphal den Aperçu fallenließ, man sei von Ost-Qualität UKW-Stereo zu West-Qualität MW-Mono gelangt.

Die Sache selbst war dann eigentlich in einem Satz gegessen: Westphal dürfe eigentlich gar nicht klagen, da seine persönlichen Rechte nicht verletzt seien und ein Eingriff in eine sogenannte dritt-schützende Norm nicht zu erkennen sei. Formal denkbar wäre eine Klage der DT-Macher gegen den Freistaat, der die jetzt vom Privatsender PSR genutzte Frequenz ja ausgeschrieben hatte — reine Science fiction! Westphal hielt schließlich die Klage aufrecht, die in einigen Monaten gegen den richtigen Gegner, den Freistaat Sachsen, wieder verhandelt werden soll. Allerdings ohne Aussicht auf Erfolg.

aus: Junge Welt v. 16. 12. — (Michael Bartsch)

Vertragsarbeiter: Sachsen  
verlängert Abschiebestopp

Das sächsische Innenministerium will den bis zum Jahresende geltenden Abschiebestopp für die noch zu DDR-Zeiten eingereisten Vertragsarbeiter aus Vietnam, Angola und Mocambique bis Ende März verlängern. Damit reagiert das Ministerium auf die vom Bundesrat ursprünglich für den 18. Dezember angekündigte und jetzt verschobene Entscheidung über den Verbleib der Vertragsarbeiter in Deutschland. Allein in Sachsen leben noch 7000 ehemalige Vertragsarbeiter. (LVZ v. 23. 12. 92 — sta)

Diskussionsveranstaltungen  
von PDS, BWK, Volksfront

**Berlin.** Die 1992 begonnenen gemeinsamen Diskussionsveranstaltungen zwischen PDS, BWK, Westberlin und Volksfront werden fortgesetzt. Ort: Goltzstraße 13, W-1000 Berlin 62, Zeit: mittwochs 19 Uhr.

13.1.93: Sozialismus und Staatssicherheit: Über die Tätigkeit des MfS

3.2.93: Warum WIR gegen die Verträge von Maastricht sind

3.3.93: Produktivität und Lohn/ Perspektiven einer Europäischen Tarifpolitik

7.4.93: UNO als Weltpolizei/ weltweiter Einsatz der Bundeswehr

5.5.93: Bündnispolitik zwischen Aktionsorientierung und Wahlen 1994

2.6.93: Grundsätze und Ziele der Umweltpolitik der PDS

Heinrich Fink bleibt gekündigt  
Gericht läßt Revision nicht zu

Niemand hatte mit diesem Urteil gerechnet. Am wenigsten wohl Heinrich Fink selbst, der den am letzten Verhandlungstag völlig überraschend vom Vorsitzenden Richter angebotenen Vergleich entschieden abgelehnt hatte: „Es geht um den Rechtsstaat, deswegen will ich das Verfahren durchziehen. Wenn wir als ehemalige DDR-Bürger etwas erreicht haben, dann haben wir den Rechtsstaat erreicht... Ich werde auf einen Vergleich nicht eingehen.“ (1)

Dieser Rechtsstaat, verkörpert durch das Landesarbeitsgericht Berlin, will Fink nun nicht einmal die Revision vor dem Bundesarbeitsgericht erlauben!

Heinrich Fink war am Ende November 91 fristlos (zugleich hilfsweise fristgemäß) als Rektor der Humboldt-Universität gekündigt worden. Fink soll seit 1969 als Informeller Mitarbeiter (IM) für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS, inzwischen nur noch Stasi genannt) gearbeitet haben, so der Vorwurf der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung, die die Kündigung veranlaßt hatte. Gefunden wurden in der Gauck-Behörde Karteikarten, die ihn dem Decknamen „Heiner“ zuordneten. Vier Aktenbände über „Heiner“, die genaueres hätten erfahren lassen, waren gelöscht.

Anfang April d. J. entschied das Arbeitsgericht Berlin, daß die ausgesprochenen Kündigungen gegen Fink rechtsunwirksam seien. Das Gericht warf der für die Kündigung verantwortlichen Personalkommission (dem zuständigen Gremium aus Vertretern von Senat und Hochschule) vor, über die Darlegung der Unterlagen aus der Gauck-Behörde hinaus den konkreten Nachweis schuldig geblieben zu sein, daß Fink *wissentlich* mit der Stasi zusammengearbeitet habe.

Die Senatsverwaltung ging erwartungsgemäß in die Berufung. Die Verhandlung vor dem Landesarbeitsgericht wurde mit großem Interesse verfolgt. Viele erwarteten eine grundsätzliche Beantwortung der Frage, welche Glaubwürdigkeit und Beweiskraft Akten aus den Gauck-Behörde haben.

Anfang November begann das Verfahren in zweiter Instanz. Geladen wurden die Stasi-Führungsoffiziere von IM „Heiner“, zwei Leiter der Kirchenabteilung im MfS, und „Offiziere im besonderen Einsatz“. Zu beweisen war Finks *wissentliche* Mitarbeit. Dies gelang dem Gericht nicht. Übereinstimmend sagten alle Zeugen aus, daß Fink nie offiziell als IM verpflichtet worden sei. Selbst wenn in Akten „Heiner“ als Quelle angegeben worden sei, handele es sich nicht um direkte Informationen von Fink. Ebenso gut könnten die Be-

richte von Mitarbeitern des Staatssekretariats für Kirchenfragen, der ZK-Abteilung für Kirchen oder von staatlichen Stellen innerhalb der Humboldt-Universität wie Rektoren, Prorektoren oder Dekanen handeln. (2) Im Lauf des vergangenen Jahres war bekannt geworden, daß Fink von seiner Privatsekretärin und einem Studienfreund „abgeschöpft“ worden war. Im Prozeßverlauf wurden weitere acht IMs in Finks Umfeld genannt.

Auf zwei Hauptpunkte stützt sich das Gericht dann in seiner Urteilsbegründung. Ein Punkt stellt die angebliche Verleihung eines Ordens der Nationalen Volksarmee dar. Auch hier sagten die o. g. Zeugen aus, daß Fink diese Medaille nie erhalten habe. z. B. Führungsoffizier Roßberg wörtlich: „Fink ist die Verdienstmedaille der NVA in Gold nicht verliehen worden — ich müßte das wissen. Das hätte mit mir abgesprochen werden müssen.“ (3) Nach seinen und anderen Aussagen wurden Ordensverleihungen von Mitarbeitern des MfS öfters als Geldbeschaffungsmittel benutzt, wo Orden und Urkunde im Aktenschrank blieben und die damit verbundenen Prämien zweckentfremdet ausgegeben wurden. Wieder Roßberg: „Weil ich Geld brauchte, habe ich den Orden beantragt, obwohl mir klar war, daß der Orden nicht verliehen werden konnte.“ (4)

Der Vorsitzende Richter sah trotz dieser Aussage Roßbergs die Verleihung der NVA-Medaille als erwiesen an. „Wir schenken Roßbergs Angaben keinen Glauben — wir halten sie für erfunden.“ (5) Und weil es sich um eine NVA-Medaille in Gold gehandelt habe, lasse sich daraus auf eine *wissentliche* Tätigkeit Finks schließen. Das Gericht gehe davon aus, daß Fink zumindest die Auszeichnung mitgeteilt und der Geldbetrag übergeben worden sei. (6)

Als zweiten Beweis führt das Gericht zwei Anrufe eines IM „Heiner“ während des Kirchentages 1987 an. Diese Anrufe seien zwar inhaltlich banal gewesen, sie zeugten aber von der *wissentlichen* Mitarbeit Finks. Eine Verwechslung sei auszuschließen. Auch hier hatten die Zeugen anderes ausgesagt.

Fink selbst sagt, daß er von keiner Verleihung einer NVA-Medaille wisse. Auf dem Kirchtag 1987 sei er zwar gewesen, nicht aber in den besagten Veranstaltungen.

Deutlich war bereits während der Verhandlungen zu spüren, daß das Gericht den Aussagen der offiziellen MfS-Mitarbeiter keinen Glauben schenkt. Es störte das Gericht, daß sie sich teilweise auf ihr Zeugnisverweigerungsrecht beriefen, um andere Inoffizielle Mitarbei-

ter nicht in Gefahr zu bringen, und daß einige von ihnen zu ihrer Tätigkeit während der DDR-Existenz standen. Entsprechend drohte der Vorsitzende Richter während der Verhandlungen nicht nur einmal mit Zwangsmaßnahmen gegen die Zeugen.

In der ersten Instanz hatte das Arbeitsgericht gerügt, daß zwar den schriftlichen Berichten der ehemaligen Führungsoffiziere Glauben geschenkt wurde, nicht aber deren nachträglicher mündlicher Versicherung, Fink sei ohne sein Wissen IM gewesen. Genau dasselbe hat jetzt das Landesarbeitsgericht wieder getan. Den (noch vorhandenen)



Führungsoffizier Roßberg (hinter Fink vorbeigehend) wurde nicht geglaubt.

Unterlagen in der Gauck-Behörde wird vertraut, den mündlichen Zeugenaussagen jedoch nicht. Mag auch manches in den Aussagen eines Nichtsachverständigen schwer nachvollziehbar, auch unverständlich geblieben sein: ein wirklicher Nachweis für Finks *wissentliche* Mitarbeit ist das Gericht schuldig geblieben. Im Zweifel für den Angeklagten?

Wie wichtig dem Senat dieses Urteil ist, kann man aus den Reaktionen entnehmen. Ein wichtiges Signal der Gerechtigkeit sei gesetzt worden und die verbreitete Ansicht, die Großen lasse man laufen und die Kleinen hänge man, sei widerlegt worden. Wissenschaftssenator Erhardt sieht seinen Weg der persönlichen Erneuerung voll bestätigt. Nun könne die Humboldt-Universität den Anschluß an die deutschen Spitzenuniversitäten suchen. (7) Allerdings, hierfür war Fink im Weg.

(1) Der Tagespiegel vom 15. 12. 92 (2) d. o., vom 3. 11. 92 (3) d. o., vom 26. 11. 92 (4) a. a. O. (5) d. o., vom 17. 12. 92 (6) a. a. O. (7) d. o., vom 18. 12. 92 sowie andere Ausgaben von Berliner Tageszeitungen — (har)

NVR-Prozeß: Gericht als  
Vollstrecker politischer Rache

Die westdeutsche Gerichtsbarkeit hat beschlossen, die Propagandakampagne gegen den ehemaligen Nationalen Verteidigungsrat (NVR) der DDR im bisherigen Umfang fortzusetzen. Die hässliche Medienberichterstattung, bei der zahlreiche Journalisten Geld verdienen, indem sie die Schadenfreude über das tödliche Krebsleiden Erich Honeckers anheizen, kann weitergehen. Für Januar ist ein neuer Termin angesetzt, zu dem er medizinisch untersucht werden soll. Das Gericht ist weder dem Gutachten von Professor Kirschtadter gefolgt, nach dem nur noch eine Lebenserwartung von drei bis sechs Monaten besteht, noch dem des Psychologen Dr. Platz, wonach Erich Honecker den Belastungen des Prozesses nicht mehr gewachsen ist. Zwar sprechen Oberstaatsanwalt Jahntz und Richter Bräutigam sehr sachlich und dezent von der Schwere des Tatvorwurfs und davon, daß man nicht sicher sein könne, wann das Krebsgeschwür die Leberpforte erreiche. Um ihre Absichten zu verstehen, hält man sich aber besser an die Äußerungen des Anwaltes der Nebenklage Plöger: „Jeder Tag, den er im Gefängnis sitzt, ist ein Gewinn für den Rechtsstaat...“ Es muß ein Rechtsstaat eigener Art sein, dem es nützt, daß wen man nicht verur-

teilen kann, wenigstens lange einsperrt. Man kennt das Verfahren bereits vom Prozeß gegen Ilse Schipper. Es zeichnet sich ab, daß die bundesdeutschen Gerichte im NVR-Prozeß bereit wären, das Recht soweit hinzubiegen, daß den politischen Anforderungen Rechnungen getragen wird: Der BGH hat kürzlich im sog. Mauerschützenprozeß das dafür erforderliche Instrument geschaffen: ein über den Gesetzen der DDR stehendes überpositives Recht, das letztenendes die Verteidigung der Grenze der DDR zum Verbrechen machte. — (chk)

Auszüge aus der Prozeßklärung  
Erich Honeckers vom 3. 12. 92:

Die Strafe, die Sie mir offensichtlich zu denken, wird mich nicht mehr erreichen... Ein Prozeß gegen mich ist schon aus diesem Grund eine Farce. Er ist ein politisches Schauspiel.

Niemand in den alten Bundesländern, einschließlich der Frontstadt Westberlin, hat das Recht, meine Genossen Mitangeklagten, mich oder irgendeinen anderen Bürger der DDR wegen Handlungen anzuklagen oder gar zu verurteilen, die in Erfüllung staatlicher Aufgaben der DDR begangen worden sind...

Die Vorwürfe gegen mich bzw. gegen uns richten sich also gegen Beschlüsse

des NVR, gegen Beschlüsse eines verfassungsmäßigen Organs der DDR. Gegenstand des Verfahrens ist somit die Politik der DDR, das Bemühen des NVR die DDR als Staat zu verteidigen und zu erhalten. Diese Politik soll durch dieses Verfahren kriminalisiert werden...

... die Anklage (beginnt) die chronologische Aufzählung der Vorwürfe... mit den Worten: „Am 12. August 1961 ordnete der Angesuldigte Honecker als Sekretär des NVR und Sekretär für Sicherheitsfragen beim Zentralkomitee der SED an, die Grenzanlagen um Berlin (West) und die Sperranlagen zur Bundesrepublik Deutschland auszubauen, um ein Passieren unmöglich zu machen.“ Diese historische Sicht der Dinge spricht für sich. Der Sekretär für Sicherheitsfragen des ZK der SED ordnete 1961 ein welthistorisches Ereignis an... Wahr ist, daß der Bau der Mauer auf einer Sitzung der Staaten des Warschauer Vertrages am 05.08.1961 in Moskau beschlossen wurde. In diesem Bündnis sozialistischer Staaten war die DDR ein wichtiges Glied, aber nicht die Führungsmacht...

... und ich stehe dazu, daß diese Entscheidung damals, 1961, richtig war und richtig blieb, bis die Konfrontation zwischen USA und UdSSR beendet war.



Gegen die Kündigung von erneut fast einer Viertelmillion Beschäftigten aus 100 Treuhandbetrieben zum Jahresende demonstrierten am 15. Dezember ca. 1500 Beschäftigte in der Ostberliner Innenstadt. Aufgerufen hatte die Initiative ostdeutscher Betriebs- und Personalräte. Die Belegschaftsangehörigen hatten als Zeichen ihres Protestes gegen die Zerschlagung der ostdeutschen Industrie Produkte mitgebracht. So war ein LKW mit Kurbelwellen des Wildauer Schwermaschinenbaus im Demonstrationszug. Andere kippten Halbleiterbauelemente vor das Gebäude der Treuhandzentrale. „Arbeit für alle, Kündigungsstopp sofort“, waren die wesentlichen Losungen, die jedoch auch nach Meinung der Teilnehmer den Treuhand-Vorstand kaum beeindrucken dürften. — (Bild: ND, br)



# Gedanken zur politischen Lage in der sächsischen PDS

Den folgenden Beitrag haben wir dem pds infodienst Sachsen (Nr. 25/92) entnommen.

Mit knapp 40000 Mitgliedern sind wir die zahlenmäßig stärkste Partei in Sachsen, was natürlich nichts mit ihrer politischen Wirksamkeit zu tun hat.

Abgesehen von der Tatsache des hohen Durchschnittsalters (63,2 % sind über 60 Jahre alt) gibt es zu wenig GenossInnen, die von sich aus engagiert handeln, Vorstellungen unterbreiten, Ideen entwickeln. Meiner Schätzung nach sind das in den Großstädten etwa 20, in den Kreisen fünf bis acht.

Mobilisieren lassen sich für konkrete Aktionen in den Großstädten ca. 200, in den Kreisen knapp 20. So ist der Fakt, damit müssen wir umgehen. Den Zustand zu beklagen bringt nichts.

Wer Arbeit hat, dem bleibt wenig Zeit. Wer keine Arbeit hat, muß sich um welche bemühen.

Wer sich eine selbständige Existenz aufbaut, arbeitet oft rund um die Uhr.

Auch im Landesvorstand spiegelt sich das wider, indem zwei Mitglieder um Entbindung von ihren Aufgaben baten, da sie sich ganz einfach überlastet sahen.

Trotz aller Schwierigkeiten, denke ich, haben wir keinen Grund zu verzweifeln.

Die Umstellung auf ehrenamtliches Arbeiten ist vollzogen, und es gab keine absoluten Einbrüche. Natürlich treten Schwierigkeiten auf, das haben wir aber gewußt.

Die Eigenfinanzierung funktioniert, da wir die hauptamtlich Tätigen drastisch reduziert haben.

Die Akzeptanz der PDS ist gestiegen. Konkrete Dinge wie Protestaktionen gegen den Golfkrieg, gegen Blauhelmthesen, gegen den Paragraphen 218, Bürgerberatungen zu den Rentenbescheiden, Mietstopp-Aktionen, Unterschriftensammlungen für ein demokratisch verfaßtes Sachsen u. a. m. haben dazu beigetragen.

Die Isolation der Partei konnte partiell durchbrochen werden. Gemeinsame Aktionen mit anderen sind möglich geworden; in den Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen besitzt die PDS eine Stimme, die auch Wirkungen erreicht.

Viele GenossInnen arbeiten in Vereinen, Verbänden, Aktionskreisen, Komitees und Organisationen mit und sind anerkannt. Als Partei werden wir die Kontakte zu den Gewerkschaften weiterknüpfen.

Die Ursachen zu den Vorbehalten uns gegenüber sind bekannt. (40 Jahre Mißwirtschaft, Bekämpfung und Nichttuldung Andersdenkender durch die SED, Bespitzelung — Ihr seid verantwortlich! Ihr seid die Nachfolgepartei!)

Deshalb sind Personenbündnisse — weil das PDS-Mitglied als Mensch geachtet ist — möglich, ein Bündnis der Partei aber mit anderen Kräften ist schwer.

Mitunter höre ich:

— „Wenn die mit uns nicht wollen oder können — dann machen wir es eben allein.“

— „Die werden uns nie akzeptieren, besinnen wir uns endlich auf uns selbst.“

— „Wir müssen so arbeiten, daß sich andere Linke um uns scharen.“

— „Wir müssen in den Komitees mitarbeiten und dort so wirken, daß die anderen so denken, wie wir wollen, daß sie denken.“

Um uns wird sich nichts scharen, ich möchte auch meine Meinung niemandem oktroyieren, und wenn wir uns einigeln und Bannflüche gegen die anderen schleudern, laufen wir Gefahr, zu verkümmern.

Also nicht Abschottung kann die Devise sein, sondern Mitwirkung in der gesellschaftlichen Debatte, um im öffentlichen Widerstreit Ideen zu konfrontieren, damit sie sich entwickeln können.

Die Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften ist aus meiner Sicht für die Partei eine existentielle Frage, weil wir wollen wir Veränderungen herbeiführen, das nur im Meinungsstreit und gemeinsamen Wirken mit anderen erreichen werden. Die PDS alleine wird nichts bewegen. Ohne Zusammenarbeit werden wir zu einem Inzuchtverein verkommen, in dem es zwar Solidarität und

Wärme gibt, aber keine politische Wirksamkeit.

Wenn das Gesicht der PDS Profil und Farbe bekommen soll, wird es notwendig sein, daß wir uns nicht auf vielen Gebieten verschleifen, sondern konzentrieren auf Schwerpunkte. Für mich sind das:

- \* Mieten, Wohnen, Arbeit, Bildung,
- \* Erhalt des Artikels 16 — für ein offenes Europa, gegen Ausländerfeindlichkeit!

In enger Verbindung von parlamentarischen Initiativen und außerparlamentarischen Aktionen werden wir versuchen, unsere Forderungen — gemeinsam mit anderen — deutlich zu machen und um ihre Realisierung zu ringen.

Die SprecherInnen des Landesvorstandes wirken in den Arbeitskreisen der Landtagsfraktion mit, das soll auch so bleiben. Trotzdem ist es notwendig, daß die AG, IG, PF beim Landesvorstand weiterarbeiten, da von den Gremien unterschiedliche Aufgaben zu lösen sind.

Verschiedene Auffassungen gibt es vom Oppositionsverständnis. Auseinandersetzungen dazu gibt es z. Z. zwischen VertreterInnen des Stadtvorstandes Dresden und der Fraktion LL-PDS.

Im übrigen bin ich nicht der Auffassung, daß Kontroversen immer nur von DresdnerInnen kommen.

Nein, der Unterschied ist nur, daß sie es öffentlich tun. Kritische Meinungen zur Arbeit der Fraktion, wie übrigens auch zur Arbeit des Landesvorstandes, höre ich ebenfalls in anderen Städten oder Kreisen.

Wir sollten ganz einfach die Arbeit anderer akzeptieren und unterschiedliche

Meinungen tolerieren; vor allem aber nicht wechselseitig Unterstellungen in den Mittelpunkt rücken, sondern ganz einfach fair miteinander umgehen.

Eine Zusammenkunft der Fraktion mit dem Stadtvorstand Dresden und VertreterInnen des Landesvorstandes am 16. 12. 1992 wird helfen, hier einen Schritt vorwärts zu kommen.

Die Kommunikationsbeziehungen haben sich verbessert, wenn sie auch immer noch nicht befriedigen können.

Erfahrungsaustausche zur politischen Bildung, zur ehrenamtlichen Tätigkeit, zu kommunalpolitischen Fragen und zur Arbeit mit den Informationsblättern haben geholfen, die Zusammenarbeit des Landesvorstandes mit den Stadt- und Kreisverbänden weiter zu qualifizieren.

Ein paar Gedanken zum Beschluß „Zur konsequenten, offenen und öffentlichen Auseinandersetzung der PDS mit der Problematik Staatssicherheit“: Da ich keinerlei Übersichten oder Einschätzungen vorliegen habe zum Umgang mit dem Beschluß und nur über Gesprächs Auskünfte einholte, kann ich sagen, daß der Beschluß — übrigens wie jeder andere auch — in den Stadt- und Kreisverbänden der PDS

- umgesetzt wurde
- teilweise umgesetzt wurde
- spezifisch umgesetzt wurde
- ignoriert wurde.

Die Konsequenz für den Landesvorstand heißt, daß der Beschluß eine Zielorientierung gibt und künftig noch zu erweitern ist auf die gesamte politische Biografie der / des KandidatIn(en).

Das entspricht auch dem Beschluß des Landesvorstandes zur Vorbereitung und

Führung künftiger Wahlkämpfe. Ich zitiere daraus:

„Der Landesvorstand geht davon aus, daß alle KandidatInnen im Vorfeld der Wahlen offen zu ihrer Person sprechen und eventuelle Kontakte zum ehemaligen MfS / AfNS angeben.“

Sollte eine KandidatIn sich dazu nicht in der Lage fühlen — aus welchem Grunde auch immer — kann sie / er nicht kandidieren. Das gilt sowohl für Wahlen in der PDS, als auch Wahlen anderer Art.

Abschließend: 1. Wir richten die Arbeit auf überschaubare Schwerpunkte (parlamentarisch / außerparlamentarisch), um Profil zu gewinnen.

2. Mit politischen Aktivitäten konzentrieren wir uns auf die Städte und Kreisstädte. (Anderes wäre reine Absichtserklärung!)

3. Die Kreisverbände bereiten sich auf die Gebietsreform vor und schließen sich 1993 zusammen (evtl.)

z. B. Jan. 93: Grimma / Wurzen

z. B. Juni 93: Delitzsch / Eilenburg

Gemeinsame Vorbereitung künftiger Kreistage (KandidatInnen).

4. Es geht um eine zielgerichtete Arbeit der AG Wahlen, die vom Landesvorstand beauftragt und geleitet wird. Ein(e) hauptamtliche(r) Wahlkampfleiter(in) wird ab Sommer 93 eingesetzt.

5. Wir halten daran fest, daß im Wechsel von Monat zu Monat zentrale und dezentrale Beratungen des Landesvorstandes mit den Kreisvorständen stattfinden. Im Mittelpunkt stehen dort:

- \* politische Lage
- \* Diskussion zu lösender Aufgaben (gemeinsam)
- \* Probleme

Früher war der Gegner für dies und jenes — und unterm Strich für alles — verantwortlich. Ich denke, wir waren und sind es immer selbst.

— (Martin Harnack, Landesgeschäftsführer)

## Ideenkonferenz zu Wahlen

Informationsdienst PDS Sachsen. Sonderausgabe 2/1992. Ideenkonferenz zu kommenden Wahlen auf kommunaler, Landes-, Bundes- und Europaebene am 27. September 1992 im KIZ in Chemnitz

November 1992, 20 Seiten A4, Preis: 2,50 DM

Die nächsten Wahlen kommen bestimmt, auch für die PDS. In Vorbereitung darauf veranstaltete der Landesvorstand Sachsen der PDS eine Ideenkonferenz, die sich mit Fragen der Selbstdarstellung, der Kultur des Streits innerhalb der PDS, mit Fragen der KandidatInnenaufstellung, mit möglichen Bündnissen, inhaltlichen Angeboten, Gemeinsamkeiten und Unterschieden bei den Wahlen auf den verschiedenen Ebenen auseinandersetzte. Die Broschüre bringt die Einleitungsbeiträge sowie Auszüge aus der Diskussion.

Zu bestellen über:  
GNN-Verlag Sachsen  
Badeweg 1  
O-7144 Schkeuditz

# Sich den Spiegel vor's Gesicht halten Die Berliner PDS nach dem Landesparteitag

Tatsächlich hatte das „Eiszeitkomitee“ vor den Delegierten zum Sonderparteitag der Berliner PDS am 12. und 13. 12. auf der Bühne des Saales einen übergroßen Spiegel aufgebaut, in dem sich die Delegierten zwar nur schemenhaft, aber in ihrer Gesamtheit immerhin recht deutlich ausmachen konnten. Dieser Spiegel schien notwendig, weil die Berliner PDS sich vorgenommen hatte, über Geschichte und den MfS-Beschluß von 1991 zu diskutieren. War doch der zu Sachfragen geplante Parteitag im Oktober an der „Aufdeckung“ André Bries, zu dieser Zeit Vorsitzender in Berlin, als Inoffizieller Mitarbeiter (IM) des MfS gescheitert und ergebnislos ausgegangen.

Nun stand dieser Sonderparteitag unter dem Motto „Die PDS und das Erbe: Altlast oder Chance“. Die letzten Ereignisse hatten an der Parteibasis und in ihren Führungsgremien eine heftige Diskussion ausgelöst, die auch die Reaktion der PDS im wesentlichen ablehnend gegenüberstehenden Öffentlichkeit reflektierte.

Kurz vor dem Berliner Parteitag hatte Gregor Gysi erklärt, daß er als Vorsitzender der PDS zurücktreten will und sein Amt zur Verfügung stellt. Der Grund: Machtkämpfe in der PDS und nach seiner Meinung der richtige Zeitpunkt zur Austragung aller Meinungsverschiedenheiten in der Partei.

Um es vorwegzunehmen: Der Berliner Parteitag nahm in dieser Situation zur DDR-Geschichte fast einstimmig einen Beschluß an, der eine einseitige Betrachtungsweise der DDR-Geschichte ablehnt und die DDR als einen Versuch betrachtet, „eine gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus zu schaffen“. Es werden der im breiten Maße offiziell organisierte Geschichtsverdrängungsprozeß und die Paschaulkriminalisierung der DDR abgelehnt.

Auch zum zweiten Tagesordnungspunkt gab es, wenn auch nach langer, ermüdender Diskussion zum MfS-Beschluß von 1991, im wesentlichen Einigkeit: Die Berliner PDS will sich nach dem „MfS-Beschluß“ des Bundesvorstandes aus dem Jahre 1991 richten, der modifiziert werden soll. Aufgehoben wird seine Einseitigkeit, die mit ihrer ausschließlichen Konzentration auf Fragen der Staatssicherheit kein geeignetes

Mittel bot, die Vergangenheit differenziert aufzuarbeiten.

Aber damit scheinen die Probleme nicht vom Tisch zu sein. Die PDS bleibt, auch und gerade in Berlin, eine Partei mit vielen Fragezeichen.

Gemessen an 170000 Mitgliedern, die die PDS insgesamt in Ostdeutschland hat, ist die Berliner PDS mit etwa einem Viertel ein wesentlicher Teil der gesamten Partei. Über 90 % davon waren Mitglieder der SED. Der Altersdurchschnitt der PDS liegt relativ hoch, etwa 60 % sind älter als 40 Jahre. Nach der Einteilung der PDS in vier Gruppen, die Gregor Gysi in seiner Erklärung zu seinem Rücktritt vornahm, und in der er eine erste Gruppe von Mitgliedern kennzeichnet, „die großen Wert darauf legen, durch ihre Mitgliedschaft und ihre politischen Aktivitäten eine Bestätigung ihres bisherigen politischen Lebens, ihrer Biografien zu erfahren“ (aus: „Brief an die Mitglieder des Bundesvorstandes und des Beirates der PDS“ vom 30. 11. 92), müßten diese 60 % eben gerade zu dieser Gruppe gehören.

Noch krasser formuliert das eine Gruppe jüngerer Leute, die in Vorbereitung auf den Berliner Parteitag erklärten, daß „nur aus dem Begreifen und der Kritik von Politik und Geist des autoritären, obrigkeitstaatlichen Realsozialismus ... die PDS heute eine praktische Politik demokratisch-sozialistischen Charakters entwickeln“ kann, was zweifellos richtig ist. Eine Absage an die Erneuerung „wäre der Rückzug der PDS aus der Politik und ihre Umwandlung in einen Solidarbund heute ausgegrenzter DDR-staatstragender Kader und ehemaliger SED-Mitglieder, die schlecht ein gelebtes Leben gegen eine Degradierung verteidigen“ (aus: „Erklärung des PDS-Vorstandes Prenzlauer Berg ...“ vom 31. 10. 92).

Es wäre blind, anzunehmen, daß eine Einteilung in Gruppen die Probleme der PDS erfassen könnte. Blindheit ist es aber, zu vergessen, daß die so charakterisierten Mitglieder der PDS einen großen Anteil der Partei- und Wahlbasis zusammen mit ihren Angehörigen und Freunden darstellen. Zugegebenermaßen gehört sicher ein Teil dieser Menschen auch zu denen, die Gysi in einer weiteren Gruppe, zu der er sich selbst zählt, bezeichnet als „Mitglieder, die

keinesfalls nostalgisch denken“, die — wie er sagt — bereit sind, die reale Geschichte anzunehmen, die Ursachen für das Scheitern des Realsozialismus zu suchen und den „Neuanfang in der PDS zu wagen“ (aus: „Brief an die Mitglieder ...“ vom 30. 11. 92).

Schon allein hier zeigt sich die Gefahr einer so versuchten Gruppeneinteilung. Sie verdeckt die wahren Probleme.

Die PDS, die sich selbst Zwänge wie den MfS-Beschluß auferlegt, wird immer wieder von der Vergangenheit eingeholt und wird daher von außen manipulierbar. Macht- und Positionskämpfe im Parteivorstand, ausgetragen auch und vor allem zum MfS-Beschluß, offenbaren eine Schwäche und begünstigen die logische Schwächung. Es fehlt die Souveränität im Umgang mit der Geschichte und — vor allem — die Fähigkeit, die Wahrheit zu sagen, was im Deutschland von heute vor sich geht. In diesem Staat wird die Lüge verbreitet, daß alles das, was in der DDR war, tausendmal schlimmer sei als alles bisher Gewesene. Das Einmalige von Auschwitz wird vergessen gemacht, und die Stasi zum Quell allen Bösen und Schlimmen erklärt. Allein aber die PDS und gerade viele ihrer Mitglieder sind aufgerufen, sich diesem der gegenwärtigen Staatsräson entsprechenden Jahrdwertschwandel entgegenzustellen, diese durch den Einigungsvertrag initiierte Geschichtsklitterung zu verhindern.

Die PDS steht zwischen zwei Stühlen, einerseits Verantwortung für die Vergangenheit zu tragen und andererseits Widerstand gegen das späbürgerliche System der Bundesrepublik zu leisten. Schuld und Verantwortung jedoch hat sie vor allem und in erster Linie gegenüber sich selbst und den Menschen, die den Idealen folgten, zu tragen. Es trifft den Nagel auf den Kopf, wenn ein Delegierter auf dem Parteitag ausrief: „Ich habe kein schlechtes Gewissen, Pieck besser als Globke gefunden zu haben“.

Als linke Kraft in (Ost-)Deutschland wird sie sich behaupten. Dafür sitzen Überzeugungen zu tief, und mehr und mehr Menschen „entdecken“ die DDR auf ihre Weise neu. Auch werden die gegenwärtigen Auseinandersetzungen andere Konstellationen in der PDS hervorrufen. Und nicht nur das. Die PDS ist schon jetzt mit vielen Wurzeln in der Gesellschaft verwachsen. Kommunal-

politiker der PDS erarbeiten sich zunehmend Positionen, besonders auch in Berlin. Die PDS beteiligt sich als politische Kraft an vielen Aktionen gemeinsam mit anderen politischen Kräften und unterstützt einmütig die Forderung nach Freilassung des Berliner Rechtsanwaltes Dr. Klaus Croissant.

Die Situation zwingt dazu, sich den Realitäten zu stellen und Flagge zu zeigen. Das wird und kann die PDS erreichen, wenn sie sich Akzeptanz über konkrete Aktionen verschafft. Ansatzpunkte für eine aktive Rolle, nicht nur Objekt der Geschichte zu sein, sind vorhanden. In Thesen zu einer Strategie der PDS bis zu den Bundestagswahlen 1994, die der Parteivorstand am 30. 11. 92 beschloß, wird einleitend gesagt, daß „die eingetretene Situation der BRD überaus ernst (ist) und enorme Gefahren in sich (birgt), von denen der Rechtsruck die bedrohlichste ist“ (aus: „Für eine Wiederaneignung der Politik durch die Partei“, Thesen des Parteivorstandes der PDS vom 30. 11. 92). Wenn festgestellt wird, daß „eine gesellschaftspolitische Alternative zur Regierungspolitik nicht sichtbar ist“, ergibt sich eine einfache Antwort: Sie kann nur aus dem linken Spektrum kommen und hier nicht allein von der PDS, sondern nur im Verbund aller Kräfte, die einen weiteren Rechtsruck verhindern und ausschließen wollen.

Eine solche Alternative schließt völlig aus, eine Partei entwickeln zu wollen, die von den etablierten Parteien als Partner in irgendeiner Weise akzeptiert wird. Auch Auftritte in Talkshows oder ähnlichem werden nicht zur Akzeptanz eines Mannes, der „nur in der falschen Partei“ ist, helfen, die PDS „gesellschaftsfähig“ zu machen. Der Weg der PDS wird sich auch künftig nicht weniger schwierig gestalten. Vielfalt und unterschiedliche Strömungen werden weiter miteinander streiten. Neue Kräfte werden hinzustoßen und andere, neue Erfahrungen mit einbringen. Jedoch kann und darf es keine Ausgrenzung geben.

Die PDS wird daran gemessen werden, wie sie sich über diese Vielfalt profiliert und an Charakter gewinnt. Mittelmäßigkeit und Anpassung sind nicht gefragt. Das wäre letztlich das Ende einer noch jungen Partei, die schwer mit der Vergangenheit zu ringen hat. — (abe)

**A**ls Anfang Dezember die Süddeutsche Zeitung den sogenannten „Konsensvorschlag“ von VEB und RWE zum Thema Atomenergie veröffentlichte, glaubten zunächst viele alte Anti-AKW-KämpferInnen, ihr Ziel in greifbarer Nähe zu haben. Doch der angebliche Kurswechsel der deutschen Energieversorger entpuppte sich bei näherer Betrachtung als Fata Morgana. Eine genauere Analyse der in Aussicht genommenen Veränderung kommt zu dem Ergebnis, daß einzig auf höchst unwirtschaftliche oder technisch nicht realisierbare Projekte verzichtet werden soll. Gleichzeitig aber damit alle anderen Atomprojekte ungeachtet ihrer Gefährlichkeit durch ein Stillhalteabkommen mit der SPD den Status der „Unberührbarkeit“ erhalten sollen.

Tatsächlich scheint sich allerdings im Bereich der Plutoniumwirtschaft etwas zu bewegen. In den letzten beiden Jahren hat sich hier die Diskussion um die Herstellung und den Einsatz der plutoniumhaltigen Mischoxid-Brennelemente (MOX) zu einer der zentralen Auseinandersetzungen in der Anti-Atompolitik entwickelt. Die Diskussion um MOX wird an den verschiedensten Standorten geführt: In Hanau, wo die MOX-Brennelemente im dortigen Siemenswerk hergestellt werden und seit fast zwei Jahren wieder einer Atomaufsicht unterliegen, die den Namen auch verdient. In Schleswig-Holstein, wo ein Genehmigungsverfahren für den Einsatz von MOX-Brennelementen sich nunmehr schon über Jahre hinzieht. In Bayern, wo ab 14. Januar mehr als 40 000 Einwendungen gegen den MOX-Einsatz im AKW Gundremmingen bei einem Erörterungstermin in Augsburg diskutiert werden. In München, deren rot-grüne Stadtregierung ein Atomkraftwerk betreibt, für das ebenfalls MOX-Brennelemente vorgesehen sind. Und schließlich in der Hansestadt Hamburg, die jetzt ein Gutachten über Alternativen zum Umgang mit dem vorhandenen Plutonium erstellen ließ.

#### Die Bedeutung der MOX-Brennelemente für die deutsche Atompolitik

Der Wunsch, neben den normalen Atomkraftwerken zusätzlich in die Plutoniumwirtschaft einzusteigen, hatte vor allem in den Siebziger Jahren in der Bundesrepublik Hochkonjunktur. Damals waren die Träume für den breiten Einsatz von Schnellen Brüttern noch nicht ausgeträumt. Das Plutonium, das aus der Wiederaufarbeitung gewonnen wird, sollte in Schnellen Brut-Reaktoren eingesetzt werden. Doch die Zeiten haben sich geändert. Bereits in den Siebziger Jahren nahmen die USA unter Präsident Jimmy Carter von dieser Technologie Abschied. Der deutsche Schnelle Brüter in Kalkar wurde zur 7-Milliarden-Investitionsruine, die nie mehr in Betrieb gehen wird. Die beiden französischen Brutreaktoren „Phenix“ und „Superphenix“ sind ebenfalls stillgelegt bzw. im sog. „Nullleistungsbetrieb“. Vor wenigen Wochen beschloß die britische Regierung, sich aus dem derzeit einzigen europäischen Brüterprojekt EFR (European Fast Reactor) zu verabschieden und damit Frankreich und Deutschland allein zu lassen.

Die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf wurde vor drei Jahren politisch gekippt. Die Wiederaufarbeitung wurde jedoch nicht verhindert, sondern lediglich ins Ausland verlagert: nach La Hague in Frankreich und nach Sellafield in Großbritannien. Mit der Verlagerung ins Ausland war aber die Plutoniumwirtschaft noch nicht beendet. Gerade Bundesumweltminister Töpfer drängte sehr darauf, daß das bei der Wiederaufarbeitung entstehende Plutonium weiterverarbeitet werde. Schließlich sollte die Firma Siemens, der mit der WAA gerade ein milliardenschwerer Auftrag durch die Lappen ging, mit der MOX-Fertigung entschädigt werden. Die Technologie und das Knowhow zum Umgang mit Plutonium sollte vollständig erhalten bleiben. Viele sehen darin auch den Versuch, die militärische Option, die Nutzung des Plutoniums für die Bombe, langfristig offen zu halten.

#### MOX-Brennelemente — ein Lückenfüller

Die Abkürzung MOX steht für Mischoxid, und MOX-Brennelemente sind Brennelemente, die sowohl Uranoxid als auch Plutoniumoxid enthalten. Während ursprünglich nur Uran als Brennstoff eingesetzt wurde, und dabei als gefährliches Abfallprodukt etwa 1 % Plutonium entsteht, sind beim Einsatz von MOX-

# Kommt das Ende der deutschen Plutoniumwirtschaft?

Brennelementen von Beginn an 3 % Plutonium in den Brennstäben enthalten.

Der Einsatz von plutoniumhaltigen MOX-Brennelementen ist gefährlich, weil der Reaktor schwieriger „zu fahren“ ist und er schneller an die Grenzen der Sicherheitsspielräume gelangt. Er ist aber auch gefährlicher, weil im Falle eines sogenannten Störfalles ein wesentlich schädlicheres Radioaktivitätspotential austreten kann. Weiter verschärfen sich die Probleme beim Transport der abgebrannten Brennelemente, bei deren Wiederaufarbeitung bzw. bei deren Endlagerung.

Politisch dienen die MOX-Brennelemente inzwischen vor allem dazu, die Entsorgungslücke aufrechtzuerhalten. Denn 35 Jahre nach Beginn der deutschen Atomwirtschaft ist die Entsorgung des strahlenden Mülls noch immer ungelöst. Damit dies nicht so auffällt, gilt es, den Abfall möglichst gut zu verstecken.

Dieses Verstecken des Atom Mülls ist aber auch aus juristischen Gründen wichtig. Alle AKW-Betreiber müssen einen sogenannten Entsorgungsvorsorge nachweis liefern. Dieser besteht darin, daß sie nachweisen müssen, wo die abgebrannten Brennelemente in den kommenden sechs Jahren lagern.

Weil die Zwischenlagerkapazitäten begrenzt sind und ein Endlager nicht in Sicht ist, schafft die Verschiebung der abgebrannten Brennelemente ins Ausland kurzfristig Abhilfe. Denn der Atom Müll wird erstmal nach La Hague gefahren, dort liegt er einige Jahre, wird dann wiederaufgearbeitet und kommt schließlich wieder zurück. Auch wenn dieser zeitliche Puffer von sechs bis zehn Jahren mit neuen Gefahren verbunden ist — für die Atomindustrie ist er die vorübergehende Rettung aus dem Entsorgungsnotstand. Denn hätte die Atomindustrie den Verschiebebahnhof im Ausland nicht, würde selbst der juristische Entsorgungsnachweis wie ein Kartenhaus zusammenfallen.

#### Die MOX-Fabrik in Hanau

Die MOX-Brennelemente werden in Deutschland im Siemens-Brennelementenwerk in Hanau hergestellt. Dort gibt es eine sogenannte Altanlage, die noch vor einigen Jahren unter dem Namen ALKEM für skandalträchtige Schlagzeilen sorgte. Diese Altanlage wurde in den Sechziger Jahren genehmigt und ist sicherheitstechnisch in einem höchst fragwürdigen Zustand. Das Gebäude hat beispielsweise keine Sicherungsmaßnahmen gegen Flugzeugabstürze. Das Dach der Anlage ist eine 0,8 mm dicke Blechkonstruktion.

In dieser Anlage gab es im Jahr 1991 zwei größere Störfälle, bei denen auch Arbeiter radioaktiv verseucht wurden. Daraufhin hatte der hessische Umweltminister Joschka Fischer die Anlage vorübergehend stillgelegt. Seitdem tobt ein Streit zwischen der Firma Siemens und Bundesumweltminister Töpfer einerseits und dem hessischen Umweltministerium andererseits, ob diese Anlage wieder in Betrieb gehen kann.

Doch diese MOX-Fabrik ist nicht nur technisch, sondern auch juristisch ein ziemliches Wrack. Diese Brennelementefabrik wurde ohne normale atomrechtliche Genehmigung gebaut. 1988 erlaubte ein Gericht daher den Betrieb nur noch für eine Übergangszeit. Außerdem ordnete es an, daß keine weiteren Änderungen an der Altanlage vorgenommen werden dürfen. Und genau dieser Sachverhalt macht Umweltminister Töpfer nun gehörige Probleme.

Nach den beiden schweren Störfällen 1991 hat Hessens Umweltminister Fischer eine Schwachstellenanalyse durchführen lassen. Diese kam zu dem Ergebnis, daß der Betrieb erhebliche Mängel hat, denen nur durch verschiedene, z.T. substantielle Veränderungen abgeholfen werden könne. Diese für die Sicherheit der Anlage notwendigen Veränderungen müßten aber juristisch über eine Änderungsgenehmigung abgesichert sein. Und diese Änderungsgenehmigung darf aber nicht erteilt werden, weil die Anlage nur noch für eine Übergangszeit betrieben werden darf.

Nun weigert sich der hessische Umweltminister, eine Änderungsgenehmigung zu erteilen, schon allein deswegen weil es juristisch nicht möglich ist. Im alten Zustand kann die Anlage aber nach den Störfällen nicht mehr weiterbetrie-

ben werden. Und damit droht das endgültige „Aus“.

#### Neuanlage für die MOX-Fertigung

Ebenfalls in Hanau baut die Firma Siemens seit einigen Jahren an der Neuanlage für die MOX-Fertigung. Diese Anlage soll nicht nur endlich den notwendigen Sicherheitsstandards gerecht werden, sie ist auch für eine weitaus größere Fertigungskapazität ausgelegt, um die steigenden Plutoniummengen bewältigen zu können. Die letzten Genehmigungen wurden noch rasch zwischen der letzten hessischen Landtagswahl und dem offiziellen Regierungswechsel in Hessen durchgezogen. Der damalige hessische Umweltminister Karl-Heinz Weimar (CDU) hat der Atomindustrie noch diesen letzten Freundschaftsdienst erwiesen, bevor er aus dem Amt scheiden mußte.

Die Genehmigungsunterlagen waren zu diesem Zeitpunkt noch keineswegs vollständig. Und doch wurde die Genehmigung erteilt und zusätzlich mit dem Sofortvollzug ausgestattet. Damit hatten Klagen gegen die Genehmigung keine aufschiebende Wirkung mehr. Inzwischen wurde deutlich, welche abenteuerlichen Wege der frühere hessische Umweltminister Karl-Heinz Weimar in seinen letzten Amtstagen gegangen ist. Die Genehmigung wurde vorzeitig erteilt. Die der Genehmigung zugrundelie-

daß beim Sicherheitsbericht eine wichtige Störfallmöglichkeit nicht berücksichtigt wurde. Eine neue Auslegung der Unterlagen muß durchgeführt werden. Aber der Termin ist noch nicht absehbar.

#### Der MOX-Konflikt in Gundremmingen

Im Februar 1991 wurden die Unterlagen für den Einsatz von MOX in den beiden Siedewasserreaktoren Gundremmingen B und C im Rahmen des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens öffentlich ausgelegt. Offensichtlich sollte angesichts der Verzögerungen in Schleswig-Holstein nun Bayern den Vorreiter für den MOX-Einsatz bei einem Siedewasserreaktor machen. Mehr als 40 000 Einwendungen haben nicht nur das Bayerische Umweltministerium überrascht. Der bereits angekündigte Erörterungstermin wurde zunächst abgesetzt. Wenige Monate später wurde das gesamte Genehmigungsverfahren ausgesetzt, weil die „langfristige Verfügbarkeit“ von MOX-Brennelementen angesichts der „technischen und administrativen Probleme“ in Hanau nicht gesichert sei.

Diese Begründung war juristisch etwas abenteuerlich, aber politisch verständlich. Bayerns Umweltminister Gauweiler wollte sich nicht den Ärger eines atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens aufladen, angesichts der Ge-

werksmitbetreiberin sollte diese Verträge ebenfalls unterzeichnen. Angesichts der ökonomischen Risiken überlegte es sich der Münchner Stadtrat lieber zweimal. Nach einer gutachterlichen Prüfung beschloß der Stadtrat im Herbst 1992 einstimmig (mit den Stimmen der CSU) auf den MOX-Einsatz in Ohu zu verzichten. Die Stadt München verweigerte als erstes Unternehmen die Unterschrift unter die Siemensverträge. Damit war ein wichtiges Signal für die anderen Energieversorgungsunternehmen gegeben, sich nicht bedingungslos den Siemensverträgen zu unterwerfen.

#### MOX in Hamburger Atomkraftwerken

Mehr noch wie in München hat auch die Hamburger SPD in den Siebziger Jahren eine konsequente Atompolitik betrieben. So sind die Hamburger Elektrizitätswerke an mehreren Atomkraftwerken beteiligt, und die Stromversorgung Hamburgs ist wesentlich vom Atomstrom abhängig. Obwohl sich auch die Hamburger SPD programmatisch gegen die Wiederaufarbeitung einsetzt, wurde der MOX-Einsatz zur Verarbeitung des bereits vorhandenen Plutoniums nie problematisiert. Wegen der militärischen Möglichkeiten mit Plutonium wurde die „friedliche“ Plutoniumnutzung von MOX über Jahre toleriert. Angesichts der bundesweiten Diskussion wurde



Hochradioaktive, abgebrannte Brennelemente auf dem Weg von Ohu, vorbei am Wohnzimmerfenster nach La Hague. Foto: R.A.

genden Originalakten wurden anschließend an den Antragsteller ausgehändigt mit der Bitte um Vervollständigung. Inzwischen ist bekannt, daß in den Originalakten mindestens mehrere Dutzend nachträgliche Manipulationen vorgenommen wurden.

Diese kuriose Situation, daß für eine atomrechtliche Genehmigung, gegen die im übrigen eine Hanauer Bürgerin klagt, keine Originalakten mehr vorhanden sind, ist einmalig in der deutschen Rechtsgeschichte. Das hessische Umweltministerium prüft derzeit gerade, ob unter diesen Umständen nicht mindestens der Sofortvollzug bzw. die ganze Genehmigung zurückgenommen werden muß. Sollte in diesem Sinne entschieden werden, gerät auch die Neuanlage in einen juristischen Strudel, aus dem sie sich so schnell nicht wird befreien können.

#### Der MOX-Konflikt in Schleswig-Holstein

Aber nicht nur in Hanau regt sich Widerstand, sondern auch an den Orten, bei denen die MOX-Brennelemente zum Einsatz kommen sollen.

Derzeit werden MOX-Brennelemente in Deutschland nur in sieben Druckwasserreaktoren eingesetzt. Angesichts der aus Frankreich und England zurückströmenden Plutoniummassen muß der MOX-Einsatz aber intensiviert werden. Nach den Druckwasserreaktoren soll nun MOX auch bei den Siedewasserreaktoren zum Einsatz kommen. Bereits 1986 wurde ein entsprechender Antrag beim zuständigen schleswig-holsteinischen Ministerium für den MOX-Einsatz in Brunsbüttel eingereicht. Im Rahmen der öffentlichen Auslegung der Pläne wurden etwa 20 000 Einwendungen erhoben. Inzwischen wurde festgestellt,

daß die Genehmigung wegen der Produktionsschwierigkeiten in Hanau nutzlos ist.

Die Antragsteller Bayernwerk und RWE tobten zwar, doch schließlich machten sie sich — ähnlich wie zu Wackersdorfer Zeiten — wieder auf den Weg ins Ausland. Im belgischen Dessel wurde man fündig. Dort gibt es eine kleine MOX-Fabrik. Diese Fabrik kann zwar nie und nimmer den für Deutschland geplanten Bedarf decken. Aber für das bayerische Umweltministerium ist damit die Welt wieder in Ordnung. Am 14. Januar um 10.00 Uhr beginnt nun in der Augsburger Schwabenhalle der Erörterungstermin in diesem Verfahren.

#### MOX in Münchens „rot-grünem“ Atomkraftwerk

Die bayerische Landeshauptstadt ist seit den Siebziger Jahren durch eine 25-prozentige Beteiligung am AKW Ohu II auf Atomkurs. Trotz offizieller Ausstiegsbeschlüsse hat sich in der rot-grünen Koalition bisher nichts getan. Dafür konnte bei der MOX-Diskussion Wichtiges geleistet werden.

Im AKW Ohu II ist der Einsatz von MOX-Brennelementen ab 1998 vorgesehen. Doch bereits jetzt sollen diese Brennelemente durch ein kompliziertes Vertragswerk zwischen der Firma Siemens und allen AKW-Betreibern bestellt werden. Der Inhalt dieser Verträge ist streng geheim. Durch die Fernsehsendung *Monitor* wurde bekannt, daß aufgrund der Vertragsgestaltung MOX-Brennelemente bis zu 13 mal teurer werden könnten als Uranbrennelemente. Mit diesen Verträgen wurden nämlich die Stromunternehmen gezwungen, annähernd das gesamte unternehmerische Risiko von Siemens zu übernehmen.

Die Stadt München als Atomkraft-

diese Haltung zumindest vorsichtig in Frage gestellt. Durch ein Gutachten des Öko-Instituts, das Mitte Dezember vorgestellt wurde, liegt nun eine Alternative auf dem Tisch: Auch das bei der Wiederaufarbeitung bereits abgetrennte Plutonium kann in eine Form gebracht werden, die zwei problematische Bereiche, nämlich die hohe Giftigkeit und die militärische Verwendbarkeit ähnlich zufriedenstellend regelt, wie der MOX-Einsatz, dabei aber mit weniger Gefahren und mit weniger Produktion neuen Atom Mülls verbunden ist.

#### Die Plutoniumwirtschaft im Angesicht der Konsensdiskussion

Die Plutoniumwirtschaft steht schlecht da: die Brütertechnologie liegt europaweit darnieder; die Wiederaufarbeitung ist nur noch im Ausland möglich und hat sich als teuer erwiesen; die Plutoniumverarbeitung im hessischen Hanau ist auf unabsehbare Zeit blockiert; die Plutoniumverarbeitungskapazitäten im Ausland sind nicht ausreichend für die deutschen Planungen; der MOX-Einsatz in den deutschen Atomkraftwerken wird nicht widerspruchsfrei geduldet; er erweist sich ebenfalls als ein teures Unterfangen, und schließlich liegen alternative Methoden für den Umgang mit dem bereits vorhandenen Plutonium vor.

Mit diesem Bild vor Augen ist es nicht so verwunderlich, daß die Stromkonzerne VEB und RWE bei ihrem Konsensvorschlag mittelfristig die Beendigung der Plutoniumwirtschaft anbieten. Ein Schlußstrich unter dieses abenteuerliche Kapitel der Atomwirtschaft steht geradezu auf der Tagesordnung. Dies noch als Verhandlungsmasse in die bevorstehende Konsensdebatte einzubringen ist eher als Frechheit zu betrachten, denn als Entgegenkommen. — (ruso)



# Haftverschonung für Rechtsanwalt Dr. Croissant abgelehnt

*Wir dokumentieren aus der Presseerklärung des Verteidigers Dr. Zieger vom 4. Dezember 1992.*

„Durch den gestern zugestellten Beschluß des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof vom 30. 11. 92 wurde der Haftverschonungsantrag von Dr. Croissant abgelehnt.

Ihm wird vorgeworfen, geheimdienstliche Agententätigkeit für die DDR betrieben und dafür Agentenlohn von mehr als ca. 72.000 DM erhalten zu haben. Dr. Croissant hat sich öffentlich (u. a. im Spiegel Nr. 43/92 vom 19. 10. 92) zu Gesprächen mit dem MfS über die Linke in der Bundesrepublik bekannt und sie als Teil des Bemühens dargestellt, die von ihm als der bessere deutsche Staat angesehene DDR vor den aggressiven Alleinvertragsansprüchen der Bundesrepublik in Schutz zu nehmen. Agentenlohn habe er nicht erhalten, sondern nur Auslagerungsleistungen. Er habe weder die Bundesrepublik noch die Linke verraten, die Kontakte hätten dem besseren gegenseitigen Verstehen zwischen der bundesrepublikanischen Linken und der DDR gedient.

In ihrem Haftverschonungsantrag hat die Verteidigung die Auffassung, wonach schon jede politische Kontaktaufnahme zum MfS strafbar ist, unabhängig davon, ob Geheimnisse verraten werden oder nicht, beanstandet und geltend gemacht, daß Dr. Croissant im Rahmen seiner Gespräche lediglich öffentlich zugängliche Positionen und Papiere der

Linken mit dem MfS diskutiert hat. Sie hat weiter darauf verwiesen, daß die Dr. Croissant unterstellte Fluchtabsicht schon angesichts seiner familiären Bindungen, seiner in Berlin eingerichteten Kanzlei und seines Lebensalters (61 Jahre) widerlegt ist und aus seinem Asylgesuch in Frankreich im Jahre 1977, als er wegen seiner Verteidigertätigkeit für die Gefangenen der Roten Armee Fraktion selbst verfolgt wurde, schon wegen der ganz anderen politischen Situation heute keinesfalls auf Fluchtgefahr geschlossen werden kann.

Der Ermittlungsrichter hat dennoch Haftfortdauer beschlossen. Zwar hat er die bisher erhobenen Vorwürfe, Dr. Croissant hätte auch Staatsgeheimnisse (Raketenstandorte) espioniert, ebenso fallen gelassen wie die Behauptung, ein kleineres, der Alterssicherung dienendes, ehemals auf einer Bank der DDR angelegtes Geldvermögen sei aus „Agentenlohn“ angespart worden. Im Gegenteil wird die Beschuldigung, Dr. Croissant habe für seine Gespräche reinen Agentenlohn erhalten, nicht mehr aufrechterhalten. Auch wird jetzt — anders als bei Haftbefehlsverkündung — zugestanden, daß Dr. Croissant über stabile und enge familiäre Bindungen verfügt. Dennoch hält der Ermittlungsrichter Fluchtgefahr für gegeben. Er hat sich in seinem Beschluß dabei weder mit dem Vorbringen der Verteidigung auseinandergesetzt, wonach Dr. Croissant über einen Kollegen und über einen Journalisten längst über Art und Umfang der ge-

gen ihn erhobenen Vorwürfe informiert war, ohne auch nur Fluchtvorbereitungen zu treffen, noch hat er seine Auffassung, Dr. Croissant drohe eine Freiheitsstrafe, die nicht zur Bewährung ausgesetzt werden könne, auch nur ansatzweise begründet. Dabei war er von der Verteidigung darauf hingewiesen worden, daß in Parallelverfahren, in denen gegen die dort Beschuldigten erheblich schwerere Vorwürfe erhoben wurden, Bewährungsstrafen verhängt wurden, so z. B. gegen den ehemaligen Spiegel-Redakteur oder gegen ein wegen Industriespionage verurteiltes Ehepaar, nur Bewährungsstrafen verhängt wurden; ein ehemaliger SPD-Referent, der Interna über die Bonner Ostpolitik an das MfS verraten haben soll, ist nach vier Monaten aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Der Ermittlungsrichter unterstellt, daß das angesparte kleine Kapitalvermögen „Fluchtgeld“ sei, weil Dr. Croissant zu seiner Herkunft nichts gesagt habe, obwohl die Verteidigung schriftlich im einzelnen vorgetragen hat, daß dieses Kapital teils aus einer Erbschaft, teils aus einer ausgezahlten Lebensversicherung stammt.

Der Beschluß, in dem Haftfortdauer angeordnet wurde, ist nicht dazu angeht, die Beteuerung des Generalbundesanwalts in seinem Interview im Tagespiegel vom 16. 10. 92, man habe mit Dr. Croissant, der jahrelange harte Kritik am Verhalten der bundesdeutschen Justiz vor allem in sogenannten Terrori-

stenprozessen geübt und öffentlich für das Fortbestehen der DDR eingetreten ist, keine alten Rechnungen zu begleichen, für bare Münze zu nehmen. Er ordnet in offenbar unverhältnismäßiger und gleichheitswidriger Weise die Fortdauer der Untersuchungshaft an. Er ignoriert unwiderlegbares Verteidigungsvorbringen, wenn es nicht in das die Aufrechterhaltung des Haftbefehls ermöglichende Konzept einer unterstellten Fluchtgefahr paßt.

Die Verteidigung wird unverzüglich Haftbeschwerde beim zuständigen 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs einlegen.

Dr. Zieger, Rechtsanwalt

Pieter Bakker Schut aus Holland ist einer der Verteidiger von Dr. Klaus Croissant. Er verteidigte Dr. Croissant bereits 1977, als man ihn der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung beschuldigte. Schut war in den 70er Jahren Dozent für Strafrecht an der Universität Utrecht und verteidigte RAF-Angehörige, darunter Andreas Baader. Wir dokumentieren aus einem Interview, das Hans Schulz im Neuen Deutschland vom 25. 11. 92 veröffentlichte.

*Ihr Mandant ist seit rund neun Wochen unter dem Vorwurf geheimdienstlicher Agententätigkeit inhaftiert. Wie bewerten Sie das Vorgehen der Bundesanwaltschaft?*

Wenn ich mir anschau, was gegen ihn vorliegt und was daraus gemacht wird, dann kann ich dieses Vorgehen nur als Rache bewerten. Als Rache wegen seiner damaligen Tätigkeit als RAF-Verteidiger und natürlich auch wegen seiner Tätigkeit in den letzten zehn Jahren, nachdem er zwar nicht mehr als

RAF-Anwalt aufgetreten ist, sich aber immer politisch öffentlich zu Wort gemeldet hat. Er hat die Bundesrepublik immer wieder scharf angegriffen wegen der Haftbedingungen der Gefangenen der RAF. In den letzten Jahren ist er öffentlich entschieden gegen die Wiedervereinigung aufgetreten. Seine Verteidigung der DDR ist immer ganz offen gewesen. Diese Kombination — RAF-Verteidiger und offener Verteidiger der DDR — muß den Staat natürlich gereizt haben. Das jetzige Vorgehen gegen Croissant bewerte ich als Rache wegen der durchgängig harten Position, die er gegen den Staat eingenommen hat. Dies ist vor allem ein politisches Verfahren, und so muß es auch geführt werden. Aber auch rein juristisch betrachtet gibt es hier skandalöse Vorgänge. So stützt sich die Bundesanwaltschaft in der Haftsache Croissant auf geheime Akten, die die Verteidigung nicht kennt. Das aber verstößt hundertprozentig gegen die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes. Dieser hat vor drei Jahren in einem berühmten Verfahren entschieden: Geheimakten können nicht zu einer Entscheidung beitragen, schon gar nicht bei der Begründung von Haftfortsetzung.

Ihm wird vorgeworfen, daß er bei den Linken spioniert haben soll. Grotesker kann es kaum sein. Der Bundesanwalt wirft sich jetzt als der Schirmherr der Linken auf. Diese Kombination, daß sich einerseits die Bundesanwaltschaft zum Schirmherren der Linken macht und Croissant gleichzeitig einer der ganz wenigen ist, die wegen derartiger Anschuldigungen inhaftiert sind, das macht doch das Rache-Motiv ziemlich deutlich.

Quelle: Angehörigen Info Nr. 108 vom 17. 12. 92 — (uld)

## Termine

16. 1. 93. Treffen der Landesarbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, Baden-Württemberg. Koordinierung der Arbeit und lokale Kooperationsmöglichkeiten; Seehofers Gesundheitsstrukturgesetz; Themen: Aufsatz von Habermas „Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien“. Mannheim, Friedensbüro, 10.30 Uhr bis 17 Uhr.

16. / 17. 1. 93. 12. Parteitag der DKP in Mannheim.

16. / 17. 1. 93. Internationales Hearing: Berufsverbote im vereinigten Deutschland und das neue Europa. Veranstalter: Initiative für die volle Gewährung der verfassungsmäßigen Grundrechte und gegen Berufsverbote, Oberwasserstr. 12, O-1090 Berlin; Initiative „Weg mit den Berufsverböten“, Arbeitsausschuß Hamburg; Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde; PDS/Linke Liste Bundestagsgruppe und Landtagsfraktionen. Nähere Informationen: Telefon 030/3977-3339 oder -3524, Fax 030/3945439. Ort: Berlin, Congress-Center, Märkisches Ufer 44.

30. / 31. 1. 93. 3. Parteitag der PDS in Berlin.

30. 1. Demonstration zum Jahrestag der Machtübergabe an die NSDAP vor dem Düsseldorfer Industrieclub, wo sich 1932 Vertreter von Industrie und Banken mit Hitler trafen. 11 Uhr ab Thyssen-Haus (Gustav-Gründgens-Platz)

20. 2. 93. Erste landesweite Konferenz zur Bildung einer Linken Liste Niedersachsen. Als TO ist vorgeschlagen:

1. Beratung und Verabschiedung eines „Aufruf zur Bildung einer Linken Liste Niedersachsen“.
  2. Beratung über und Bildung von offenen Arbeitsgruppen zur Erarbeitung von programmatischen Positionen.
  3. Zeitplanung für die weitere Arbeit zur Bildung einer Linken Liste Nds.
  4. Wahl/Benennung eines Koordinationskreises zur Durchführung der nächsten Konferenz.
- Ort: Hannover; Freizeithaus Linden; Windheimstr. 3, 10 bis 18 Uhr.

13. / 14. 3. 93 13. ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz des BWK in Köln.

20. / 21. 3. 93 Treffen der Arbeitsgemeinschaft Ost-West-Solidarität im Gesundheitswesen bei Stuttgart. Themen u. a.: Statistische Unterlagen zu den Ursachen der „Kostenexplosion“ im Gesundheitswesen. Anmeldung: GNN-Verlag, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz

## Dokumentiert: Wahldiskussion bei der PDS und der DKP

# Neues vom Parteivorstand der PDS Dem Parteitag vorgegriffen?

In der letzten Ausgabe der Politischen Berichte meldeten wir auf Seite 3, daß sich der PDS-Parteitag Ende Januar mit den Europa- und Bundestagswahlen befassen würde. Dieser Information ging ein Anruf beim Geschäftsführer des Parteivorstandes der PDS, Wolfgang Gehrke, voraus. Auf Fragen nach Vorbereitung, Beschlüssen etc. verwies er auf den Parteitag. Frühestens dieser würde sich mit diesen Fragen befassen.

Elf Tage später faßte der Parteivorstand der PDS weitreichende Beschlüsse über die Vorbereitungen der Wahl. Warum auf einmal die Eile?

Der Parteivorstand beabsichtigt an-

scheinend, daß sich der Parteitag der PDS mit den Wahlvorbereitungen nicht befäßt: Ende Februar soll eine überarbeitete Fassung eines Strategiepapiers fertiggestellt werden. Bis März 1993 sollen die „Varianten der Wahlkandidatur“ abgeklärt werden.

Da in der PDS darüber diskutiert wird, ob neben dem Parteitag Ende Januar eine weitere Konferenz im März stattfinden soll und da ein Antrag aus Thüringen zur Wahlvorbereitung vorliegt, wird über die Probleme der Wahlvorbereitung auf dem Parteitag so oder so gesprochen werden. — Diese Entscheidung(en) muß man abwarten. Hoff-

entlich läßt sich der Parteitag der DKP durch die untenstehende Presseerklärung nicht provozieren und erteilt Wahlbündnissen mit der PDS oder einer Offenen Liste der PDS keine Absage. Das wäre fatal. — (jöd)

Neues Deutschland, 23. 12. 92

In geschlossener Sitzung beschloß der Parteivorstand der PDS am Montag die Wahlkampfstrategie der Partei zu den Bundestags- und Europawahlen 1994. Leiter des Wahlkampfbüros für die Bundestagswahlen ist Andre Brie, hieß es in einer Presseerklärung. Für den Europa-

# Stellungnahmen zum Wahlverhalten der DKP. Aus der Diskussion der DKP

*Wir (die UZ-Redaktion, Zeitung der DKP, vom 18. 12. 92) informieren nachstehend über Beschlüsse bzw. Stellungnahmen, die in den letzten Tagen in Bezirksorganisationen der DKP zum Wahlverhalten der Partei gefaßt worden sind:*

## Baden-Württemberg

Am 28. November beschloß der DKP-Bezirksvorstand einstimmig:

„Der Bezirksvorstand der DKP Baden-Württemberg begrüßt und billigt Gespräche und Verhandlungen für eine Zusammenarbeit und eventuelle Bündnisse linker Opposition in Baden-Württemberg.“

Der Bezirksvorstand bekräftigt seinen Beschluß vom April 1992. Für diese Orientierung treten wir auch in den Gremien unserer Partei ein.“

Am 24. April hatte der DKP-Bezirksvorstand Baden-Württemberg einstimmig beschlossen, die Entscheidung über Kandidatur und ihre Form in die Hand der Kreise zu legen, und empfahlen, vor Ort so schnell wie möglich Gespräche mit Bündnispartnern über die Kommunalwahlen 1994 zu beginnen. Dann heißt es u. a.:

„Wir sind für Wahlbündnisse, wenn diese lokal und regional informiert werden und über außerparlamentarische Aktionen und gemeinsame Diskussionen in-

haltliche Positionsbestimmungen herstellen.“

Angesichts der zugespitzten sozialen Lage in unserem Land — Wohnungskatastrophe, einsetzende Krisen mit Massenentlassungen, Sozialabbau, Steuern und Abgaben — halten wir insbesondere Programme und Aktionen für sozialpolitische, antimonopolistische Alternativen im Interesse der Lohnabhängigen für notwendig.“

## Niedersachsen

Im Zusammenhang mit den Ausführungen von Rolf Priemer, Sprecher der DKP, auf der Wahlberatung der Partei hat der Bezirksvorstand Niedersachsen der DKP eine Stellungnahme beschlossen, in der es u. a. heißt:

„... Im Gegensatz zur Orientierung durch den Genossen Rolf Priemer hat die Bezirksdelegiertenkonferenz der DKP Niedersachsen vom Oktober 1992 die Notwendigkeit zur Bildung eines breiten antikapitalistischen Bündnisses zur Teilnahme an der Landtagswahl 1994 in Niedersachsen als Hauptaufgabe herausgearbeitet. Falls eingeschätzt werden muß, daß solch ein breites Bündnis aus Gründen, die die DKP nicht zu vertreten hat, nicht zustandekommt, werden Maßnahmen eingeleitet, ein reines Organisationsbündnis zur Kandida-

tur bei den Landtagswahlen zu schaffen. Erst zu dem Zeitpunkt, zu dem auch diese Bemühungen scheitern, wird die DKP Niedersachsen mit einer eigenen offenen Landesliste kandidieren.“

Grundlage dieses Beschlusses war eine umfassende Diskussion seit Februar dieses Jahres, in der die Erfahrungen von Kreisorganisationen und Gruppen seit den Bundestagswahlen 1990 und den Kommunalwahlen 1991 verallgemeinert wurden: So gibt es „Linke Listen“ in Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Göttingen und Nordenham. Hier arbeitet die DKP bzw. arbeiten DKP-Mitglieder aktiv und gleichberechtigt mit. Dies hat zu Erfolgen in Braunschweig, Oldenburg, Göttingen und Nordenham geführt, in denen Mandate errungen werden konnten. Außer den in Nordhorn auf offenen Listen errungenen Mandaten nahmen in Oldenburg und Göttingen Mitglieder unserer Partei diese wahr.

Gleichzeitig hat die Beteiligung an den Linken Listen bzw. anderen kommunaler Bündnissen weder die Eigenständigkeit der DKP infrage gestellt, noch ihren Einfluß verringert. Wir können im Gegenteil feststellen, daß dort, wo die Partei in den Bündnissen aktiv mitarbeitet, sich eine Stabilisierung wie auch ein Anwachsen des Einflusses abzeichnet. Dabei halten wir die Ausgangsbedingungen in Niedersachsen nicht für

außergewöhnlich; Ein frühes Zugehen auf Bündnispartner, worunter wir nicht nur die PDS verstehen, sondern auch BWK, VSP, ÖkoLi und vor allem viele lokale Organisationen und Gruppen, hat im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1991 bewiesen, daß die politische Zusammenarbeit mit anderen linken Kräften möglich und sinnvoll ist. Eine solche Erfahrung machen wir auch in den derzeitigen Vorbereitungen auf die Landtagswahlen 1994: Eine von den Linken Listen Hannover und Braunschweig einberufene Konferenz am 31. Oktober, an der VertreterInnen von BWK, DKP, ÖkoLi und PDS teilnahmen, hat einen Ausschuß zur weiteren Vorbereitung einer Teilnahme an den Landtagswahlen gebildet.

Wir kritisieren an den Ausführungen des Genossen Rolf Priemer, daß er die Erfahrungen der Bezirksorganisation Niedersachsen, die bekannt sein dürften, nicht nur nicht berücksichtigt, sondern ganz verschweigt ... Wir halten das wahlpolitische Zusammenführen von Kräften links von der SPD und Grünen für eine entscheidende Aufgabenstellung der DKP. An dieser Aufgabe muß sich die DKP messen lassen, hier ist ein Feld politischer Profilierung. Eine solche Herangehensweise erwarten wir auch von der Gesamtpartei.

Der DKP-Bezirksvorstand stellt mit gleichem Datum einen entsprechenden Antrag an den Parteitag, der die Herangehensweise der Bezirksorganisation an die Wahlen 1994 zur Grundlage hat.“

Der Artikel ist ungekürzt. Kürzungen (...) durch die UZ-Redaktion.

# Die „Rote Kapelle“ — Eine aktuelle Ausstellung

Seit dem 31. August 1992 wird in der „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“ in der Stauffenbergstraße eine Ausstellung gezeigt (noch bis zum 28. Februar 93), die in vieler Hinsicht bemerkens- und vor allem sehenswert ist. Sie trägt den Titel „Rote Kapelle“. Ein Porträt der Widerstandsgruppe in Fotografien und Selbstzeugnissen.

Beginnend mit der Ausstellungseröffnung, die auch durch die Anwesenheit des Senators für kulturelle Angelegenheiten Berlins, Herrn Roloff-Mömin, und seine einführenden Worte Gewicht erhielt, gab es eine Reihe die Ausstellung vertiefende Lesungen, Filmvorführungen und Podiumsgespräche.

Diese Veranstaltungen waren ausnahmslos geprägt vom hohen Niveau der Teilnehmer, der Sachlichkeit des Dialoges und begrüßenswerten besonderen Akzenten, die zum Beispiel gesetzt wurden durch die Betonung der Rolle, die insbesondere die Frauen im Widerstand gegen nationalsozialistischen Antihumanismus und Kriegstreiberei spielten.

Besonders sei auch noch auf die Dokumente verwiesen, die in gesonderten Mappen ausliegen und teilweise noch nie in einer öffentlichen Ausstellung gezeigt wurden. Hinzukommen begleitend herausgegebene Materialien wie die Broschüre „Eva-Maria Buch und die „Rote Kapelle“, die weit über das im Titel genannte Thema hinaus sachliche Informationen und erste Ansätze einer Neueinschätzung der „Roten Kapelle“ zur Debatte stellt.

Geradezu eine Kostbarkeit ist das zur Ausstellung herausgegebene Foto-Material „Erfasst?“, das nicht nur erstmals das Gestapalbum von 1942/43 reproduziert, biographische Angaben präzisiert, sondern auch Fakten vorlegt und neue Interpretationen vorschlägt.

An dieser Stelle sei auch auf das Schallplattenalbum mit Dokumentenbeilage hingewiesen, das noch zu DDR-Zeiten beim VEB Deutsche Schallplatten Berlin erschien. Schon hier bestach die fotografische Aufarbeitung.

Das Gesagte erlaubt es, eine erste Bilanz zu versuchen.

Diese Ausstellung ist verdienstvoll, weil sie neue und das Thema erweiternde Wege geht. Hier werden Lebensläufe und Lebenshaltungen dokumentiert, wird Einsicht in Menschen vermittelt, werden anhand von privaten Zeugnissen ihre Haltungen und Entscheidungen verständlich und glaubhaft gemacht.

Beeindruckend ist die Vorstellung von Kindheit und Jugend dieser so verschiedenartigen Einzelpersönlichkeiten. Hier liegt ein wichtiger Ansatzpunkt zur Erklärung, warum diese Menschen ohne Zögern ihr Leben in die Waagschale warfen, freiwillig Entbehrungen auf sich

nahmen, ihr kostbarstes Gut, das Leben, für ihre Ideale opferten. Niemand zwang sie dazu. Sie hätten doch auch, ohne daß ihnen ein Vorwurf gemacht worden wäre, die Zeit überdauern können. Sie aber konnten nicht zum Verbrechen schweigen, der Unmenschlichkeit freien Lauf lassen. Tatenlos zuzusehen, empfanden sie als unwürdig.

Sie nahmen ihren Platz ein an einem der schwierigsten Abschnitte der Front. Dort winkten weder Ruhm noch Ehren, dort war nicht einmal sicher, daß der ehrliche Name überleben würde.

Hieraus ergibt sich die sehr aktuelle Bedeutung dieser Ausstellung. Erleben wir doch einen Abschnitt deutscher Geschichte, in dem die notwendige Mobilisierung humanistischer Kräfte und eine Zivilcourage, die bereit ist, aktiv aufzutreten und Opfer zu bringen, noch Mangelware sind.

Das ist eine der Lehren der Geschichte: Nie wieder darf es passieren, daß Menschen wegen ihrer Rasse, Religion, Herkunft, Hautfarbe oder Überzeugung verfolgt oder benachteiligt werden.

Wehren wir den Anfängen!

Ich finde diese Ausstellung auch mutig, weil sie der Geschichtsfälschung und Verleumdung durch reaktionäre Historiker der alten Bundesrepublik Deutschland mit Fakten entgegentritt. Kritisch wird auf eine zu lange tonangebende einseitige Geschichtsdarstellung eingegangen. Argumente werden zur Kenntnis genommen und Gegenargumente vorgetragen.

Ein Beispiel für Geschichtsverdrehung ist z.B. die immer wieder zitierte angebliche Äußerung von Admiral Canaris, die Tätigkeit der „Roten Kapelle“ habe 200 000 deutsche Soldaten das Leben gekostet. Dieser Argumentation muß man nachdrücklich entgegenreten. Sie ist das Produkt eines primitiven Antikommunismus, der versucht, noch über den Tod hinaus das Ansehen jener zu beschmutzen, ohne deren Opfer Europa noch länger unter der faschistischen Barbarei hätte vegetieren müssen.

Der gesamte deutsche Widerstand war motiviert durch die Zielstellung, Frieden zu erhalten, den Krieg zu verhindern und, als er nicht mehr verhindert werden konnte, ihn schnell zu beenden. Hier standen die wahren deutschen Patrioten.

Jeder Tag weniger Krieg, das waren weniger Tote — auch weniger deutsche Tote. Die Verluste der Wehrmacht allein an der Ostfront lagen Anfang 1943 bei monatlich 150 000 Mann.

Diesen Krieg zu beenden, dazu trug die „Rote Kapelle“ bei.

Statt den deutschen Widerstand zu verunglimpfen, wäre es zur Vervollständigung des Geschichtsbildes wichtiger, so umfassend wie möglich auch die Namen der Häscher und Henker

zu dokumentieren. Wie kamen sie zu dieser Rolle? Was waren ihre Motive, wie waren die Konsequenzen ihres Handelns?

Das würde wohl ein makabres Bild ergeben. Auf der einen Seite jene, die in der übergroßen Mehrheit nicht einmal ein Einzelgrab haben, auf dem man ein paar Blumen des Gedenkens niederlegen kann, weil man sie nach der Ermordung in Plötzensee und anderswo einfach verscharrte.

Auf der anderen Seite jene, die die Urteile fällten und vollstrecken ließen und die, mit wenigen die Regel bestätigenden Ausnahmen, in ihrem Bett starben, bis zuletzt von der Rechtmäßigkeit ihres Tuns überzeugt, weder einer Anklage noch einer Mißbilligung „ihres“ Staates ausgesetzt.

## Was war eigentlich die „Rote Kapelle“?

Eine große, weitverzweigte Widerstandsorganisation gegen das faschistische Deutschland. Kennzeichnend ist ihre außerordentlich politische, soziale und intellektuelle Breite sowie die Vielfalt ihrer nationalen Herkunft. Internationale Brigade des Zweiten Weltkrieges hat sie ein Schriftsteller genannt.

Den Namen „Rote Kapelle“ hatten sie sich nicht selbst gegeben. Er stammt von den Nazis. Zur Weitergabe von Nachrichten benutzten Widerstandsorganisationen Funkgeräte. Im Jargon von Gestapo und Abwehr wurden die Funker als „Pianisten“ bezeichnet. Verfügte eine Organisation über mehrere Funkstellen, dann war das ein „Orchester“ oder eine „Kapelle“. Da die Gruppen, von denen hier die Rede ist, von der Sowjetunion angeleitet wurden und wichtige Mitglieder Kommunisten waren, nannten die Nazis sie „rote“ Kapelle.

Die Methodik der Widerstandsarbeit reichte von Zusammenkünften zur Sammlung Gleichgesinnter, Diskussionen über Wege zur Überwindung des Faschismus, Herausgabe von Flugblättern und Klebeaktionen bis zur Weitergabe wichtiger Informationen aus allen Bereichen an den militärischen Nachrichtendienst der Sowjet-Armee und der anderen Alliierten. (1)

Diese Ausstellung kann dazu beitragen, auch andere Probleme der geschichtlichen „Aufarbeitung“ positiv zu beeinflussen, wenn sie als Beispiel dient. Zeigt sie doch und macht verständlich, wie einseitig Darstellung, Wunschbilder von Menschen und ihren Taten sich letztlich in ihr Gegenteil verkehren können.

Vordergründige Darstellung und selektive Gewichtung waren es, die es uns in der DDR unmöglich machten, das gesamte Bild des Widerstandes gegen den Faschismus zu erfassen und zu würdigen. Damit hinderten wir uns selbst, in Richtung auf die Wahrheit voranzukommen.

## Einige kritische Bemerkungen

Es ist normal, daß ein so kompliziertes Unterfangen wie diese Ausstellung so kurz nach der „Wende“ auch Mängel aufweist.

Hier ist es das Beharren auf einem Klischee, das insbesondere von der DDR-Forschung stammt. Der Begriff „Rote Kapelle“ wird gleichgesetzt und damit reduziert auf die „Schulze-Boysen/Harnack-Organisation“. Die deutsche Gruppe war aber nur ein Teil der Gesamtorganisation „Rote Kapelle“, zu der auch die Gruppe Rado in der Schweiz, die belgische, die französische und verschiedene Untergruppen gehörten. Verantwortlich für diese beschränkte Darstellung war aus der Sowjetunion und Polen kommender Druck, da der verantwortliche Leiter der „Roten Kapelle“, ein aus Polen stammender Jude, Gestapohaft und Jahre in der Lubjanka (2) überlebte und die Verantwortung für vom sowjetischen militärischen Aufklärungsdienst begangene Fehler einklagte. So wurde er zur Unperson. Erst nach langen Auseinandersetzungen und unter internationalem Druck wird man ihn, Leo Trepper-Domb, in den Westen ausreisen lassen. Hier bleibt noch sehr vieles zu klären.

Mir scheint, daß das genannte DDR-Klischee ein wenig „deutsch-lastig“ ist. Das hat seine Wurzeln unter anderem im Kalten Krieg zwischen den beiden deutschen Staaten. Jeder pflegte das Bild „seiner“ Widerstandskämpfer. Dabei darf man es aber nicht bewenden lassen. Eine Besonderheit der „Roten Kapelle“ war ihre Internationalität. Überhaupt die Breite ihrer nationalen, politischen, sozialen und intellektuellen Basis. Eine Koalition der Vernunft in jener Zeit.

Diese Seite des Widerstandes muß unbedingt bewahrt bleiben. Sonst würden wir eine Beschränkung hinnehmen und jene anonyme Randbemerkung im Gestapo-Album: „gehört nicht zu uns“ — würde in ihrer bösen Bedeutung weiterwirken.

Ein weiterer Mangel der Ausstellung scheint mir, daß so manche Formulierung und so manche „neue“ Deutung in mir die Befürchtung weckt, daß Kompromisse gesucht werden, die keineswegs notwendig sind.

So wenn z.B. gesagt wird, daß der Umfang der Funksprüche des inneren Kreises der „Roten Kapelle“, die nach Moskau gingen, viel geringer als angenommen und nicht so ergiebig wie manchmal behauptet waren. Für die Berliner Gruppe stimmt das, aber nur rein rechnerisch.

Ich habe eher den Eindruck, daß hier der Versuch vorliegt, den Hochverratsvorwurf zu minimieren, den nachrichtendienstlich begründeten Vorwurf („Pfui, die spionierten für die Russen“) abzuwehren.

Das darf man nicht zulassen. Es geht um eine der Kernfragen zur Beurteilung der deutschen Widerstandsbewegung gegen den Nationalsozialismus. Es geht um die geschichtliche Rolle



HANS  
VOELKNER



Der Autor — Neffe des DDR-Schriftstellers Benno Voelkner — schildert seinen außergewöhnlichen, komplizierten Lebensweg. Kindheit als Zirkusartist, Reisen mit den Eltern durch Europa, Emigration in Frankreich. Die Eltern werden 1943 in Paris verhaftet und als Kämpfer der „Roten Kapelle“ hingerichtet. Die Kinder bringt man in verschiedene nazistische „Umschulungslager für auslandsdeutsche Jugendliche“.

In den letzten Monaten noch eingezogen, gerät Hans Voelkner bei dem Versuch, zur Sowjetarmee überzuliegen, in die Hände der SS.

Nach Frankreich zurückgekehrt, wird er interniert. Er geht illegal in die damalige sowjetische Besatzungszone und wird von einem sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt. Die Jahre von 1949 bis 1955 verbringt er in der Strafvollzugsanstalt Bautzen.

Immer wieder motiviert ihn die Erinnerung an den selbstlosen Einsatz der Eltern, nicht zu verzweifeln und in ihrem Sinne weiterzuleben. So ist es durchaus folgerichtig, daß sich Hans Voelkner nach seiner Haftentlassung vorbehaltlos in die DDR integriert und ihr auf ganz spezifische Weise dienen wird: als Kundschafter. Beim Einsatz verhaftet, wird er über 5 Jahre in ausländischer Haft verbringen, ehe er durch einen Austausch in die DDR zurückkehrt.

Die erste Auflage des Memoirenbandes erschien im April 1989. Die zweite, 1990 gedruckte Auflage, sollte — wie ein Großteil der DDR-Literatur — eingestampft werden. Das konnte verhindert werden. Bestellungen sind über den GNN-Verlag Köln möglich.

dieser Widerstandsbewegung, auch um ihre Ehre.

Hoch- und Landesverrat haben Hitler und seine Kumpane begangen, indem sie Deutschland durch Antisemitismus, Rassismus, Welt Herrschaftsstreben, Demokratiefeindlichkeit und Machtkult in Gegensatz zur ganzen zivilisierten Welt brachten. Im Kampf dagegen waren alle Mittel „Recht“, wenn sie die Beendigung eines die Existenz Deutschlands bedrohenden Raubkrieges und die Herbeiführung des Friedens zum Ziel hatten.

Mehr noch als „Recht“, es gab für die Frauen und Männer des „20. Juli“ wie der „Roten Kapelle“ und alle anderen Kräfte des deutschen Widerstandes sogar die Pflicht, den Barbaren in den Arm zu fallen.

## Von der Notwendigkeit des Widerstandes

Vor kurzem habe ich bei einer Diskussion über die „Rote Kapelle“ unterstrichen, daß mir die Beschäftigung mit Fragen des Widerstandes von außerordentlich aktueller Bedeutung scheint. Es gilt, dem alltäglichen, dem gewöhnlichen Faschismus zu widerstehen, die Menschen hellhörig zu machen und ihnen aktive Zivilcourage anzuerziehen. Ich sprach in der Schule, die den Namen „Schulze-Boysen“ trägt, im Wohngebiet Frankfurter Allee Süd in Berlin, und wußte zu dem Zeitpunkt noch nicht, daß einige Tage später versucht werden würde, die Ehrentafel für

Schulze-Boysen abzubauen und zu zerstören. In diesem Falle gelang es, den Frevel zu verhindern.

Es bleibt noch eine letzte Besonderheit zu vermerken. Es ist eine lebendige Ausstellung. Sie ist so angelegt, daß sie eine Vielzahl von Fragen aufwirft und Antworten geradezu provoziert. Da melden sich Menschen mit Erinnerungen an die Zeit und die Toten. Da tauchen sogar noch Teilnehmer und Zeugen auf, wie die Geschichte von A. M. Gurewitsch, alias Kent, alias Petit-Chef, beweist. Da sind Nachfahren, die Zeugnis ablegen wollen.

Eine weitere Ausstellung macht sich bereits notwendig, und es ist zu hoffen, daß auch diese wiederum nur ein Schritt ist, um unser „abgeschlossenes“ Geschichtsbild aufs neue zu sprengen, zu erweitern und zu vervollkommen.

Gibt es ein größeres Lob für eine Ausstellung zu Problemen der Geschichte? — (H. Voelkner)

- (1) Wer diesen Hinweis vertiefen möchte, hier einige Literaturhinweise: Perrault, Gilles (1969): „Auf den Spuren der Roten Kapelle“, Rowohlt Trepper, Leopold (1975): „Die Wahrheit. Ich war der Chef der Roten Kapelle“, Kindler Höhne, Heinz (1970): „Kennwort Direktor. Die Geschichte der Roten Kapelle“, S. Fischer, Kuckhoff, Greta (1972): „Vom Rosenkranz zur Roten Kapelle“, Verlag Neues Leben Paul, Elfriede (1981): „Ein Sprechzimmer der Roten Kapelle“, Militärverlag der DDR (2) Gefängnis des KGB in Moskau.

## Politische Berichte zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (belegen) zum Kennenlernen.
- ☐ Im Halbjahres- / Jahresabo (32,50 bzw. 65,- DM je Einzelabo)
- ☐ Im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo).
- ☐ Halb- / Jahresabo für neue Länder (19,50 bzw. 39,- DM im Jahr)

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Konto-Nr./BLZ: .....

(Bank) Unterschrift

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

01/93

## Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Tel.: 0221/21 64 42. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 68, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Postfach 260226, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 8000 München 2), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz), Werner Thümmel (über GNN, Czerninski Str. 5, W-1000 Berlin 62).

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 65,- DM (Förderabo 79,-

DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,20 DM; das Halbjahresabo kostet 19,50 DM/Jahresabo 39 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Verstandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küster; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volkfront: AGME, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volkfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volkfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Belegahinweis: Regelmäßig verteilbar: Beilage, Gesamte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

## Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226  
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76  
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czerninski Str. 5, 1000 Westberlin 62  
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1  
GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1  
GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11  
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1  
GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Schwanthaler Str. 139, 8000 München 2

## Für Bezieher aus Ostdeutschland

GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz